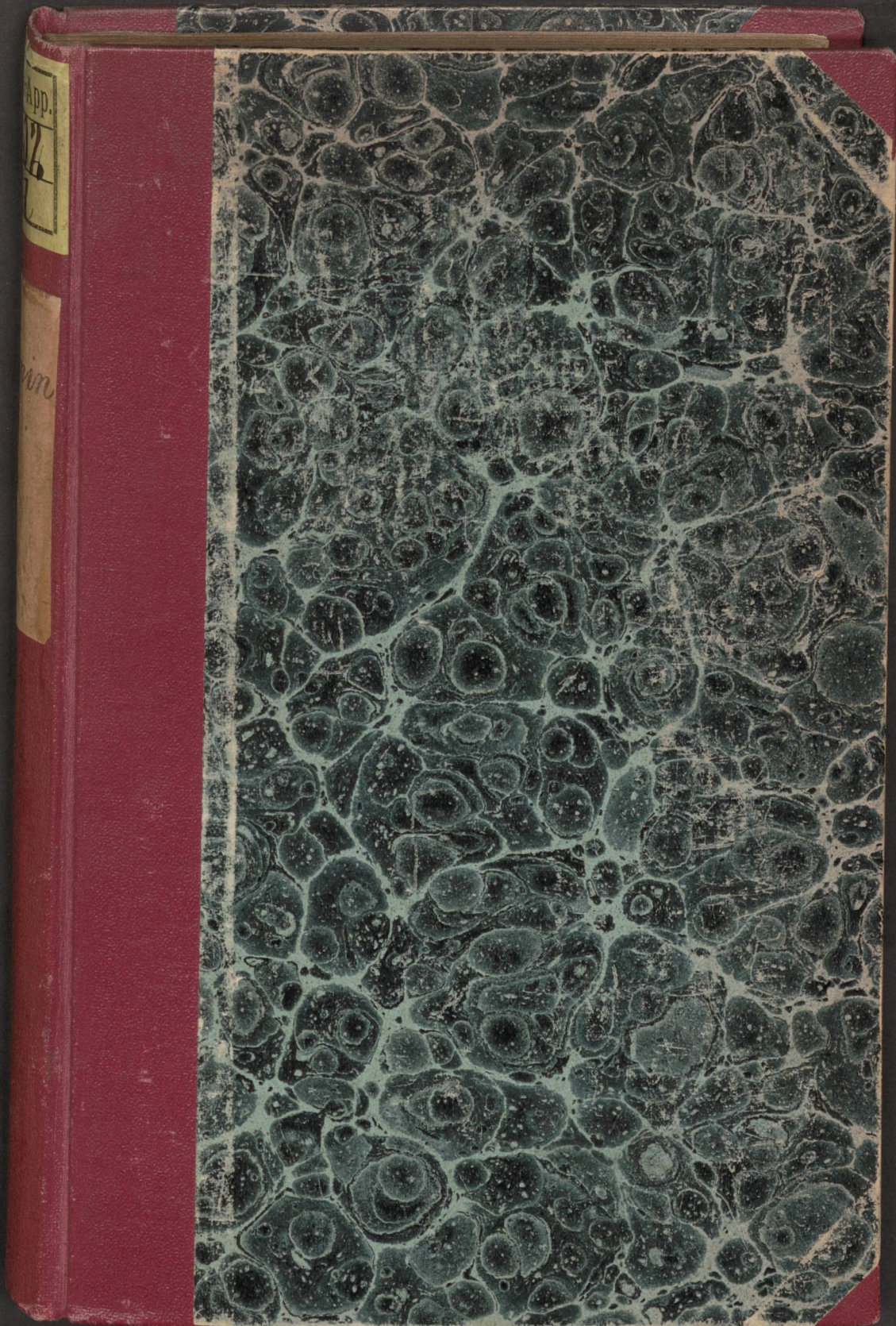




H. Un. App.

802 ^d
—

Emin

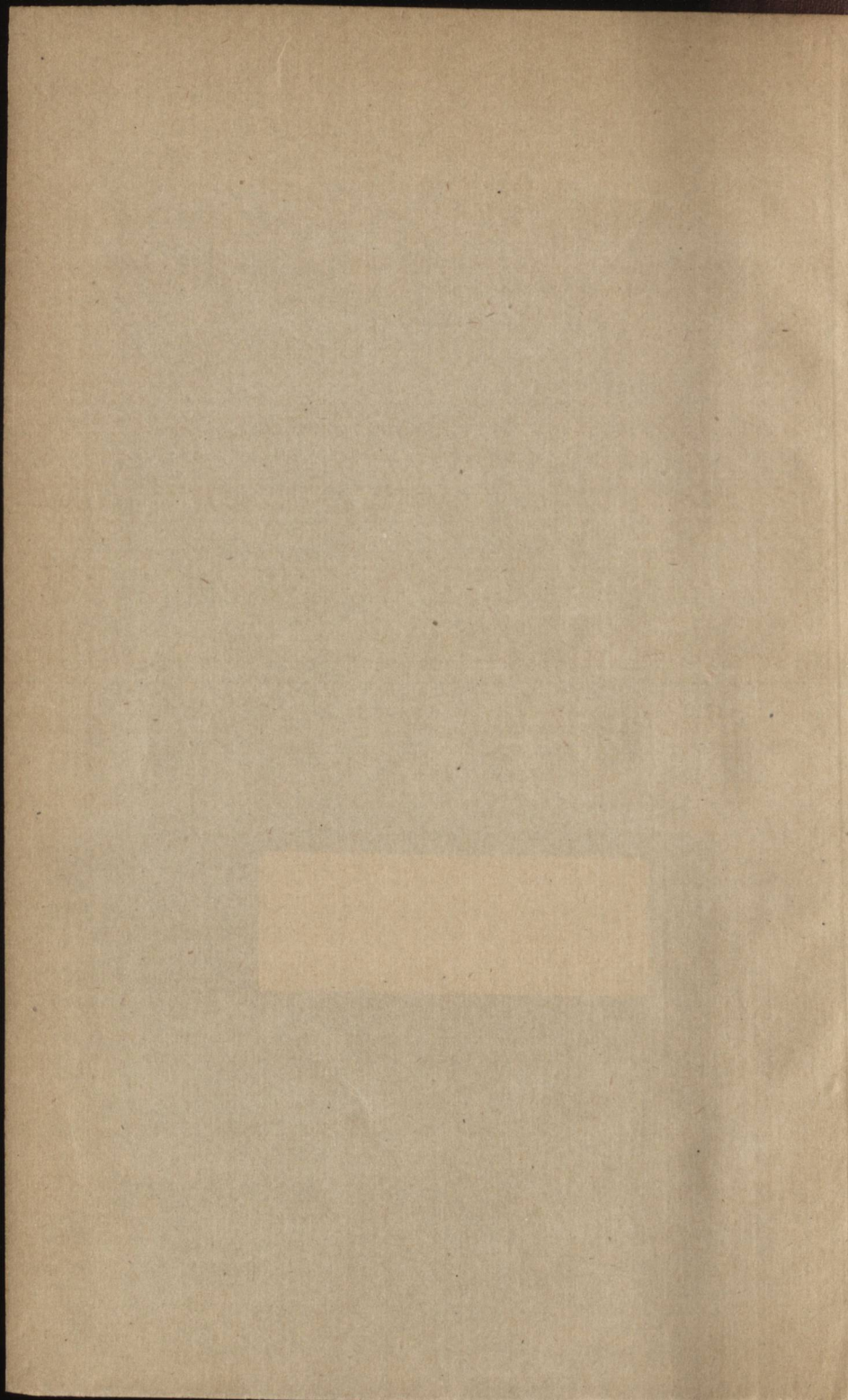
110

Bayerische Staatsbibliothek



<36654184660012

S



5/7.18 X

Soll und Haben

Versuch einer unparteiischen
Recht- und Schuld-Bilanz
für den Völkerkrieg

von

Dr. Mehemed Emin Efendi

(Pseudonym)

Siegfried Lichtenstörcker



Bad Nassau-Lahn u. Winnenden-Stuttgart, 1919
Zentralstelle zur Verbreitung guter deutscher Literatur

Kr

124 H

Weitere Werke des gleichen (pseudon.) Verfassers,
Dr. Mehemed Emin Efendi:

Natur und Kultur

Ein psychologisch-ethischer Versuch

120 Seiten. Preis 3 Mk.

Verlag von O. Gracklauer in Leipzig, 1909.

„Hamburger Fremdenblatt“, 17. Oktober 1909, Nr. 244:
„Interessant ist die Anwendung des (den Ausführungen des Buches zu Grunde liegenden) Kampfprinzips auf die praktische Ethik, wobei viele aktuelle Themata gestreift werden. Die „Friedensbewegung“ ist der Kampf gegen den Krieg. Die „sexuelle Frage“ hat es mit dem Kampf gegen den Geschlechts-trieb zu tun. Die „Naturschutzbewegung“ kämpft gegen den Zerstörungstrieb usw. Das geistreiche Buch verdient große Beachtung.“

Moralische Erzählungen

**zur Erbauung und Fortbildung
für Politiker**

146 Seiten. Preis 3 Mk., gebunden 4,20 Mk.

Verlag von J. Gracklauer in Leipzig, 1914.

„Neue Freie Presse“, 29. März 1914, Nr. 17813: „Der Verfasser, der sich hier unter einem türkischen Pseudonym verbirgt, sagt seiner Mitwelt im Gewande des Fabeldichters und Satirikers eine Reihe der unangenehmsten Wahrheiten... Das Buch ist außerordentlich gut geschrieben. Der Verfasser ist mehr als ein Politiker. Er zeigt sich stellenweise als echter Dichter. Das Buch ist eine flammende Anklage gegen Europa. Es wird viele Leser finden.“

„Soll und Haben“

Versuch einer unparteiischen
Recht- und Schuldbilanz
für den
Völkerkrieg

Von
Dr. Mehemed Emin Efendi
(Pseudonym)



: **Bad Nassau (Lahn) und Winnenden-Stuttgart** :
Zentralstelle zur Verbreitung guter deutscher Literatur.

1841

1842

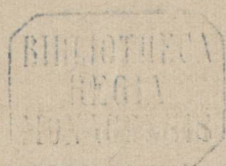
1843

1844

1845

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung	1—3
A. Ueber Gerechtigkeit und Wahrheit in den internationalen Beziehungen	4—13
B. Die einzelnen Grundsätze oder Rechtstitel („Kontinuität“)	14—56
Allgemeines	14—19
I. Positives Recht	20—23
II. Nationalitätsprinzip	24—38
III. Kultur	39—43
IV. Humanität	44—47
V. Freier Zugang zum Meere	48—49
VI. Andere Grundsätze	50—56
C. Ehrliche und betrügerische Bilanz aufstellung	57—66
D. Die einzelnen Bilanzen	67—189
Deutsches Reich	68—79
Oesterreich-Ungarn	80—91
Türkei	92—101
Rußland	102—123
Frankreich	124—131
England	132—147
Italien	148—157
Serbien und Montenegro	158—165
Belgien	166—181
Nordamerika	182—189
Zusammenstellung	190—191



Einleitung.

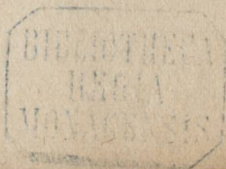
Die am Schlusse folgende „Bilanz“ über Recht und Schuld der wichtigsten am Völkerkriege beteiligten Staaten ist selbstverständlich, wie sich mir keinen Augenblick verhehlen kann, nur ein sehr unvollkommener Versuch.

Um eine erschöpfende, den Anforderungen der strengsten Gerechtigkeit genügende Aufstellung zu geben, müßte man alle Verdienste, alles Gute und Schöne, alle Sünden, alles Schlechte und Häßliche, alle sonstigen berücksichtigungswerten Umstände für jeden am Kriege teilnehmenden Staat, für jedes Volk aufzählen und in ihrer Bedeutung gerecht würdigen.

Diese Forderung ist natürlich nicht erfüllbar.

Indessen: Ein gerechtes (sei es auch nur ein verhältnismäßig gerechtes) Urteil über den beendigten Völkerkrieg anzubahnen, ist nicht der einzige, nicht einmal der Hauptzweck meiner Arbeit.

Der Hauptzweck ist vielmehr: auf die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Verbesserung der Untersuchungsmethoden in Fragen der Völkermoral hinzuweisen, zu zeigen, wie parteiische, willkürliche, unehrliche Urteilsfällungen bekämpft werden können, wie dagegen die wirkliche Gerechtigkeit und Moral



im Völkerleben unterstützt werden muß: also ein Stück Völkerethik!

Ich schmeichle mir daher, daß meine Arbeit auch dann nicht ganz wertlos sein wird, wenn bei ihrem Erscheinen bereits der Friede geschlossen sein sollte. Denn Unmoral und Streitigkeiten wird es auch künftighin im Völkerleben geben.

Wohlverstanden: Meine Arbeit will Recht und Schuld der Staaten oder richtiger der Völker behandeln, während die lebhaften und leidenschaftlichen Gefühle der öffentlichen Meinung bei allen großen Ereignissen, so auch jetzt, nur allzusehr geneigt sind, die Handlungen und Unterlassungen der führenden Personen für das Wesentliche und Wichtigste zu halten, namentlich wegen schwerer Mißerfolge und Sünden die Schale des Zorns über Fürstlichkeiten und Staatsmänner auszugießen.

Was führende Personen tun oder unterlassen, sprechen oder totschrveigen, ist sicherlich von großer Bedeutung, aber natürlich meist in einem anderen Sinne, als der große Haufen meint: Es hat eine große Bedeutung als Symptom der guten oder schlechten Ansichten oder Absichten ihrer Völker, wenigstens soweit die letzteren ihren Führern Vertrauen schenken und Folge leisten.

Was die führenden Personen tun oder unterlassen, sprechen oder totschrveigen, kann ferner einen großen unmittelbaren Einfluß auf die Ereignisse üben — aber in der Regel doch nur der äußere Anlaß, also nicht das Wesentliche und Wichtige sein (wir haben ja schon in der Schule gelernt, daß man in

der Weltgeschichte zwischen äußeren Anlässen und inneren Gründen unterscheiden muß und daß die letzteren die weitaus wichtigeren sind).

Was durch interessante, pikante, sensationelle Geheimakten, Tagebücher, gerichtliche Prozesse, Reden ehemaliger Staatsmänner usw. „enthüllt“ wurde und noch „enthüllt“ werden wird, betrifft im wesentlichen doch nur das „Recht- und Schuld-Konto“ von Personen. Die Verdienste und Sünden der Völker werden durch solche „Enthüllungen“ nur wenig berührt, da sie zu offen zutage liegen, um verhüllt werden zu können; wiewohl nicht zu verkennen ist, daß eine lügnerische, gewissenlose Presse und Geschichtschreibung auch in bezug hierauf ungeheure Fälschungen mit einem gewissen Erfolge zu begehen pflegt, so kann doch die Wahrheit verhältnismäßig leicht, ohne geheime Schriftstücke u. dgl. festgestellt werden.

Hienach bitte ich meine Arbeit beurteilen zu wollen.

A.

Der Grundsatz, der in der Völkermoral vorherrschen, alle Untersuchungen und Urteile leiten muß, kann nicht zweifelhaft sein: Es ist die Gerechtigkeit. Diese ist aber undenkbar ohne die Wahrheit. Hierüber besteht denn auch, soweit die Öffentlichkeit in Betracht kommt, kein Streit*).

*) Wilson erklärte am 4. Dezember 1917 bei der Eröffnung des 65. Kongresses:

„... wir werden gerne und ohne Feilschen den Preis für den Frieden zahlen. Wir kennen diesen Preis: Es ist die vollständige und unparteiische Gerechtigkeit für jede Nation, die von den endgültigen Abmachungen getroffen wird, für unsere Feinde so gut wie für unsere Freunde!“

Weiter:

„... Wir werden den Frieden auf der Großmut und der Gerechtigkeit aufbauen können unter Ausschluß eigennütziger Ansprüche, die nur dem Sieger zugute kommen würden.“

„... Das einzig mögliche Gegengift ist die Wahrheit.“

Ebenso betonte Wilson in seiner Kongreßrede vom 11. November 1918 den Wert der uneigennützigen Gerechtigkeit im Gegensatze zu den „selbstischen konkurrierenden Interessen mächtiger Staaten“.

Lord Cecil am 12. November 1918:

„... wir brauchen eine auf natürlicher Gerechtigkeit begründete territoriale Regelung. Wir müssen die Heiligkeit der Verträge wiederherstellen.“

Zahllose andere Äußerungen enthalten die nämlichen edlen Grundsätze.

Hoffen wir, daß die alten Behauptungen, wonach man von

Kein Staatsmann, kein Zeitungsschriftsteller, kein Parlamentsredner wird leichten Herzens oder wenigstens ohne entschiedenen Widerspruch der Allgemeinheit erklären: „Unser Vaterland soll und darf Unrecht verüben. Die Vaterlandsiebe gebietet, im Interesse des Vaterlandes zu betrügen, zu lügen, das zu tun, was wir unter gleichen Voraussetzungen verdammen, wenn es zu unseren Ungunsten geschieht“ — fast so wenig, als ein verbrecherisches Individuum seine verbrecherischen Neigungen offen gesteht.

Um so größer ist natürlich die innere, heimliche Neigung zur Ungerechtigkeit und zur Unwahrheit.

Die natürliche*) Pflicht aller Staaten, aller Staatsmänner und Volksführer — man kann sogar sagen: aller Menschen, soweit sie dazu imstande sind — ist es, diese heimliche Neigung zu bekämpfen, die Ungerechtigkeit und Unwahrheit, wo sie sich zeigt, zu entlarven.

Sittliche Urteile zu fällen, liegt nun einmal in der Natur des Menschen. Selbst bei dem niedrigsten Zuchthäusler oder Gassenjungen, der sich seiner eigenen sittlichen Wertlosigkeit wohl bewußt ist, wird man „sittliche“ Urteile finden, mögen diese auch noch so unsittlich oder närrisch sein, da sie eben je nach

den Tugenden am meisten spricht, die man am wenigsten besitzt, daß namentlich die größten Wahrheitsverächter am häufigsten die Wahrheit, die skrupellosesten Geschäftsmänner am eifrigsten die Tugend der Redlichkeit preisen, hier recht bald und dauernd durch die Tatsachen Lügen gestraft werden!

*) Auch die Völkermoral beruht auf einem Naturgesetze, wenn auch ihre Ideale natürlich nicht vollständig erreicht werden können; vgl. mein „Natur und Kultur“ S. 39 ff.

Laune, Leidenschaft oder eigennütziger Berechnung ganz willkürlich und widerspruchsvoll, oftmals auch auf lügenerische Behauptungen aufgebaut sind.

Im sittlichen Urteilen sollen aber Staatsmänner und sonstige Wortführer der Völker mehr die Methoden ernster, sittlicher Richter als jene von Gassenjungen oder Zuchthäuslern anzuwenden suchen.

„Gerechtigkeit“: Der erste, alles beherrschende Grundsatz muß — im Gegensatze zur herrschenden Willkür und Pharisäerei — sein: die gleichen Grundsätze für alle Parteien („Gleiches Recht für Alle“).

Verschiedene Schlußfolgerungen und Urteile je nach der Verschiedenheit der Verhältnisse, aber nicht nach der Verschiedenheit der Personen (hier der Staaten oder Völker), nicht nach persönlicher Zu- oder Abneigung, nicht mit Rücksicht auf eigene Interessen! Nicht nach der Laune des Augenblicks!

Selbst ein schlechtes, unmoralisches Gesetz muß — wenn es unparteiisch angewendet wird — nicht so viel Schaden in materieller und sittlicher Beziehung anrichten als ein vortreffliches, musterhaftes Gesetz, das je nach Willkür, unmoralischer Zwecke halber entweder angewendet oder nicht angewendet wird.

„Wahrheit“: Der Tatbestand muß so, wie er in Wirklichkeit ist, dem Urteile zugrunde gelegt werden.

Also nicht eine aktenmäßige, offizielle, schwindelhafte Scheinwahrheit, sondern die Tatsachen müssen soweit als irgend möglich, genau so wie sie sind, ihrer Art, ihrem Umfang und ihrer Wirkung nach der Beurteilung zugrunde gelegt werden! Wichtige Tatsachen dürfen nicht abgeleugnet, totgeschwiegen, ver-

heimlicht, vertuscht oder auch nur abgeschwächt werden. Ist eine Gewißheit nicht zu erzielen, so muß die größere Wahrscheinlichkeit als solche anerkannt und verwertet werden.

Bei der Untersuchung der ursächlichen Zusammenhänge muß eine natürliche, den gesunden Menschenverstand befriedigende stets einer erkünstelten, der allgemeinen Erfahrung widersprechenden Erklärung vorgezogen werden.

Gegen diese Sätze wird kaum nennenswerter Widerspruch sich erheben. Selbst bedeutende „Realpolitiker“ werden im großen und ganzen nicht wagen, gegenteilige Anschauungen öffentlich auszusprechen.

Aber welch entsetzliche Mißachtung dieser Sätze, sobald es sich darum handelt, ihnen das eigene Tun oder Unterlassen anzupassen!

Ein Unrecht anzuerkennen und selbst nur soweit möglich die Folgen daraus zu ziehen, ist im internationalen Leben der „Kulturvölker“ etwas fast Unerhörtes. Jene Worte des deutschen Reichskanzlers vom 4. August 1914 — vielleicht die ehrlichsten und sittlichsten, die im Redefeldzuge, dem unvermeidlichen Begleiter des blutigen Feldzuges, gesprochen wurden —, daß der Einmarsch in (oder Durchmarsch durch) Belgien ein „Unrecht“ sei, das nur durch den Gesichtspunkt des Notstandes entschuldigt werden könne und das Deutsche Reich zur Schadensvergütung verpflichte, haben kaum ein Seitenstück in der neueren Geschichte. Die Staatsmänner gerade jener Völker, die am eifrigsten für „Recht und Moral“ zu kämpfen pflegen, werden kaum sich rühmen können,

auch nur ein einziges Mal, selbst im Falle der schwersten Rechtsverletzung, ein so weitgehendes Zugeständnis an die Pflichten der Gerechtigkeit und Wahrheit gemacht zu haben.

Es ist erstaunlich, welche naiven Mittel man vorschlägt, um den Frieden in künftigen Zeiten besser zu sichern: Abrüstung, Schiedsgerichte, Weltgerichtshof, „internationale Organisation“ oder „Rechtsorganisation“, „Bund der Nationen“, „Völkerliga“, „Ständiges Sekretariat der Friedenskonferenz“ usw. — also äußerliche Mittel, die die äußeren Erscheinungen der Völkerfeindschaft zeitweise etwas abschwächen oder von der Oberfläche etwas zurückdrängen können, aber die Wurzel kaum berühren.

Wer die Wurzel der Völkerzwistigkeiten angreifen will, muß die Psyche der Völker zu beeinflussen suchen: die Erziehung zur Gerechtigkeit und Wahrheit ist das Wichtigste.

Gute Vorsätze genügen nicht, da mit ihnen bekanntlich „der Weg zur Hölle gepflastert“ ist. Wertvoller sind gute Taten.

Das Recht entsteht, lebt und wächst nicht ausschließlich durch die Lehre („Theorie“), auch nicht durch die Gesetzgebung, sondern mehr noch durch die Übung im alltäglichen Verkehr.

Solange ein Volk, ohne von der Gesamtheit der unbeteiligten öffentlichen Meinung als schamloser Heuchler gebrandmarkt zu werden, mit sittlichem Pathos behaupten darf: „Wenn ich meinem Nachbarn ein Stück seines Besitzes entreiße, so ist dies für mich ein Verteidigungskrieg,“ „Wenn ich meinem

Verbündeten in den Rücken falle, um ihn seinen Feinden auszuliefern und ihn im Verein mit diesen zu verstümmeln oder zu töten, so ist dies für mich ein Akt der Notwehr,“ so lange kann man nicht erwarten, daß die Rechtsidee im Leben der Völker die Machtinstinkte soweit zügeln und beherrschen wird, um einem unparteiischen Schiedsgerichtssprüche einen auch nur annähernd sicheren Erfolg zu verbürgen.

Wenn in einem Staate Richter, Staatsanwälte, Polizeibeamte emsig darüber nachdenken, verhandeln, sprechen und schreiben würden, wie man das Stehlen, Rauben, Morden usw. unmöglich machen könne, bei der Ausübung ihres Berufs aber immer und immer wieder je nach Laune, Liebe oder Abneigung ihre Augen und Ohren in auffälliger Weise gegen Mordtaten und Diebstähle verschließen würden („Wir wissen nichts davon“, „wir sehen ja nichts“, „wir können nicht herausfinden, ob es wahr ist“), oder auch erklären würden: „Wir mischen uns in diese Frage nicht ein, da unsere persönlichen Interessen hievon nicht berührt werden“*) oder auch: „Wir wollen dem Mörder seine Tat verzeihen, da er sehr Tüchtiges auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft geleistet hat“, oder gar, was noch schlimmer,

*) Vgl. z. B. die Erklärung des englischen Premierministers Asquith auf einem Bankett am 9. November 1911 anlässlich des italienischen Raubzuges nach Tripolis: „Beide (Italien und die Türkei) sind unsere Freunde. Wir haben kein unmittelbares Interesse an der dem Kampfe zugrunde liegenden Frage und wir haben daher unsere Absicht erklärt, eine Politik strikter Neutralität zu befolgen.“ Ähnlich damals Grey u. a.

bei günstigen Gelegenheiten selbst stehlen, rauben und morden würden, — wer würde dies nicht für ungeheuerlich finden? Würde nicht jedermann sagen: „Pfui, ihr Heuchler! Wie könnt ihr erwarten, daß euer Reden und Schreiben zur Verhütung der strafbaren Handlungen Erfolg haben soll, wenn eure Taten vollständige Gleichgültigkeit dagegen erkennen lassen! Wenn ihr je nach Gunst oder Ungunst den Übeltäter bestraft oder die Augen zudrückt und die Ohren verstopft und von dem Verbrechen nichts zu sehen und zu hören behauptet, die schlimmsten Verbrechen zu vertuschen, abzuleugnen und in Vergessenheit zu bringen sucht! Oder gar offen erklärt: Wir mischen uns hier nicht ein, da unsere Interessen hiervon nicht unmittelbar berührt werden! Oder wenn vollends ihr selbst zu rauben und zu morden euch nicht scheut!“

Es müßte also jedes Mitglied der internationalen Rechtsgemeinschaft bei einem katastrophalen Zusammenbruche des Rechts- und Friedenszustandes sich selbst fragen: Habe nicht auch ich durch Handlungen oder Unterlassungen („Unterlassungen“ will heißen: Stillschweigen gegenüber offenbarem Unrechte) dazu beigetragen, daß das Rechtsbewußtsein so wenig stark und lebenskräftig war?

„Jedes Mitglied“ will natürlich heißen: „Jeder Staat“, in das Individuelle aber übersetzt: „Jeder Staatsmann, jeder politische Schriftsteller, jeder Parlamentsredner usw., soweit sie irgend einen Einfluß nach außen besitzen.“ Nein, noch mehr: Jeder Wahlberechtigte, dessen Stimme einen Einfluß auf die Zu-

sammensetzung der Parlamente usw. hat, jeder Zeitungsleser, der dazu beiträgt, diese oder jene Zeitung lebenskräftig zu erhalten, kurz jedermann, der auch nur einen winzigen Bruchteil, nur ein Atom dessen darstellt, was man „öffentliche Meinung“ nennt.

Wie, wenn in einem künftigen Streitfalle, der durch die neuen Allheilmittel beigelegt werden soll, eine „Partei“ sagen wird: „Ich lehne den Weltgerichtshof als ungeeignetes oder befangenes Gericht ab, denn die Staaten A, B und C haben nachgewiesenermaßen schon Raub, D, E und F schon Betrug, G, H, J Erpressung verübt, K, L und M haben Mordtaten auf dem Gewissen. Mögen jene Staaten zunächst das herausgeben, was sie auch nur seit fünfzig Jahren durch Raub usw. erworben haben, mögen K, L und M erst jene Mordtaten sühnen usw.“?!

Gewiß, das wird dem „Missetäter“ nichts nützen, wenn der ganze Weltgerichtshof oder auch nur die „Mehrheit“ (d. h. nicht die formale Mehrheit der Staatseinheiten, sondern die materielle Mehrheit der Kräfteeinheiten) das Ablehnungsgesuch nicht anerkennt und beschließt: „Auch die verdächtigten Mitglieder unseres Kollegiums sind zum Richteramte geeignet, da ja unsere jetzige Organisation ähnliche Verbrechen für die Folge verhindert.“

Aber wird ein solcher Beschluß stets zu Stande kommen? Ich sehe schon jetzt im Kollegium manches Mitglied, welches unzufrieden ist, sei es, weil es schon früher durch den Gerichtshof verurteilt worden ist oder weil es Wünsche oder Bestrebungen

hegt, wegen deren es später verurteilt zu werden fürchtet.

Aber, wie gesagt, die Reformatoren der Menschheit denken nicht so weit. Ihr Gedankengang ist wesentlich einfacher:

„Von heute ab wollen wir wenigstens gegeneinander, d. h. jeder christliche, „zivilisierte“ Staat gegen jeden christlichen, „zivilisierten“ Staat rechtschaffen, wirklich (nicht nur offiziell, aktenmäßig) rechtschaffen sein.

Was wir aber bis heute an Land, an Geld und Gut durch Raub, Erpressung, Betrug, Wucher — namentlich von anderen, nichtchristlichen Völkern — erworben haben, sei und bleibe unser heiliger, unverletzlicher Besitz!

Was wir bis zum heutigen Tage an fremden Leben, an materiellen, moralischen und ästhetischen Werten zerstört, verunstaltet, besudelt haben, gehört der Vergangenheit an, verpflichtet uns also nicht zum Nachdenken, ob nicht wenigstens teilweise eine Gutmachung noch möglich und auch notwendig sei!

Wir lehnen es ab, zu untersuchen, ob die nicht christlichen, „nicht zivilisierten“ Völker, die wir nur als Objekte (Kolonisierungs- und Ausbeutungsobjekte) betrachten, nicht auch das Recht haben, als Subjekte im Rate der Völker anerkannt zu werden, ob nicht diese Politik gegen die „nicht zivilisierten“ Völker direkt und indirekt (durch Erschütterung des Rechtsgefühls) auch die friedlichen Beziehungen zwischen uns „Zivilisierten“ gefährdet.

Wir finden es überhaupt für überflüssig und unsinnig, zu prüfen und zu studieren, ob und wie die menschliche Psyche beeinflusst, erzogen, gewöhnt werden könnte, in den internationalen Beziehungen den Hang zur Lüge und zur Ungerechtigkeit abzuliegen.

Unsere Mittel sind einfacher und wirksamer: Gesetzes- und Vertragsparagraphen, die wir zu halten versprechen, die jeder von uns durch Unterschrift und Ratifikation von morgen ab ehrlich und treu zu halten verspricht!“

Auf diese Weise glaubt man zu erreichen, was bisher auf keine Weise zu erreichen war: die Erziehung der christlich-europäischen Völker zur internationalen Moral!

B.

„Gleiche Grundsätze für alle Parteien.“

Welche Grundsätze für die Beurteilung der Rechts- und Moralfragen im internationalen Leben (in den Beziehungen zwischen den Staaten und auch zwischen den Völkern) zur Anwendung kommen, wird im Folgenden erörtert werden. Wie aber, wenn die verschiedenen Grundsätze im Streite mit einander liegen, wenn die Anwendung des einen Grundsatzes zu ganz anderen Ergebnissen führt als die des anderen?

Hier müssen offenbar die einzelnen Grundsätze auf ihren Wert und ihre Wichtigkeit geprüft und gegeneinander abgewogen werden — aber nicht für den einzelnen Fall, nach der Laune, nach den Bedürfnissen der Freundschaft oder Feindschaft, sondern wiederum nur nach sachlichen Gründen, nach Gründen, die ohne Ansehen der Partei als berechtigt anerkannt und angewandt werden.

Über eine Art von Rangordnung der Grundsätze müßte zunächst eine Verständigung erfolgen.

Was gegen diesen — doch ebenfalls selbstverständlichen und unangreifbaren — Grundsatz gestündigt wird, ist greulich.

Der Gedankengang, von dem die „Kulturstaaten“ sich leiten lassen, ist einfach:

Wir tun, was wir wollen. Wir tun, was uns

nützlich zu sein, was unserem Vorteile zu dienen scheint. Die moralische Rechtfertigung macht uns keine Schwierigkeiten.

Wir greifen aus der reichen Fülle der uns zur Verfügung stehenden Ideale und Grundsätze diejenigen heraus, die nach Lage des Falles unserem Standpunkte günstig sind; was die anderen, namentlich diejenigen betrifft, die ein vernichtendes Urteil gegen uns bedingen, so stellen wir uns, als wüßten wir nichts davon, als existierten sie nicht. Ist dies aber nicht möglich, müssen wir ihre Existenz einräumen, so erklären wir sie wenigstens für nicht anwendbar im gegenwärtigen Falle, indem wir den Tatbestand „korrigieren“ (Tatsachen ableugnen, übertreiben, abschwächen oder auch ein wenig neue Tatsachen „erfinden“ oder auch den Kausalzusammenhang oder die eigenen oder fremden Motive zu Handlungen oder Unterlassungen fälschen).

Wir selbst verschanzen uns hinter der Heiligkeit des positiven Rechts, insbesondere der Staatsverträge.

Wollen wir selbst etwas tun, was gegen die Staatsverträge verstößt, sind uns also diese unbequem, so sagen wir: das Nationalitätsprinzip ist heiliger und wertvoller als ein Staatsvertrag. Steht das Nationalitätsprinzip aber uns im Wege oder beruft sich ein Gegner zu unserem Schaden auf das Nationalitätsprinzip, so sagen wir: Nicht das Nationalitätsprinzip, sondern die Kultur ist das Wichtigste und Heiligste! Ist auch der Gesichtspunkt der Kultur unserem Standpunkte ungünstig, so nehmen wir unsere Zuflucht zur Moral und sagen: die Moral, die Humanität, das

Christentum werden von unserem schurkischen Feinde bedroht. Wehe, wehe!

(Das beste Mittel ist: Wir suchen in der schmutzigen Wäsche desjenigen, der augenblicklich unser Feind ist, greifen den allerschmutzigsten Fetzen heraus, entfalten ihn vor aller Welt und rufen im Tone heiliger Entrüstung: „Das ist die Flagge, unter der dieser Bösewicht mich und andere Gerechte bekämpft. Ich verübe nur edle, er nur verbrecherische Handlungen. Seht ihr nun ein, wer eure Sympathien verdient?“ Was unsere eigene schmutzige Wäsche und jene unserer Bundesgenossen betrifft, rasch ins Versteck damit!)

Darum ist der Kampf gegen jenen schurkischen Feind unsere sittliche, heilige Pflicht.

Steht unser schurkischer Feind auch mit an der Spitze der Kultur, so ist er doch ein Barbar, ein Hunne, ein Mongole, ein Wilder, ein Räuber, ein Dieb, ein Mörder, dem man nicht die gleichen Rechte einräumen darf wie uns.

Spricht auch die „Humanität“ gegen uns, so fabrizieren wir eben einen oder im Bedarfsfalle mehrere neue „Grundsätze“, die für uns sprechen! (Gute Freunde, die wir uns kaufen, werden als „unparteiische Richter“ diesen Grundsätzen Gesetzeskraft zuerkennen).

Auf diese Weise ließe sich natürlich alles, selbst das ungereimteste Zeug beweisen.

Zum Beispiel:

Prämisse 1: Der Nüchterne und Enthaltsame verdient den Vorzug vor dem Trinker (unbestreitbar).

Prämisse 2: Die Türken trinken keinen (oder fast keinen) Alkohol, die europäischen Christen dagegen recht viel (unbestreitbar).

Schlußfolgerung: Also verdienen die Türken Europa zu beherrschen.

Oder:

Prämisse 1: Der Höfliche verdient den Vorzug vor dem Unhöflichen (unbestreitbar).

Prämisse 2: Die Franzosen sind vielleicht das höflichste Volk der Erde, jedenfalls höflicher als die Deutschen, Polen und Russen (unbestreitbar).

Schlußfolgerung: Folglich verdienen die Franzosen wenn nicht die ganze Welt, so doch sicherlich Europa bis zum Ural, ja noch Sibirien bis China zu beherrschen.

Mit einer solchen Spitzbubenmethode mache ich mich anheischig, den strikten, vollgültigen „Beweis“ zu liefern, daß nach allen Grundsätzen von Recht und Moral alle Völker Europas ausnahmslos als minderwertig, dagegen die Zulukaffern oder Botokuden als Muster und Vorbilder zu erachten seien und daß letztere nach allen Grundsätzen von Recht und Moral die ersteren in der Weltherrschaft ablösen sollen.

Denn wohl allen oder den meisten „wilden“ Völkern wird von Kennern die eine oder andere treffliche Tugend nachgerühmt, die anderen Völkern nicht oder in weit geringerem Grade eigen ist. —

Die Grundsätze, die als Rechtstitel, gewissermaßen als geistige, moralische Waffen im Kampfe der Völker und Staaten zur Verwendung kommen, greifen weit über das hinaus, was man Völkerrecht nennt,

was auf Verträgen, internationalen Gebräuchen usw. aufgebaut ist und sonäch eine feste Grundlage hat, die nicht leicht offen angegriffen wird.

Man könnte das letztere, das positive Recht auch als offizielles oder auch Vollrecht bezeichnen; daneben schafft sich eine Reihe nicht allgemein von den Regierungen, aber doch vom größten Teile der öffentlichen Meinung anerkannter Grundsätze gewissermaßen als halbes Recht oder Nebenrecht Geltung. Die schwächere Form dieser Art von Recht zeigt sich hauptsächlich in dreifacher Beziehung*):

1. In keinem Vertrage, in keiner Kundgebung der großen Kulturvölker-Gemeinschaft ist bis jetzt offen und unzweideutig zum Ausdrucke gebracht, daß (geschweige denn: inwieweit) sie allgemein gültig sein sollen, inwieweit Rechte und Pflichten für und gegen jeden Staat daraus abgeleitet werden können.

2. Alle Staaten bestreiten deren Existenz und deren Berechtigung, sobald sie ihnen zum Nachteil zu gereichen drohen.

3. Auch die Staaten, denen solche Grundsätze zum Vorteil gereichen, wagen nicht, ihre Ansprüche ausschließlich darauf zu gründen. Sie empfinden es als eine Notwendigkeit, nebenbei oder sogar in erster Linie irgend einen, sei es noch so fadenscheinigen Grund oder Vorwand aus dem Gebiete des positiven oder Vollrechts herbeizuholen (man denke z. B.

*) Maßgebend ist hier das Verhältnis bis zum Ausbruch des Völkerkrieges. Wenn beim Erscheinen dieser Broschüre etwa schon der Friedensvertrag nach neuen Grundsätzen geschlossen sein sollte, so ist dies hier ohne Belang.

an Italiens Begründung seiner Kriegserklärung an Österreich-Ungarn!)).

Hauptsächlich beim Friedensschlusse müssen die Grundsätze dieses Neben- oder halben Rechts dazu dienen, die Forderungen des Siegers zu erhöhen oder herabzumindern.

Diese Grundsätze, die von der öffentlichen Meinung im großen und ganzen wenigstens für beachtenswert, sogar für wichtig gehalten werden (ohne daß über das Maß und die Größe der Wichtigkeit, über die Grenze, bis zu welcher sie berücksichtigt werden sollen, noch weniger über ihre Rangordnung im Verhältnisse zueinander Übereinstimmung herrschte), sind hauptsächlich:

1. das Nationalitätsprinzip,
2. das Kulturinteresse,
3. das Humanitätsinteresse,
4. die Möglichkeit für die einzelnen Staaten, das Meer frei zu benützen (freier Zugang zum Meere).

**) In der ganzen neueren Geschichte ist vielleicht noch kein Fall zu verzeichnen, daß eine Kriegserklärung ausschließ-lich auf das Nationalitätsprinzip, das Interesse der Kultur oder der Humanität etc. gestützt wurde; wenigstens wurde dazu wohl stets noch die angebliche Notwendigkeit hinzugefügt, die sich aus der „Gefährdung der eigenen Lebensinteressen“ u. dergl. ergebe.

I. Positives Recht (Verträge, internationale Gebräuche etc.).

Das Leben und das Eigentum sind unverletzlich. Verträge müssen gehalten werden.

Diese Grundsätze — als Voraussetzung jedes friedlichen Verkehrs — müssen auch für Völker und Staaten gelten (ins Internationale übersetzt: „Kein Staat darf ohne Rechtsgrund vernichtet oder beraubt werden; Verträge zwischen Staaten müssen gehalten werden“) und haben ohne Zweifel auch stets und überall zwischen Völkern und Staaten, solange diese im friedlichen Verkehr miteinander standen, — schon im Altertum und zwischen „unzivilisierten“ Völkern — als selbstverständlich gegolten.

Kann es anders sein? Wäre es nicht ein verbrecherischer Unsinn, der jedes Fundament des Rechtes und des Friedens umstoßen müßte, wollte man den Grundsatz aufstellen: „Verträge sind nur Schwindel, sie werden nur zum Scheine abgeschlossen und verpflichten nur den anderen, nicht aber mich selbst, sondern geben mir höchstens einen Vorwand, „der Vertragspflicht wegen“ das zu tun, was meinem Vorteile entspricht“?

Zur Vertragstreue gehört selbstverständlich auch, daß die Verträge nicht nur dem Buchstaben nach, sondern auch nach ihrem Sinne und Geiste, der bei vernünftiger Auslegung sich ergibt, heilig gehalten

werden, daß die Absichten und Willensmeinungen, die beim Abschlusse maßgebend waren, berücksichtigt werden.

Das weitest verbreitete Bürgerliche Gesetzbuch, der Code civil, bestimmt:

§ 1134: Die Verträge müssen nach Treu und Glauben vollzogen werden.

§ 1135: Verträge verpflichten nicht nur zu demjenigen, was darin ausgedrückt ist, sondern auch zu allem, was die Billigkeit, der Gebrauch oder das Gesetz der Verbindlichkeit ihrer Natur nach als Folge beilegt.

Das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch hat im wesentlichen den nämlichen Grundsatz in Art. 157 zum Ausdruck gebracht.

Ich kann mir nicht denken, daß im Völkerrechte andere Grundsätze möglich sein sollten, etwa: Nur der starre Wortlaut, einerlei, ob dadurch der Wille der Vertragsparteien, die Billigkeit, die Vernunft mit Füßen getreten wird, ist für die Vertragsauslegung maßgebend.

Gesetzt also den Fall, ein Vertragsteil habe — der bitteren Notwendigkeit folgend — eine kleine formelle Verletzung des Wortlautes (sicherlich nicht des Sinnes!) eines Bündnisvertrages begangen, eine Verletzung nur vorübergehender Natur, die dem anderen Teile nicht den geringsten Schaden verursachte — darf dann dieser andere Teil sagen: „Du schuldest mir dafür eine enorme Entschädigung, eine Entschädigung, die die Grundsätze des Nationalitätsprinzips und des Zuganges zum Meer schwer verletzt, die

deine Lebensfähigkeit in Frage stellt — aber die Heiligkeit der Verträge gibt mir das Recht!“?

Es bedarf vollends keiner Ausführung, daß es unstatthaft und unsittlich ist, ein Verfahren je nach den eigenen Interessen heute als völkerrechtlich verboten, morgen als völkerrechtlich zulässig zu erklären. Wie oft wird hiegegen gesündigt!

Immerhin wird man mit schwerem Herzen eingestehen müssen, daß eine unbedingte Einhaltung der völkerrechtlichen Bestimmungen ein unerfüllbares Ideal ist. Schon der „Zahn der Zeit“ an sich nagt daran wie an jedem Menschenwerke, mehr noch die besonderen Umstände und Verhältnisse, sobald sich zwischen diesen und dem bisherigen Rechtszustande ein unlösbarer Widerspruch herausbildet.

Man wird sagen müssen:

Die Verletzung des positiven Rechts ist um so mehr entschuldbar,

1. je älter ein Vertrag ist (für die Ewigkeit kann nun einmal kein Menschenwerk Bestand haben!) und je mehr sich die Verhältnisse seit der Schaffung des konkreten Rechtszustandes geändert haben („*clausula rebus sic stantibus*“),

2. je mehr der Vertragsgegner seinerseits den Vertrag verletzt,

3. je mehr die allgemeinen Gesetze der Moral („Humanität“ etc.) durch den bestehenden Rechtszustand leiden,

4. je mehr das materielle oder moralische Interesse des durch den Rechtszustand Verpflichteten hiedurch verletzt wird.

Aber immer wird die Wichtigkeit der Verträge und überhaupt des positiven Rechts hoch, sehr hoch zu bewerten sein. Und zwar wird man sich nicht unbedingt darauf beschränken dürfen, für den jeweils vorliegenden Streitfall die Rechtsfrage zu untersuchen, sondern man wird auch das allgemeine Verhalten der Parteien in bezug auf ihre Achtung vor Recht und Verträgen in die Wagschale werfen müssen. Völker, die sich durch strenge Vertragstreue auszeichnen, verdienen *ceteris paribus* mehr Achtung, mehr Rücksicht, mehr Nachsicht, als rechtsverletzende und vertragsbrüchige.

II. Das Nationalitätsprinzip.

Dem „Legalitätsprinzip“, das nach dem Wiener Kongresse in Europa als das selbstverständliche, einzig mögliche und berechtigte galt, wonach das positive Recht von allen Völkern im Verkehre untereinander unbedingt zu respektieren war, bei dessen Aufrechterhaltung also territoriale Aenderungen (wenigstens gewaltsame) ausgeschlossen sein mußten — diesem Legalitätsprinzip trat, wie bekannt, sehr bald das Nationalitätsprinzip entgegen, d. h. der Gedanke: Staatsgrenzen und Volksgrenzen sollen sich decken (d. h. nicht die Volksgrenzen sollen sich den Staatsgrenzen, sondern umgekehrt die Staatsgrenzen den Volksgrenzen anpassen).

Man wird diesem Gedanken im wesentlichen die sittliche Berechtigung nicht absprechen können: Nicht der Staat soll der Zweck und das Volk das Mittel sein, vielmehr ist das Volk der Zweck und der Staat das Mittel.

Was ist aber Volk? In erster Linie konnte man — und kann es noch jetzt wohl — hören: „Eine Menschenmasse gleichen Blutes, gleicher Abstammung“^{*)}. Lassen wir diese Verkehrtheit beiseite und

^{*)} Abstammung — von wem? Von einem Menschenpaare? „Volk ist eine Menschenmasse, die von einem Menschenpaare abstammt“ — einen solchen Unsinn kann man getrost beiseite lassen. Also Abstammung von einem — Volke. „Die Griechen

begnügen wir uns, unter Verzicht auf theoretisch-wissenschaftliche Erörterungen die nackte Tatsache, die für unsere Zwecke völlig genügt, festzustellen:

Nach dem überwiegenden Gefühl im modernen Europa ist Volk „die Gesamtheit derjenigen Menschen, welche sich in ihrem regelmäßigen Leben einer gemeinsamen Umgangssprache bedienen“.

Das Nationalitätsprinzip ist es bekanntlich, das — allein oder zum großen Teil — die großen staatlichen Umwälzungen in Europa seit 100 Jahren herbeigeführt hat, namentlich die Einigung Deutschlands und Italiens und die Selbständigkeit der Balkanstaaten.

Es ist menschlich begreiflich, daß wie bei anderen Grundsätzen so auch beim Nationalitätsprinzip die Beteiligten instinktiv oder bewußt nach dem „Grundsatz“ verfahren: „Heilig und unverletzlich, soweit es zu meinen Gunsten ist; falsch und verbrecherisch, soweit es zu meinen Ungunsten.“

Die „saturierten“ Völker denken: „Bis hieher und nicht weiter. Das Nationalitätsprinzip hat seine Schuldigkeit getan. Von jetzt ab ist es verbrecherisch — wenigstens falls es mir zum Nachteile gereichen könnte.“

„Menschlich begreiflich“, aber deshalb nicht weniger kurzsichtig; dies war der wichtigste, vielleicht der einzig wichtige Fehler der deutschen und öster-

sind das Volk, das von den alten Griechen abstammt“, welche geistreiche Erklärung! Fast so geistreich wie diese: „Das Pferd ist ein Tier, dessen Vater ein Hengst und dessen Mutter eine Stute ist.“

reichisch-ungarischen Politik, der sich nun in der furchtbarsten Weise rächt.

Man tröstete sich damit, daß auch — ja sogar noch mehr — im gegnerischen Lager das Nationalitätsprinzip nicht befriedigt sei, ohne dabei zu berücksichtigen, daß dort die Machtverhältnisse gerade in dieser Richtung für die Gegner ungleich günstiger waren.

Außerdem glaubte man, mit allen möglichen törichten Redensarten sich über die furchtbare Wucht dieses Naturtriebes hinwegsetzen zu können (z. B. ein österreichischer Minister: „Über dem doktrinären und philologischen Rechte der Nationalität steht das lebendige und historische Recht des Staates“ oder, was für sehr geistreich gehalten wurde: „Man macht keine Politik mit Grammatik und Wörterbuch!“). —

Aber — es wird eine Zeit kommen, in der auch andere Staaten — sogar Nordamerika — ihre Nationalitätspassiven begleichen müssen!

Gleiches Recht für alle!

Die Schwierigkeiten sachlicher Art sind freilich nicht zu leugnen. Schon die Frage: „Wo beginnt eine Nationalität (= Sprache)?“ macht in manchen Fällen Schwierigkeiten. Denn wo ist die Grenze zwischen Sprache und Mundart zu ziehen? (Z. B.: serbokroatisch—slowenisch; großrussisch—weißrussisch—ukrainisch; türkisch—tatarisch.)

Wir haben gesagt: Nationalität in Europa = Sprache*).

*) Vgl. mein „Nationalitätsprinzip und Bevölkerungsaustausch“ S. 33.

Dies ist aber nicht in der ganzen Welt so. Im Orient, wo nicht (wie in Europa) eine Religion fast Alleinherrscherin ist, so daß die Verschiedenheit der Sprache auch nicht das fast einzig Trennende ist, wo ferner die Religion (ähnlich wie im mittelalterlichen Europa) ungleich mehr als im heutigen Europa die Geister beherrscht, — im Oriente, sage ich, ist vielfach Religion = Nationalität. Also wird man grundsätzlich der religiösen Gemeinsamkeit dort dieselben Rechte zuerkennen müssen, wie in Europa der sprachlichen Gemeinsamkeit. Es ist verkehrt und dumm, den religiösen Gegensatz zu leugnen und es etwa so zu machen, wie die Admirale Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Rußlands, die in ihrer Proklamation vom 10. Dezember 1898 auf der Insel Kreta dem kretischen Volke erklärten: „Es kann in Zukunft zwischen euch keine religiöse Feindschaft mehr bestehen!“

Das ist ebenso dumm, wie wenn jemand in Europa sagen würde: Ein nationaler Gegensatz zwischen Deutschen und Franzosen besteht nicht, da ja beide Völker der gleichen (arischen) Rasse und der gleichen (christlichen) Religion angehören.

Man wird vielmehr sagen müssen: Nationalität ist unter Umständen ein relativer Begriff*): Türken und Araber sind kraft ihrer sprachlichen Verschiedenheit trotz ihres gemeinsamen Glaubens als verschie-

*) Es gibt in vielen Fällen einen recht guten Maßstab, um zu bestimmen, in welchem Maße eine Herrschaft als „Fremdherrschaft“, also als Verletzung des Nationalitätsprinzips, empfunden wird: Die Größe der Garnisonen (insbesondere soweit

dene Völker zu betrachten, was das innere Verhältnis zwischen ihnen selbst betrifft; im Verhältnisse zu den Engländern oder Franzosen dagegen sind sie im wesentlichen als ein Volk zu betrachten — ganz ähnlich, wie es in früheren Jahrhunderten in Europa war. Mochten sich Deutsche, Ungarn, Tschechen usw. gegenseitig befehden, im Verhältnisse zu den „ungläubigen“ Türken fühlten sie sich im wesentlichen doch als ein Volk. Daran änderte auch der Umstand nichts, daß das eine oder andere christliche Volk es zeitweise mit den Türken hielt!

Es kann ferner keinem Zweifel unterliegen, daß auch die Rasse (wo noch deutlich erkennbare anthropologische Rassenunterschiede in der Wirklichkeit und im Völkerbewußtsein bestehen) für sich allein — um wie viel mehr, wenn Rassen- und Sprachenverschiedenheit zusammenfällt! — Berücksichtigung verdient.

Wenn also dereinst die ostasiatischen Völker auf Grund des Rassenkontos im Namen des Nationalitätsprinzips ihre Rechnungen präsentieren werden, so werden die europäischen Völker große Schwierigkeiten haben, das Bestehen ihrer Schulden abzuleugnen.

sie sich nicht aus der einheimischen Bevölkerung rekrutieren) in einem besetzten Lande:

Ein deutscher Reiseschriftsteller weist ganz treffend auf den Unterschied zwischen der türkischen und französischen Herrschaft in Nordafrika hin: In Tripolis höchstens 12000 Mann, in Algerien die fünffache Anzahl gut geschulte Truppen kaum genügend (Hugo Grothe, Auf türkischer Erde 1903 S. 164). Wie viel Truppen Italien wohl benötigen wird, um das von der türkischen Herrschaft „befreite“ Tripolitanien zu sichern?

Aehnlich in Amerika, wenn sich die Negerbevölkerung so konzentriert haben wird, daß sie in gewissen Landesteilen die erdrückende Mehrheit bildet!

In den neueren völkerethischen Erörterungen über die Kriegsziele (namentlich Englands und Nordamerikas) kommt das „Nationalitätsprinzip“ allerdings weniger als ein neuer, nicht ganz damit kongruenter Grundsatz zur Verwendung: das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“.

Dieses Schlagwort hat viel Bestechendes, kein gerecht Urteilender wird ihm bis zu einer gewissen Grenze (ich möchte meinen: im wesentlichen wird die Grenze zeitlicher Art sein; hierüber weiter unten) die Berechtigung versagen und es ist ein vergeblicher Versuch, durch rabulistische Gründe (z. B. „der wirkliche Wille eines Volkes kann gar nicht sicher festgestellt, kann gefälscht, das Volk kann getäuscht und betrogen werden“ u. dgl. m.) es beseitigen zu wollen.

Wohl aber wird man Folgendes einwenden können:

Offenbar ist das Schlagwort für das Parteibedürfnis im gegenwärtigen Kriege neu geschaffen worden. Da auch die deutschsprachigen Elsaß-Lothringer großenteils — nach französischer und englischer Annahme sogar fast durchgehends — zu Frankreich neigen, andererseits Ostindien, Aegypten usw. — noch weniger die kleinen Völker der Basken, Bretonen usw. — wenig von einem Wunsche nach völliger Unabhängigkeit merken lassen — was liegt näher, als zu sagen: Das Nationalitätsprinzip ist nur insoweit berechtigt, als es mit den Wünschen eines Volkes über-

einstimmt. Die Wünsche einer nicht selbständigen Bevölkerung auf Änderung ihrer Staatszugehörigkeit sind aber sogar dann berechtigt, wenn sie mit dem Nationalitätsprinzip im Widerspruche stehen!

Bis zu einem gewissen Grade sind derartige Ansichten gewiß berechtigt, ja sogar selbstverständlich.

Aber vollständig das objektive Merkmal der „Nationalität“ (Sprache usw.) durch das subjektive Moment des Bevölkerungswillens zu ersetzen, geht viel zu weit, geht auch da viel zu weit, wo „Grundsätze“ wie die Kultur, Humanität, freier Zugang zum Meere usw. nicht im Wege stehen. Denn die Wünsche und Neigungen der Bevölkerungen sind nicht ewig unveränderlich, sie wechseln oft gar rasch mit dem Wechsel äußerer Verhältnisse, ja sogar, ohne daß die äußeren Verhältnisse sich merklich ändern.

Das Tiroler Volk, das in den Jahren 1806 ff. sich mit äußerster Hartnäckigkeit gegen die bayerische Herrschaft wehrte, hätte in manchem folgenden Zeitabschnitte diese Herrschaft der österreichischen vorgezogen. Die griechische Bevölkerung Mazedoniens, die im 19. Jahrhundert wiederholt erklärte, daß sie die türkische Herrschaft einer slawischen vorziehe, machte im Jahre 1912 mit slawischen Staaten gemeinsame Sache gegen die Türkei, um vom Jahre 1913 ab allerdings wieder zu finden, daß die türkische Herrschaft doch erträglicher sei als die slawische.

Ähnliche Beispiele ließen sich zweifellos noch in großer Menge anführen.

Wie, wenn einmal in einer französischen oder russischen Provinz die Bevölkerung französischer oder

russischer Nationalität einstimmig oder in ihrer Mehrheit den Wunsch äußern sollte, sei es dem Deutschen Reiche oder einem anderen Nachbarstaate anzugehören, oder (nehmen wir einen etwas wahrscheinlicheren Fall) eine selbständige Republik zu bilden — würde Frankreich und Rußland im Namen des Grundsatzes des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ einem solchen Wunsche willfahren?

Man würde zweifellos allgemein sagen: Kein Volk gestattet einem seiner Teile, sich nach Belieben von ihm loszumachen — fast so wenig als ein Individualkörper einem seiner Glieder oder Organe, wenn ein solches den Willen hätte, sich vom übrigen Körper loszumachen, dies gestatten würde. (Hat Nordamerika seinen Südstaaten im Jahre 1861 die „Sezession“ gestattet?)

Soll also jedem Umschwung in den Wünschen und Aspirationen einer Bevölkerung auch die staatliche Gebietsabtretung folgen?

Welch ungeheuerliche Folgerung wäre dies! Für den Psychologen ist doch noch Eines dabei zu berücksichtigen:

Aus nächster Nähe gewinnen die Dinge oft ein ganz anderes Aussehen als aus einiger Entfernung; eine heiße Liebe, wenn sie am Ziele ihrer Wünsche ist, verwandelt sich gar oftmals in Gleichgültigkeit oder Abneigung. Ob nicht selbst die Elsaß-Lothringer einige Jahre nach dem Kriege 1870/71, als die Liebe zu Frankreich in ihnen noch zweifellos heiß war, durch eine Wiedervereinigung mit Frankreich in dieser Liebe abgekühlt worden wären?

Auf jeden Fall scheint mir eines sicher: Will man überhaupt derartige Wünsche einer gleichvölkischen Bevölkerung nach Anschluß an ein fremdes Volk, an einen fremdvölkischen Staat — nennen wir es einfach: Überläuferwünsche — für berücksichtigungswert halten, so kann nie und nimmermehr die einfache Mehrheit (eine oder eine halbe Stimme über die Hälfte) der abgegebenen Stimmen hierfür genügen. Es müßte eine „qualifizierte“ Mehrheit erfordert werden — ob $\frac{2}{3}$ oder $\frac{3}{4}$ oder in welcher Höhe, wäre eine Frage für sich.

Will man aber trotzdem das „Selbstbestimmungsrecht“ in dem weiter von der Entente beanspruchten Umfange anerkennen, so muß man es unparteiisch, für jeden Staat anerkennen. Alsdann wird man die Unabhängigkeit Irlands (wenigstens des größten Teiles von Irland), mag dieses auch fast vollständig von der englischen Sprache beherrscht sein, als zweifellose Forderung der Gerechtigkeit anerkennen müssen. Denn gleiches Recht für alle!

Zwei schwere, verhängnisvolle Irrtümer hinsichtlich des Nationalitätsprinzipes müssen wir noch erwähnen, die allerdings mit der Überschätzung des „Selbstbestimmungsrechtes“ größtenteils zusammenhängen.

Man meint vielfach, das Nationalitätsprinzip könne nicht gelten und überhaupt die Nationalität (Sprache) sei nicht berücksichtigungswert, soweit in Betracht kommen

1. ganz kleine Völker,
2. niedrig zivilisierte Völker,

Würde es sich hiebei nur um die Bildung oder Erhaltung selbständiger Staaten handeln, so könnte man — wenigstens der Ausnahme 1. — wohl in den meisten Fällen zustimmen. Den Interessen kleiner Volksstämme wird wohl durch eine staatliche Selbständigkeit gewöhnlich schlecht gedient sein.

Meist wünschen denn auch die „ganz kleinen“ Völkchen bis jetzt gar nicht die staatliche Selbständigkeit. Wenigstens in Wales, in der Bretagne, in den baskischen Gegenden scheinen Bestrebungen auf Lostrennung von England und Frankreich vollständig zu fehlen (freilich: man gebe sich keiner Täuschung darüber hin: was jetzt nicht ist, kann noch werden!).

Aufs schärfste muß jedoch bestritten werden, daß die Sprache und „nationale Individualität“ kleiner und nicht zivilisierter Völker ihnen geraubt und vernichtet werden dürfe. Vielmehr ist die Sprache jedes Volkes oder Völkchens als heiliges, unantastbares Gut vom Standpunkte der Völkerethik zu betrachten.

Auch die Sprache des kleinsten Völkchens verdient Berücksichtigung, diese sogar erst recht, wie ja auch innerhalb des Staates der „kleine Mann“ Gegenstand besonderer Fürsorge für den Gesetzgeber und Richter zu sein pflegt.

Dies ist nicht nur vom Standpunkte der Moral („was du nicht willst, daß man dir tu“ usw.), sondern auch im allgemeinen menschlichen Interesse zu fordern: Jede nationale Eigenart ist berechtigt und wertvoll; sie muß also geschützt werden, wenn sie schwach und vom Untergange bedroht ist. Große und starke Nationen bedürfen eines Schutzes weniger. Hätte

man vor 3000 Jahren die nationale Eigenart des kleinen Volkes von Athen vernichtet, welch schwerer Verlust für die Menschheit!

Bisher überwog in Europa, namentlich in den Staaten, die für die Völkerfreiheit und für die Gerechtigkeit zu kämpfen erklären, die gegenteilige Auffassung:

„Die serbische Nationalität, eine recht kräftige, deren Vernichtung undenkbar ist, muß mit allen Kräften geschützt werden. Dagegen die finnische, esthnische, lettische, albanische, grusinische und andere schwache, von der Vernichtung bedrohte Nationalitäten können von uns nicht geschützt werden, weil sie eben zu schwach sind.“

Ebensowenig kann der tiefere Kulturstand das Recht auf Berücksichtigung der Nationalität ausschließen. Unbegreiflich, wenn hierüber auch nur die Spur eines Zweifels bestehen kann!

Bestände heute eine deutsche Kultur, wenn es den Römern gelungen wäre, die deutsche „Barbarei“ auszurotteten?

Wenn man also sagt: „Auf die Serben hat das Nationalitätsprinzip Anwendung zu finden, da sie ein modernes, schon ziemlich fortgeschrittenes Volk sind, auf die Albanesen dagegen nicht, da sie der modernen Kultur entbehren, die albanische Sprache und Nationalität dürfte sogar verschwinden,“ so erwidere ich: das ist die nämliche Moral, wie wenn jemand glaubt, die Ermordung eines vierjährigen Kindes sei kein schlimmes Vergehen, da ja das Kind kein vollwerter Mensch sei.

Man darf mir nicht einwenden, daß mein Vergleich hinke, da ja die Albanesen „ebenso alt“ wie die Serben seien.

Dies ist ja ein wesentlicher Unterschied zwischen den Individuen und Völkern:

Die Altersentwicklung der ersteren zeigt — selbst unter Berücksichtigung der individuellen, Rassen-, klimatischen u. a. Besonderheiten — verhältnismäßig recht geringe Verschiedenheiten auf (etwa 1. Lebensstufe bis zum 4. Lebensjahre, 2. Lebensstufe bis zum 8. Lebensjahre usw.). Welch ungeheure Verschiedenheiten dagegen bei den Völkern und Rassen, Verschiedenheiten, deren Ursachen nur sehr unvollständig erkannt sind! „Gleichaltrig“ im körperlichen Sinne sind vielleicht ausnahmslos alle Rassen; wenigstens ist kein Beweis dafür erbracht, daß eine Rasse später als die andere (sei es durch Menschwerdung einer Tierspezies oder wie man sich sonst die Entstehung des Menschengeschlechts denken mag) entstanden sei.

Aber welch ungeheure geistige Verschiedenheiten! Und welch ungeheurer Irrtum, zu glauben, die langsame und späte Entwicklung sei ein Zeichen mangelhafter Geistesfähigkeiten!

Als die Assyrier und Aegypter blühten und glänzten, waren die Germanen, Kelten und „Romanen“ noch „Wilde“; sollten wir hieraus auf eine Inferiorität der europäisch-arischen Rassen gegenüber Semiten und Hamiten schließen? —

Als selbstverständlich sollte es schließlich zu erachten sein, daß da, wo verschiedene Nationalitäten gemischt wohnen, bei der Anwendung des Nationa-

litätsprinzips die Nationalität der Mehrheit, nicht der Minderheit maßgebend sein soll.

Da nun doch einmal in jedem Staatswesen eine Nationalität die vorherrschende sein muß, so muß offenbar der Grundsatz gelten: Die Minderheit muß der Mehrheit untertan sein.

Aber zu sagen; „Die Minderheit entbehrt der Freiheit, folglich soll sie die Herrin über die Mehrheit werden“ — wie es Balfour (wenn auch nicht den Worten, so doch dem Sinne nach in seiner Depesche an Nordamerika vom 15. Januar 1917*) tat, — welche abscheuliche Ungerechtigkeit, welche Verhöhnung der eigenen Grundsätze!

Als Schlußergebnis unserer Betrachtung wollen wir feststellen:

Die Wünsche und Anschauungen der „Kultur“- (europäischen und amerikanischen) Völker neigen mehr und mehr dazu, daß die Nationalitäts-(Sprach-)Grenzen mit den Staatsgrenzen übereinstimmen sollen. Eine Übereinstimmung durch Gebietsabtretungen herzustellen, ist nicht überall restlos möglich, da noch andere Gesichtspunkte (siehe die folgenden Ausführungen) Berücksichtigung erfordern. Kompromisse werden unvermeidlich sein; es ist aber auch zu er-

*) „Augenscheinlich erfordern die Friedensinteressen und Ansprüche der Nationalitäten in gleicher Weise, daß die türkische Herrschaft über fremde Rassen wenn möglich beendet wird, und wir dürfen hoffen, daß die Austreibung der Türkei aus Europa ebensoviel zur Sache des Friedens beitragen wird wie die Zurückgabe von Elsaß-Lothringen an Frankreich etc.“

wägen, ob nicht neue Methoden die Hemmnisse und Gefahren beseitigen können.

Ist es notwendig, daß eine Bevölkerung stets mit dem Landgebiet, das sie ererbt hat, unlösbar fest verbunden bleibt? Ich bestreite dies. Ich behaupte, daß in geeigneten Fällen eine Verpflanzung der Bevölkerung in andere Landgebiete, ein Bevölkerungsaustausch, eine „nationale Flurbereinigung“ sittlich erlaubt und eine politische Notwendigkeit ist. Meine Gedanken hierüber habe ich in meiner Broschüre „Nationalitätsprinzip und Bevölkerungsaustausch“ (Dresden 1917) niedergelegt, auf die ich hier Bezug nehme. —

Anmerkung:

Da meine Untersuchungen zunächst sich an den gegenwärtigen Völkerkrieg anschließen, so sind in den einschlägigen Konten am Schlusse dieser Broschüre die Ansprüche, die die einzelnen Staaten gegen Verbündete auf Grund des Nationalitätsprinzips erheben könnten, außer Ansatz gelassen (Deutschland—Österreich-Ungarn; Frankreich—Belgien; Italien—Frankreich; Rumänien—Serbien; Rumänien—Rußland; Türkei—Bulgarien; Türkei—Deutschland nach dem „Religionsprinzip“ an Stelle des Nationalitäts- (richtiger: Sprachen-) Prinzips; Japan gegen Rußland, Frankreich, England auf Grund des „Rassenprinzips“ an Stelle des Nationalitäts- (Sprachen-)Prinzips).

Auch die Ansprüche, die das Deutsche Reich, Frankreich und Italien gegen die — auch in national-sprachlicher Hinsicht gewissermaßen neutrale —

Schweiz erheben können, sind außer Berücksichtigung geblieben.

Desgleichen sind die ihrer Nationalität nach zu den „mitteleuropäischen“ Staaten gehörenden Bevölkerungen der Kolonien und Tochterstaaten der gegnerischen Gruppe außer Ansatz geblieben (in Betracht kämen hauptsächlich die Deutschen in Nordamerika usw., an deren Angliederung an Deutschland indessen gar nicht zu denken ist).

III. Die Kultur.

Natürlich läßt sich theoretisch darüber streiten, ob die Höhe der Kultur (d. h. das Maß des geistigen Könnens und Wissens und dessen Betätigung durch die Arbeit eines Volkes*) für das Urteil über „Recht und Schuld“ irgendwie ins Gewicht fallen darf.

Folgte man J. J. Rousseau, so müßte man die hohe Kultur sogar unter den Passiven statt unter den Aktiven verbuchen. Aehnlich nach dem ursprünglichen Christentum.

Praktisch ist indessen die Frage allgemein in Europa zugunsten der Kultur entschieden. Niemand wird mehr den Standpunkt Rousseaus zu vertreten wagen und auch die urchristliche Lehre ist von der „modern-christlichen“ verpönt.

Allgemein gewährt die höhere Kultur den größeren Ruhm, das größere Verdienst, ein Vorrecht in moralischer und selbst in materieller Beziehung. Sie ist fast der einzige Rechtstitel für die Erwerbung von Kolonien den „unzivilisierten“ Eingeborenen gegen-

*) S. mein „Kultur und Humanität“ S. 2 ff. Als wichtiger Bestandteil der Kulturtätigkeit, der in der Zukunft weit mehr als bis jetzt geschätzt werden wird, müssen wir auch den Naturschutz berücksichtigen (s. hierüber mein „Natur und Kultur“ S. 98—107).

über. Einer der gebräuchlichsten Vorwürfe, jedenfalls der durch die Tatsachen am besten gestützte, gegen die Türkei ist deren Rückständigkeit in der Kultur. Zahllose Beispiele ließen sich dafür anführen. So sagte Lord Salisbury in einer Art Anklagerede gegen die Türkei am 15. August 1895 im Oberhause zur Begründung dafür, daß man diesem Staate nicht die gleichen Rechte wie anderen Staaten zuerkennen dürfe: die Türkei sei „a mechanism which did not work for human happiness and progress“.

Das ist doch vollständig deutlich. Auch mit „Glück“ sollte hier nicht das beschauliche, innere Glück des anspruchslosen Naturmenschen, sondern das mit einem größeren Nervenreize verbundene der Kulturmenschheit bezeichnet werden, so daß also z. B. das englische Arbeiterproletariat mit all seinem materiellen und moralischen Elende als „glücklicher“ gedacht wird als etwa die Masse der türkischen Bauern und Hirten, mögen letztere auch gesünder, moralischer, zufriedener sein.

Wenn nun das sittliche Urteil Europas in dieser Beziehung feststeht, so haben wir nichts weiter zu fordern, als daß der gleiche Grundsatz jeder Partei gegenüber mit voller Unparteilichkeit angewendet wird.

Steht es also fest, daß irgend ein Staat im Gegensatz zur Türkei viel, sehr viel „zum Glück und Fortschritt der Menschheit“ beiträgt, glänzende Leistungen auf allen Gebieten der Wissenschaft und der Technik, der Kunst und des Sportes aufweist und durch rast-

lose Arbeit immer höher steigt, so wird man nicht sagen dürfen: „Was geht das uns an? Das ist gleichgültig. Die Deutschen sind doch Barbaren.“

Eine solche Unterdrückung des Kontos „Kultur“ müßten wir als „Bilanzfälschung“ kennzeichnen.

Nach dem sonstigen Verfahren in Europa müßte das sittliche Urteil vielmehr geradezu entgegengesetzt sein:

Stünde es fest, wäre es völlig sicher bewiesen, daß nicht nur in vereinzelten Fällen, sondern ganz gewöhnlich, massenweise deutsche Soldaten die größten Schandtaten verübt, daß sie sogar gemordet, geschändet, unschuldigen Kindern die Hände abgehauen, die Augen ausgestochen hätten, was müßte die Kulturwelt tun und sagen? Offenbar die Augen zudrücken, die Ohren verstopfen und auf die Anklagen erwidern: „Wir wissen nicht, ob es wahr ist. Wir sehen nichts, wir hören nichts!“ Denn so hat man es gegenüber den italienischen Greuelthaten in Tripolis, gegenüber den bulgarischen, serbischen, montenegrinischen, griechischen Greuelthaten auf der Balkanhalbinsel gemacht — mit Rücksicht auf die „höhere Kultur“ der Italiener, Bulgaren, Serben usw.

Man ist sogar versucht, zu sagen:

Wenn am 11. März 1901 ein englischer Unterstaatssekretär im englischen Unterhause ohne jede Scheu im Widerspruche mit den aller Welt bekannten Tatsachen sagen durfte, „soviel er wisse, sei von den europäischen Heeren in China nicht geraubt oder geplündert worden“, so ist es völlig unverständlich, weshalb nicht auch ein einzelnes Kulturvolk für et-

waige Sünden in Europa selbst dieses Recht auf Lüge für sich in Anspruch soll nehmen dürfen.

Gleiche Grundsätze für Alle! Was dem einen recht, ist dem anderen billig!

Gleiche Grundsätze für Alle!

Ist die Kultur ein solch wertvoller, gewichtiger Faktor, daß sie unter Umständen die Faktoren „Positives Recht“, „Nationalitätsprinzip“, „Humanität“ vollständig überwiegt und ausschaltet — wie wir es z. B. im Falle Italiens gegenüber Tripolitanien sahen —, so ist es ungerecht und unbegreiflich, daß z. B. Deutschland und Polen trotz der gewaltigen Kulturunterschiede genau die nämlichen Rechte genießen sollen. Zugegeben, daß der Kulturabstand zwischen Deutschen und Polen nicht so groß ist als zwischen Italienern und afrikanischen Arabern: dies kann rechtfertigen, daß Polen nicht ganz von den Deutschen beherrscht werden darf. Daß aber nicht das kleinste Stück Polen deutscher Besitz sein dürfe, selbst wo das deutsche Interesse auf Gebietsabrundung, auf militärische Sicherung etc. es gebieterisch erheischt, daß dagegen ein polnischer Zugang zum Meere sogar einen Keil und Riß in deutsche Volks- und Staatsgebiete bringen dürfe — das sind offenbar, wenn man den Faktor „Kultur“ so hoch schätzt, ungeheuerliche, unmögliche Forderungen!

Oder nehmen wir das heilige „Selbstbestimmungsrecht“ der Völker! Es wird, wie man bei Aegypten, Tripolis, Tunis, Algier usw. sieht, ausgeschaltet durch das Interesse der „höheren Kultur“!

Warum soll also nicht das gleiche Verhältnis bei einem kleinen, von der deutschen Sprache beherrschten Ländchen wie Elsaß-Lothringen gelten? Daß Frankreich gegenüber Deutschland rückständig ist, weiß doch jeder, der beide Länder auch nur oberflächlich kennt!

Gleiches Recht für alle!

IV. Humanität und allgemeine Moral.

Wie man auch über die tatsächlichen Behauptungen der Parteien bei ihren gegenseitigen Beschuldigungen denken mag, den Grundsatz wird man freudigerweise billigen und als berechtigt anerkennen müssen: Das allgemeine sittliche Verhalten eines Volkes muß bei der Beurteilung aller „Für“ und „Wider“ in die Wagschale fallen, muß in die „Recht- und Schuld“-Bilanz eingestellt werden; die sittlichen Eigenschaften sind aber nicht identisch mit den „kulturellen“, d. h. den Errungenschaften auf den Gebieten der Technik, Wissenschaft, Kunst und Sport etc. — wie es ja nicht wenige hervorragende Gelehrte, Techniker, Künstler, Sportsleute gibt, die vom sittlichen Standpunkte vielen Tadel verdienen sogar gemeine Verbrecher gab es schon unter ihnen).

Freilich wird die Humanität oder Moral — ohne daß man es eingesteht — bedeutend niedriger geschätzt als die Kultur, wie man am besten in diesem Kriege wieder wahrnehmen konnte: Man fälscht die Begriffe und substituiert der (angeblichen oder wirklichen) Unmoral des Gegners die Unkultur, weil man sich davon eine stärkere Wirkung verspricht! „Die Deutschen sind (wegen ihrer Rechtsverletzungen und Grausamkeiten) Barbaren, Wilde u. dgl.“ Ein recht kindisches Unterfangen: Kant, Goethe, Mozart, Len-

bach, Helmholtz, Liebig, Zeppelin sollen Mitglieder eines wilden Naturvolkes sein!

Das ist ebenso einfältig, wie wenn man den (wirklichen oder angeblichen) Teufel, um ihm recht wehe zu tun, einen „dummen Kerl“ oder einen (wirklichen oder angeblichen) Tiger „Esel“ nennen will. Natürlich ganz wirkungslos: der Teufel und der Tiger setzen sich auch über den Vorwurf der geistigen Schwäche hinweg; aber, wie gesagt, man sieht daraus, daß Europa im innersten Grunde des Herzens die Sittlichkeit weit geringer schätzt als das Wissen und Können.

Auch bei der „Humanität“ oder allgemeinen Völkermoral muß — wenn nicht die laut verkündeten Ideale reiner Schwindel sein sollen — der alles überragende Grundsatz sein: Die gleichen Grundsätze für alle!

Man hat der Türkei gegenüber besondere Humanitätsparagrafen völkerrechtlich geschaffen (so Art. 23, 61 und 62 des Berliner Vertrages), aber auch schon vorher auf Grund der Humanität sich über alle anerkannten völkerrechtlichen Grundsätze hinwegsetzen zu dürfen erklärt und im weitesten Maße das vom Völkerrechte nicht anerkannte Interventionsrecht gegen die Türkei beansprucht. Weshalb soll man anderen Staaten gegenüber völlig verschiedene Grundsätze gelten lassen — etwa: „Die Greueltaten der Serben, Bulgaren, Russen müssen vertuscht und abgeleugnet werden. Die *conspiration de silence* (wie der Franzose sagt) ist sittliche Pflicht!“ Wo bliebe hier der Grundsatz: „Gleiche Grundsätze für alle!“?

Es geht auch nicht an, zu sagen: „Den Türken setzen wir so lange mit Ermahnungen, Belehrungen, Warnungen, Drohungen, Strafen zu, bis sie sich zur strikten Humanität bekehren. Gegen die Rumänen, Russen, Polen dagegen, die die Juden mit Füßen treten, können wir nicht scharfe Worte oder gar Taten anwenden, da dies diese Völker nur erregen und erbittern, also die Lage der Juden verschlimmern würde: im eigenen Interesse der Juden müssen wir hier sehr vorsichtig auftreten.“

Denn weshalb soll die menschliche Natur bei den Türken so vollständig verschieden von der der Rumänen, Russen, Polen sein?

Gleiches Recht für alle!

Das humane Verhalten eines Volkes und Staates darf man aber nicht plumperweise nur nach äußeren Momenten — Taten und Unterlassungen —, am allerwenigsten nach einzelnen, willkürlich herausgegriffenen beurteilen. Gewiß ist zunächst das Tun und Lassen — das gesamte Tun und Lassen — ins Auge zu fassen; aber daneben muß man, um möglichst gerecht zu urteilen, versuchen, die Verhältnisse, die das sittliche Verhalten beeinflussen, möglichst vollständig und richtig zu berücksichtigen: Vergangenheit, Erziehung und wirtschaftliche Lage eines Volkes, sittliches Verhalten anderer Völkern (namentlich Nachbar- und Handelsvölker) jenem Volk gegenüber, absolute und relative Kopfzahl und Macht eines Volkes, Stärke der Rassen-, Sprachen- oder Religionsgegensätze usw.

Es wäre übertrieben und falsch, zu sagen: In

Amerika werden Neger gelyncht, in der Türkei dagegen nicht, folglich sind die Amerikaner unhuman, die Türken human. Oder: In Amerika beutet man das Volk in furchtbarer Weise durch Trusts und durch schwindelhafte Manipulationen aller Art aus, in der Türkei sind derartige Machenschaften weit weniger verbreitet, also steht die Türkei auf einer höheren sittlichen Stufe.

Ebenso falsch ist es aber auch, zu sagen: In der Türkei fanden wiederholt große Armenier-Metzereien statt, in Amerika sind weder die Juden noch die Neger, noch die Deutschen der Massen-Ermordung ausgesetzt, folglich sind die Amerikaner human, die Türken unhuman.

Näher kann ich diese außerordentlich wichtigen Fragen hier nicht behandeln; ich verweise den freundlichen Leser auf die Ausführungen in meinem Buche „Kultur und Humanität“, Seite 116–127.

V. Freier Zugang zum Meere.

Das Bedürfnis der einzelnen Staaten nach dem Zugange zur See galt schon bisher als beachtens- und berücksichtigungswert; darum erhielt Ungarn den Hafen Fiume, Montenegro (1878) den Hafen Antivari, Serbien auf der Londoner Konferenz 1913 einen „Korridor“ zum Adriatischen Meere zugesprochen. Auch die Zuweisung des Küstengebietes am Schwarzen Meere an Bulgarien (1878), auf das dieses nach dem Nationalitätsprinzip wohl keinen Anspruch gehabt hätte (da die Bevölkerung in erdrückender Mehrheit türkisch und griechisch war), wird wohl darin ihren Grund gehabt haben.

Neuerdings wird die Forderung von Wilson in seiner Botschaft an den amerikanischen Senat vom 22. Januar 1917 ganz allgemein, in Punkt 11 und 13 seines Friedensprogrammes vom 8. Januar 1918 insbesondere mit Bezug auf Rumänien, Serbien, Montenegro, Polen erhoben.

Die große Schwierigkeit besteht da, wo die Forderung mit dem Nationalitätsprinzip in Kollision gerät, d. h. wo zwischen einem Staate und der Meeresküste eine fremdnationale (fremdsprachige) Bevölkerung wohnt.

Soll der „freie Zugang“ durch Besitz oder durch Servitut gewährleistet werden?

Ist überhaupt die Forderung nach dem Meereszugange nach dem Kriege noch nötig oder auch nur wichtig, da ja der „Völkerbund“ an die Stelle des nationalen Egoismus eine allgemeine Freundschaft, gegenseitige Rücksicht, — jedenfalls ein großes Maß von Moral unter den Völkern der Erde schaffen wird?

Wie man darüber auch denken mag, Eines scheint mir sicher: Auch dieser Grundsatz kann nur gleichmäßig gelten oder nicht gelten. Nur „sachliche“, nicht „persönliche“ Gesichtspunkte können maßgebend sein.

Aber ohne jede weitere Begründung zu sagen: „Für die Ostsee gilt das Meerzugangsprinzip zum Schaden des Nationalitätsprinzips, für die nördliche Adria gilt das Nationalitätsprinzip zum Schaden des Meerzugangsprinzips, für die mittlere Adria gilt das Meerzugangsprinzip zum Schaden des Nationalitätsprinzips, im westlichen Kleinasien gilt das Nationalitätsprinzip zum Schaden des Meerzugangsprinzips“ — pfui!!

VI. Andere „Grundsätze“.

Auch sonst werden für den Rede- und Schreibfeldzug, der der Begleiter des blutigen Feldzuges ist, allerlei neue Waffen in der Form von Grundsätzen fabriziert, die einer Untersuchung wohl wert sind.

Bei sämtlichen wird man sagen müssen: Sind sie berechtigt, so dürfen sie nicht ausschließlich zugunsten der einen, zu Lasten der anderen Partei, sondern sie müssen unparteiisch nach sachlichen (nicht persönlichen) Gesichtspunkten angewendet werden. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig.

Gleiches Recht für alle!

Als derartige „Grundsätze“ sind namentlich zu nennen:

1. Die Gleichgewichtstheorie (allerdingsschon 1885 von Griechenland geltend gemacht: „Bulgarien hat der Türkei Ostrumelien entrissen; folglich sind wir berechtigt, Epirus und einen Teil Mazedoniens ihr zu entreißen — zur Erhaltung des Gleichgewichts!“)

Diese macht Italien jetzt geltend. Es beansprucht eine größere Beute an Land im östlichen Mittelmeere — zur Erhaltung des Gleichgewichts.

Man wird wohl sagen müssen: Dieser Grundsatz ist berechtigt im Verhältnisse zwischen Italien und seinen Bundesgenossen, aber nie und nimmermehr im Verhältnisse zwischen Italien und seinen Gegnern.

Wenn mehrere Wegelagerer einem Wanderer sein Hab und Gut wegnehmen, so kann jeder bei der Teilung der Beute den anderen gegenüber mit Fug und Recht einen angemessenen Anteil beanspruchen. Aber einen Rechtstitel dem Beraubten gegenüber daraus zu schaffen — unmöglich!

Wollte man aber trotzdem diesen Grundsatz gelten lassen, so dürfte man ihn nicht auf das Verhältnis zwischen Italien und der Türkei beschränken, sondern müßte mutig und entschieden auch weitere Konsequenzen in den Kauf nehmen. Wenn in naher oder fernerer Zeit etwa Nordamerika oder Rußland etwa die Insel Sizilien oder Sardinien „im Interesse des Gleichgewichts im Mittelmeere“ beanspruchen sollten, wie will man ihren Anspruch abweisen?

2. Die Theorie, daß eine ungünstige geographische Gestaltung der natürlichen Grenzen durch politische Grenzberichtigungen ausgeglichen werden müsse.

Einen solchen Rechtstitel macht bekanntlich Italien geltend; die italienische Küste ist fast offen, gewährt der Flotte so gut wie keinen Schutz, dagegen ist die gegenüberliegende Küste Dalmatiens überreich an Schlupfwinkeln aller Art, die einer feindlichen Flotte ihre Unternehmungen gegen Italien erleichtern. Italien sei daher zu seiner Sicherheit gezwungen, berechtigt und verpflichtet, diese gegnerischen Küsten sich anzugliedern. Ebenso an der nördlichen Landgrenze: Da die Wasserscheide die beste strategische Grenzsicherung gewährleiste, sei Italien berechtigt, den Brenner als Landesgrenze zu fordern.

Eine derartige Theorie (Korrektur der Natur) ist bisher meines Wissens von der unparteiischen öffentlichen Meinung Europas noch niemals als berechtigt anerkannt, vielleicht noch kaum von irgend einer Partei aufgestellt worden.

Wird sie aber als berechtigt anerkannt, so muß sie gerechterweise auch anderen Parteien, die sich in schwieriger Lage befinden (*mutatis mutandis* natürlich), zugute kommen.

Es müßte alsdann unparteiisch untersucht werden, ob z. B. nicht billigerweise dem Deutschen Reiche ein Küstenstrich am Aermelkanal zuzusprechen wäre. Denn zweifellos ist Deutschlands Küstengliederung geradezu verzweifelt schlecht gegenüber England. Letzteres ist im Weltmeere den deutschen Küsten so vorgelagert, daß es selbst ohne überlegene Flotte Deutschlands Weltverkehr fast vollständig unterbinden könnte.

Diese stiefmütterliche und ungerechte Behandlung durch die Natur würde durch die Angliederung auch nur eines kleinen Küstenstreifens etwa an der Südküste Englands oder im Norden Frankreichs an Deutschland vollständig oder größtenteils ausgeglichen werden.

Ebenso wäre der Gebirgskamm des Kaukasus alsdann die natürliche Grenze zwischen Rußland einerseits und Georgien, Armenien, der Türkei und Persien andererseits.

3. Das nationale Prioritätsrecht als ein das Nationalitätsprinzip ausschaltendes Recht:

Ein Landgebiet, das von einer Nationalität durch

Einwanderung, wirtschaftliche Ueberlegenheit, größere Volksvermehrung etc. erworben wurde, sei nicht dieser Nationalität, sondern der angrenzenden, früher dort berechtigten und daraus verdrängten Nationalität zuzusprechen. (Wohlgemerkt: die blutige Eroberung mit Vernichtung der ursprünglichen Bevölkerung wird als Rechtstitel nicht angefochten, sondern nur die friedliche Eroberung!)

Mit diesem „Grundsatz“ verfechten bekanntlich die Tschechen ihr „Recht“ auf Deutsch-Böhmen.

Will man diesen „Grundsatz“ als solchen anerkennen, so muß er auch auf Siebenbürgen Anwendung finden (in dem die Rumänen bekanntlich im wesentlichen durch Einwanderung aus der Walachei und starken Geburtenüberschuß die Majorität erlangt haben). Denn gleiches Recht für alle!

4. Das Mitleid:

Z. B. in der Note des Papstes vom 1. August 1917 heißt es mit Bezug auf Polen: „Das Königreich Polen, dem sowohl seine edlen geschichtlichen Ueberlieferungen wie seine Leiden, zumal die im gegenwärtigen Kriege erlittenen, die Zuneigung aller Völker gewannen usw.“

Hier ist also der Grundsatz ausgesprochen, daß erduldeten Leiden, wenn auch nicht ausschließlich, so doch im Verein mit anderen Rechtstiteln, letztere verstärkend und erhöhend, einen Anspruch auf erhöhte Rücksicht und Billigkeit, vielleicht auch auf Entschädigung gewähren müssen.

Jeder gerecht und billig Denkende mußte meines Erachtens mit diesem Gedanken Sympathie empfinden

und es mit Freuden begrüßen, wenn er bei der Abmessung von Schuld und Guthaben in Rechnung gestellt werden könnte.

Aber es ist klar, daß auch dieser Grundsatz nicht auf ein einziges Volk, welches es auch sein möge, beschränkt bleiben könnte, daß vielmehr der gleiche Grundsatz zugunsten jedes Volkes angewendet werden müßte, das schweres Unrecht und Leiden jahrhundertlang ertrug.

Daß die unparteiische Anwendung des Grundsatzes Schwierigkeiten verursacht, ist wohl ohne weiteres zuzugeben; aber daraus dürfte nicht der Schluß gezogen werden: Folglich wollen wir uns mit einer partiischen, willkürlichen Anwendung des Grundsatzes, die viel leichter und einfacher ist, begnügen!

Eine solche partiische Grundsatzanwendung würde beispielsweise vorliegen, wenn man im Falle A sagen wollte: „Dieses unglückliche Volk, das durch die Ränke seiner Nachbarn, wenn auch durch die Mitschuld seiner eigenen Herrscher und Regierung so viel gelitten hat, muß für diese Leiden entschädigt werden“, dagegen im Falle B: „Jedes Volk verdient die Regierung, die es hat. Hätte dieses Volk eine bessere Regierung gehabt, so hätte es mit Leichtigkeit sich seiner Gegner erwehren können und die Leiden wären ihm erspart geblieben“. Gleiches Recht für alle!

5. eine Theorie, die ich kurz Vormundschaftsrecht nennen möchte: die schlechte politische Verfassung eines Staates (Absolutismus, Militarismus etc.) soll gewisse Rechtsfolgen begründen: Rechtsbeschrän-

kungen nach außen, das Recht anderer Staaten, ihn von seinen inneren Uebeln zu erlösen.

Diese doppelseitige Folge (Strafe und Wohltat) hat man früher nur muselmanischen Staaten gegenüber angestrebt, im gegenwärtigen Kriege aber auch dem Deutschen Reiche gegenüber; Nordamerika hat bekanntlich erklärt, das Deutsche Reich von der es bedrückenden Herrscherkaste befreien zu wollen.

Gelingt es, eine brauchbare Grundlage (namentlich einleuchtende moralische Gründe) hiefür zu finden, so muß meines Erachtens dieser Grundsatz nicht für einen einzelnen Fall, sondern überall und stets zur Anwendung kommen. Natürlich je nach Lage des Falls mutatis mutandis. Oberste Regel muß dann sein: Je schlimmer die politischen Zustände eines Staates, desto stärker ist das Recht und die Pflicht der anderen Staaten, einzugreifen.

Hienach wird man z. B. sagen müssen: Warum hat Nordamerika nicht den gleichen Liebesdienst der „Befreiung“ dem russischen Volke erwiesen? Dessen entsetzliche Leiden unter der absolutistischen und später noch unter der scheinbar konstitutionellen Verfassung, durch Beamtenwillkür, Bestechung, Unredlichkeit aller Art, Grausamkeiten der Strafen in heimischen Kerkern und in Sibirien usw. aller Welt so bekannt waren, daß sie der nordamerikanischen Regierung unmöglich verborgen bleiben konnten?!

An Gelegenheiten dazu hätte es dem russischen Reiche gegenüber doch zu wiederholten Malen nicht gefehlt?

Warum also diese Bevorzugung des deutschen

Volkes gegenüber dem weit unglücklicheren russischen Volke?

Muß ein solch ungleichartiges, parteiisches Verfahren nicht das Vertrauen in die Gerechtigkeit und Wahrheitsliebe der nordamerikanischen Regierung erschüttern? Gleiches Recht für alle!

C.

Für meine Darstellung ahme ich die Form der kaufmännischen Rechnungstellung möglichst nach, weil diese das größte Maß von Uebersichtlichkeit und Klarheit in gedrängter Kürze gibt.

Eine richtige, redliche Buchführung ist die unerläßliche Voraussetzung für eine ehrliche, ernste Abrechnung; das Gegenteil der letzteren ist eine Schein- und Schwindel- oder possenhafte Abrechnung.

Wogegen der gerecht Denkende mit aller Kraft protestieren muß, das sind die betrügerischen Fälschungen der Bilanz.

Eine solche Fälschung kann auf zweierlei Weise erfolgen:

1. Man unterschlägt je nach Bedarf ein ganzes „Konto“, ja sogar mehrere „Konten“. „Das Nationalitätsprinzip, das heilige, unverletzliche Nationalitätsprinzip spricht zu unseren Gunsten, also schuldet ihr uns dieses und jenes Landesgebiet und ihr begeht ein schweres Verbrechen, wenn ihr uns nicht befriedigt.“ (Konti „positives Recht“, „Kultur“, „Humanität“ einfach unterdrückt und unterschlagen.)

„... aber wohin man sich wendet, in Mittel- und Osteuropa, sieht man Gebietsabgrenzungen, die in ihrem Ursprung durchaus künstlich waren und die Wünsche und Interessen der direkt betroffenen Bevölkerung verletzen und die Herde der Unruhe und

der Kriegsgefahr gewesen sind und bleiben werden, solange sie bestehen. So die gerechten und längst fälligen Ansprüche Italiens und Rumäniens, ferner das heldenhafte Serbien ... Da ist Polen, für das wir alle die edelmütigen Worte des Präsidenten Wilson unterschreiben ... Eine vollständige und womöglich dauernde Begleichung dieser gefährlichen Rechnungen muß stattfinden“ (Asquiths Rede in Leeds am 26. September 1917 nach Reuters Bericht).

Aehnlich am 11. Oktober 1917 in Liverpool:

„Serbien und seinen südslawischen Nachbarn und Stammverwandten, sowie den Rumänen ihre natürlichen Grenzen zu geben, ist kein aggressiver Akt, sondern es wird damit nur eine Schuld bezahlt, deren Begleichung die Gerechtigkeit längst forderte ...“

Wie man sieht, ganz die Grundsätze des böswilligen Geschäftsmannes:

Größte „Redlichkeit“ (Vollständigkeit und Pünktlichkeit) in Begleichung der Rechnungen, soweit sein Gegner Schuldner ist (nicht nur das, er soll sogar noch mehr zahlen! Vgl. z. B. die deutschen und magyarischen Teile Siebenbürgens)!

Redlichkeit auch zu seinen oder seiner Mitgesellschafter Lasten, nämlich sobald alle ihre Kunstgriffe mißglückt sind und jede Möglichkeit, sich vor der Zahlungsnotwendigkeit zu retten, entschwunden ist: „Wir sind redlich, selbstverständlich zahlen wir!“ (Siehe Polen!)

Im übrigen aber, soweit er und seine Mitgesellschafter Schuldner sind: Vergessen, nicht daran

denken, nicht davon sprechen, das Gespräch auf andere Dinge lenken, im Notfalle Gründe gegen die Zahlungspflicht erfinden! (Siehe Irland, Aegypten usw.)

2. Man fälscht die einzelnen „Konten“, d. h. man läßt die anerkannten Grundsätze, die bei der Beurteilung von Recht und Schuld maßgebend sein sollen, zwar gelten, man fälscht aber die Tatsachen oder die Werte derart, daß sogar aus Recht Unrecht, aus Unrecht Recht, aus Guthaben Schuld, aus Schuld Guthaben werden kann; wenigstens kann Schuld und Guthaben je nach Bedarf vergrößert und verkleinert werden.

a) Das einfachste, plumpste Mittel ist die Lüge im engeren Sinne, die Erfindung unwahrer oder die offene Ableugnung wahrer Tatsachen. Es bedarf keiner Darlegung, wie wichtig dieses Mittel ist. Lügen haben nicht stets, wie das moralische Sprichwort behauptet, „kurze Beine“, sondern oftmals sehr lange Beine, d. h. ihre Wirkung ist oftmals nicht rückgängig zu machen, wenn sie auch in ihrer ganzen nackten Erbärmlichkeit enthüllt sind.

Lügen schwächeren Grades sind die Uebertreibungen und Abschwächungen von Tatsachen, die einen Wahrheitskern besitzen.

Aber wichtiger und wirkungsvoller ist die feinere, indirekte Unwahrheit, namentlich die Unterdrückung der wahren Tatsachen, das „Totschweigen“ oder „Vertuschen“, wie der Deutsche, die „conspiration de silence“, wie der Franzose sagt (man könnte sagen: „passive Unwahrheit“).

Diese Methoden werden namentlich beim Konto „Humanität“ geübt (Erfindung von Greueln auf seiten

der Gegner, Vertuschung von Greueln auf der Seite des eigenen Volkes und der Bundesgenossen usw.), aber auch bei anderen Konten:

Beim Konto „Positives Recht“ (eine fälschliche Ableugnung oder Erfindung von Verträgen usw. wird hier sehr selten möglich sein): Unredliche Interpretation, d. h. eine Auslegung, die im Widerspruche mit dem Wortlaute und Sinne der Vertragsbestimmungen oder mit dem gesunden Menschenverstande oder mit den selbstverständlichen Grundsätzen von Treu und Glauben und der Billigkeit steht.

Beim Konto „Nationalitätsprinzip“:

Fälschung der Statistik, falsche Bewertung der Merkmale der Nationalität.

b) Man setzt je nach Bedarf den Wert eines Postens höher oder niedriger ein:

„Die Deutschen, o diese Schurken, welche Greuel und Nichtswürdigkeiten haben sie verübt! Ausgerottet sollten sie werden von Rechts wegen!“

„Wenn auch die Bulgaren, Serben, Griechen usw. manches gegen die Humanität gesündigt haben mögen, ist es gerecht, ihnen deswegen ewig zu zürnen? Verzeihung ist menschliche Pflicht.“

Eine solche Moral steht ungefähr ebenso hoch, als wenn ich sage: Ich schulde dem A 1000 Frs., das sind 810 Mark. B schuldet mir 1000 Frs., das sind nach dem heutigen Kurse 1630 Mark. —

Man wird sich nicht mit der formellen Richtigkeit der Buchführung begnügen können. Es muß auch untersucht werden, ob die einzelnen Guthaben oder Schulden (mögen sie noch so deutlich in den

Büchern eingetragen sein!) nicht etwa durch widerrechtliche oder unsittliche Handlungen geschaffen oder vergrößert worden sind.

Wenn sich z. B. herausstellt, daß die „Wechselforderung des Y an X über 100000 Mark“ ihr Dasein einem Betrage oder einer Erpressung verdankt, so kann dieser Posten einfach gestrichen werden.

Ich kann mir nicht denken, daß im Völkerleben dieser Grundsatz hinfällig sein sollte. Ich denke hauptsächlich an folgende Fälle:

Konto „Nationalitätsprinzip“:

Man hat die ursprüngliche Bevölkerung einer Gegend ausgerottet und dafür eine Bevölkerung der eigenen Nationalität angesiedelt: „Also haben wir nach den heiligen Grundsätzen des Nationalitätsprinzips einen unbestreitbaren Anspruch auf jene Gegend!“ (Z. B. Serben in Albanien.)

Ich weiß natürlich recht wohl, daß es unmöglich ist, hier eine Korrektur überall und vollständig — oft sehr schwierig, eine Korrektur auch nur teilweise durchzuführen. (Soll Nordamerika der roten Rasse, die vor der Massenermordung und Beraubung dort vorherrschte, zurückgegeben werden? Soll England wieder den keltischen Volksstämmen zurückgegeben werden? Unmöglich.) Aber, um auf das vorerwähnte Beispiel wieder zurückzukommen, dem albanischen Volke das zurückzugeben, was ihm vor wenigen Jahren erst durch Mord und Raub genommen wurde, wäre nicht völlig unmöglich. —

Konto „Humanität“:

Man reizt und verführt eine Bevölkerung zum

Aufstände, zu Greuelthaten gegen Bevölkerungsteile anderer Nationalität oder anderen Glaubens. Wenn sodann der betreffende Staat oder die betreffende angegriffene Bevölkerung in der Verzweiflung die (nicht immer leicht bestimmbar) Grenzen der berechtigten Notwehr überschreitet und die aufständische Bevölkerung teilweise vernichtet — welche Entrüstung! Welch heilig flammende sittliche Empörung — natürlich verbunden mit einer heimlichen Genugtuung: das eigene Konto kann „erkannt“, das gegnerische „belastet“ werden (z. B. Armenien).

Konto „Kultur“:

Die Beherrschung eines fremden Volkes, das man im Widerspruche mit allen Gesetzen und Grundregeln des positiven Rechts, des Nationalitätsprinzips etc. unterjocht hat, rechtfertigt man mit der Kultur. „Das eigene Interesse jenes Volkes“, „das Interesse der Menschheit“ u. dgl. legt die Pflicht auf, jenes Volk nicht sich selbst zu überlassen, da es in der Kultur rückständig sei.

Aber jenes Volk wünscht selbst von ganzem Herzen, in der Kultur aufzusteigen und andere höher zivilisierte Völker zu erreichen. „Mehr Schulen“ lautet das stürmische Verlangen der führenden Geister des unterjochten Volkes. Also — mit allen Kräften das Emporsteigen verhindern!

„Die Finanzlage erlaubt nicht die Errichtung zu vieler Unterrichtsanstalten“; „das Entstehen eines gebildeten Proletariats muß verhindert werden“; „die Gefahren, die aus einer verfrühten geistigen Entwicklung der Eingeborenen erfahrungsgemäß erwachsen,

dürfen nicht übersehen werden“ lauten einige der durchsichtigen Argumente.

Algier, Ostindien, Aegypten sind beredte Beispiele. Von glaubwürdiger Seite wird mir versichert, daß man in England auch die ostindischen Studenten, die man anfangs als interessante, exotische Kuriosa gerne aufnahm und sogar verhätschelte, mit wachsendem Unmute und Aerger betrachtet und sie immer mehr schikaniert, je mehr man die bittere Erfahrung macht, daß sie an Begabung den englischen Studenten nicht nachstehen, an Fleiß und Lerneifer sie übertreffen.

Oder:

Man verhindert einen Staat mit allen Kräften, Ordnung in seinem Innern zu schaffen und zu erhalten, zeitgemäße Fortschritte und Verbesserungen einzuführen und sagt dann mit „gutem“ Gewissen:

Die Unkultur in jenem Staate berechtigt uns, ihm die Gleichberechtigung zu versagen, ihm ein Stück seiner Rechte und Güter nach dem andern zu entreißen, bis er elend zugrunde geht.

Ein durch Jahrhunderte sich hindurchziehendes Beispiel gibt das Verhalten der meisten europäischen Staaten der Türkei gegenüber (Kapitulationen, Beschränkungen der türkischen Finanzhoheit).

Ein noch grauenhafteres und schurkenhafteres Beispiel ist die englisch-russische Politik gegenüber Persien seit etwa 1—2 Jahrzehnten.

D.

Ich versuche nun — mit dem auf S. 1 ff. niedergelegten Vorbehalte — die wichtigsten „Konti“ der wichtigsten Kriegsteilnehmer aufzustellen und möchte wünschen, daß die öffentliche Meinung, namentlich auch die Geschichtschreibung sich entschlösse, diese oder eine ähnliche Form bei allen Untersuchungen über „Recht“ und „Schuld“ anzuwenden. Der unparteiischen Gerechtigkeit würde damit sicherlich ein Dienst erwiesen.

Ich lade alle gerecht Denkenden ein, meine Aufstellungen zu prüfen und zu urteilen,

- a) ob sie im großen und ganzen richtig sind,
- b) auf wessen Seite hienach mehr „Recht“ und auf wessen Seite mehr „Schuld“ ist.

So viel darf wohl vorausgeschickt werden:

Der Grund (wohl zu unterscheiden vom Anlaß) des mörderischen Völkerkrieges lag nicht im Tun und Unterlassen einzelner Personen (Fürsten, Minister, Botschafter, Schriftsteller, Prinzenmörder etc.), sondern in den entgegengesetzten Interessen der Völker. Die wichtigsten und verhängnisvollsten dieser Interessengegensätze waren:

1. der Ausdehnungsdrang Rußlands gegen Westen und Süden,
2. der Drang mehrerer zum Teil oder vollständig unter fremder Herrschaft lebenden Völker (Serbo-

Kroaten, Rumänen, Tschechen, Italiener usw.) nach Selbständigkeit und Einheit,

3. die Begierde der großen Industriestaaten nach möglichst großen Kolonisations-, Einfluß-, Interessen-, Handels-, Ausbeutungsgebieten.

Diese gewaltigen Interessengegensätze auszu-söhnen und Lösungen einer Art zu finden, daß keines Volkes Dasein (auch keines der Völker, die nur passiv, als Objekte in Betracht kommen!) bedroht oder übermäßig verkümmert worden wäre, mußte sittliche Pflicht aller wirklich friedliebenden Mächte sein, eine Pflicht, der gerade die „freiheitlich gesinnten“ Mächte in einer jämmerlichen Weise nachgekommen sind.

„Wir ergreifen die Partei des Staates, der der größte und unserer Ueberzeugung nach mächtigste ist und überdies auf dem Weltmarkte von uns wenig als Konkurrent zu fürchten, als Rohstofflieferant und Warenkäufer sehr zu schätzen ist. Daß von diesem Staate alltäglich die greulichsten Verbrechen gegen Recht und Sittlichkeit verübt werden, muß uns nicht abschrecken: Wir verabschieden nach jener Seite unsere Grundsätze, um sie nach einer anderen Seite um so schärfer und nachdrücklicher zu verteidigen.“

Ein Kampf unter der Fahne des Rechts und der Freiheit — für Unrecht und Sklaverei!

Wie man auch sonst über die deutsche Politik der letzten Jahrzehnte denken mag: Die Kriegserklärung an Rußland am 1. August 1914 war eine ehrenwerte, hochsittliche Tat, für die die ganze Kulturwelt dem Deutschen Reiche Dank zollen mußte; die

ganze Kulturwelt, Frankreich, England, Belgien nicht ausgenommen. Mehrere Völker Osteuropas, vielleicht sogar — wer kann es mit Sicherheit verneinen? — ganz Europa wurde dadurch aus der mörderischen Faust Rußlands errettet!

Die wichtigsten

„Recht- und Schuld”- Konten

der wichtigsten, am Völkerkriege beteiligten
Staaten:

1. **Deutsches Reich**
2. **Österreich-Ungarn**
3. **Türkei**
4. **Rußland**
5. **Frankreich**
6. **England**
7. **Italien**
8. **Serbien und Montenegro**
9. **Belgien**
10. **Vereinigte Staaten von Nordamerika.**

Deutsches**Soll****Positives**

Verhalten nicht immer einwandfrei. Zahlreiche Gewalttätigkeiten und Rechtsverletzungen, z. B. gegen China und namentlich gegen die Eingeborenen der Kolonien (die allerdings nach der Lehre der „Wissenschaft“ den Kolonisatoren gegenüber keine Rechte besitzen, sondern nur Objekte sind).

Bezüglich Marokkos, Persiens usw. Abmachungen mit den anderen europäischen Mächten, von einer Art, daß man sie im Privatrecht wohl als schwere Rechtsverletzungen, wenn nicht gar als gegen die guten Sitten verstoßend verurteilen würde. (Freilich immer noch besser, als bei den meisten anderen europäischen Mächten, namentlich beim zaristischen Rußland).

Reich

Recht

Haben

Es mag zugegeben werden, daß nicht so sehr eine ideale Vertragstreue das Deutsche Reich zum Kriege veranlaßte, als vielmehr (wenigstens vorzugsweise) das vermeintliche eigene Interesse. Aber dies machte das Vorgehen des Deutschen Reiches noch nicht zu einem rechtswidrigen (hat jemals ein europäischer Staat gesagt: Die Vertragserfüllung würde von mir Schaden abwenden, mir vielleicht sogar Nutzen bringen; folglich will ich den Vertrag, um nicht eigennützig zu sein, brechen?!) und man darf vom rein ethischen Standpunkte nicht vergessen, daß Deutschland, „eingekreist“ von offenen und versteckten Gegnern, beunruhigt und erbittert durch schlimme Erfahrungen auf europäischen Konferenzen, ein Lebensinteresse daran zu haben schien, im vermeintlichen günstigen Zeitpunkt und nicht in einem anderen den unabwendbar scheinenden Krieg zu beginnen.

Die Kriegsbeteiligung an Seite Österreich-Ungarns war an und für sich völlig gerechtfertigt, da der Krieg die Erhaltung und den Schutz des bestehenden Rechtszustandes bezweckte; siehe „Österreich-Ungarn, Konto Positives Recht“.

Am meisten Vorwürfe wurden dem Deutschen Reich gemacht:

1. wegen der Verletzung der Neutralität Belgiens. Siehe hierüber Konto „Belgien, Positives Recht“; hiernach wird, wenn hier auch ein Vergehen vorliegt, dieses doch durch den guten Zweck und alle sonstigen Verhältnisse entschuldbar gewesen sein.

2. wegen des Unterseebootkrieges. Letzterer war an und für sich zweifellos rechtswidrig, aber er war nur eine Repressalie gegen den ebenfalls rechtswidrigen „Aushungerungskrieg“. Zugegeben, daß der letztere weitaus nicht so einschneidend und grausam war, so ist zu bemerken, daß es einen Rechtssatz, wonach Repressalien sich auf das Maß der gegnerischen Rechtsverletzung beschränken müssen, nicht gibt und der Natur der Sache nach nicht geben kann, ferner, daß für das Deutsche Reich ungeheuer viel, viel mehr auf dem Spiele stand, als für England. —

Dagegen zahlreiche andere Rechtsverletzungen im Verlaufe des Krieges (Zwangsweise Verbringung belgischer Arbeiter nach Deutschland, Zerstörungen feindlichen Eigentums über das Maß des Erlaubten und Notwendigen hinaus usw.)

Reich**Recht****Haben**

Hienach war es auch gerechtfertigt,

1. daß das Deutsche Reich seinerseits den Krieg an Rußland erklärte, da nach der unzweideutig drohenden Haltung des letzteren alles davon abhing, ihm zuvorzukommen und keine Stunde Zeit zu verlieren,
2. daß es die Kriegserklärung auch auf Frankreich ausdehnte, da letzteres zweifellos und eingestandenermaßen der Bundesgenosse Rußlands war.
3. Was dagegen das Vorgehen gegen Belgien betrifft, siehe Seite „Soll“ und „Belgien, Positives Recht“.

Daß, soweit Elsaß-Lothringen als Kampfobjekt in Betracht kam, Deutschlands Recht zweifellos war, bedarf keiner Darlegung.

Schlußergebnis:

Großenteils ungünstig. Im vergangenen Kriege in der Hauptsache einwandfrei.

Soll	Deutsches Nationalitäts-
1. Dänische Bevölkerung in Nord- schleswig ungefähr.....	150 000
2. Im Westen (siehe Konten „Frankreich“ und „Belgien“) französische und wal- lonische Bevölkerungen von etwa .	200 000
3. Polen (ungerechnet die Polen in der Diaspora, nämlich in Berlin, Rhein- land, Westphalen usw.), Wenden, Litauer	3 500 000
Sa.	3 850 000
Passiv-Saldo etwa	3 340 000

Reich**Prinzip****Haben**

1. Deutsche Bevölkerung in Luxemburg	250 000
2. Deutsche Bevölkerung in Belgien (siehe Konto „Belgien“)	60 000
3. Deutsche Bevölkerung im Russischen Reiche (ungerechnet die Deutschen in der reinen Diaspora)	200 000
Sa.	510 000

Schutz der Naturdenkmäler („Naturschutz“) in den Kolonien teilweise rückständig (vergl. z. B. Sarasin „Über die Aufgaben des Welt-naturschutzes“, S. 19, 34, 36).

Reich**tur****Haben**

-
- | | |
|---|----------------|
| 1. Wissenschaft: | Unerreicht. |
| 2. Kunst: | Unübertroffen. |
| 3. Technik: | Unübertroffen. |
| 4. Sport: | Unübertroffen. |
| 5. Volksbildung: | Unerreicht. |
| 6. Gesetzgeberische und organisatorische Tätigkeit: | Ausgezeichnet. |
-

Schlußergebnis: Ausgezeichnet.

Deutsches

Soll

Humanität und

Zahlreiche Härten und Ungerechtigkeiten gegen die fremden Nationalitäten im Reich, namentlich die Polen (Enteignungsgesetz, sprachliche Unduldsamkeit usw.)

Mild ernder Umstand: Infolge seiner geographischen Lage eingekeilt wie es ist zwischen mächtigen und anspruchsvollen Völkern, ist es für das Deutschtum eine Frage auf Leben und Tod, so kräftig und volkszahlreich wie nur irgend möglich zu sein. Jedes fremde Volkstum steht aber der Natur der Sache nach dem eigenen Volke im Wege, namentlich wenn das fremde Volkstum jenseits der Reichsgrenzen seinen Schwerpunkt hat. Daß insbesondere ein sich weit in das deutsche Reichsgebiet (nahe bis Berlin, dem politischen Mittelpunkt des Deutschen Reiches) sich hineinerstreckendes Polentum für das Deutschtum und das Deutsche Reich unbequem, ja sogar gefährlich sein muß, war schon früher — um wie viel mehr jetzt! — zweifellos.

Es ist ganz besonders zu berücksichtigen, daß das deutsche Volks- und Sprachgebiet klein, sehr klein ist im Vergleich zu den großen, von der englischen, spanischen, russischen Sprache beherrschten Landesgebieten.

Ein Vergleich mit der (weitherzigeren, aber durchaus nicht unbegrenzten!) sprachlichen Duldsamkeit etwa in Frankreich, England oder Nordamerika kann hier nur allzuleicht irreführen!

Reich

allgemeine Moral

Haben

Rechtschaffenheit und Gewissenhaftigkeit im ganzen geschäftlichen und öffentlichen Leben unübertroffen, jedenfalls größer als in weitaus den meisten anderen Staaten. Musterhafte Pflichttreue und Ehrenhaftigkeit des Beamtenkörpers, von dem in einem großen französischen Blatte kurz vor Ausbruch des Weltkrieges in einer Korrespondenz aus Berlin, die sonst alle möglichen Fehler der Deutschen geiselte, anerkannt wurde, daß er „d'une intégrité absolue“ sei.

Vorbildliche, schon jetzt weit ausgebaut und fortwährend erweiterte und verbesserte Fürsorge für die Arbeiterklasse.

Die „Sozialgesetzgebung“ ist ein Werk, so glänzend, so groß, so erhaben, daß es den allergrößten Taten der Weltgeschichte gleichgestellt werden darf, ein Werk von vielen Jahrzehnten ungeheurer Mühen, Schwierigkeiten, Kämpfe und Opfer, ein Werk — und das dürfte besonders hier in die Wagschale fallen —, das seine Früchte keineswegs nur dem Volke des Deutschen Reiches, sondern den Kulturvölkern der ganzen Welt schenkt. Denn das Deutsche Reich, das die Ideen der Arbeiterversicherung verwirklichte, wurde damit der Wegweiser und Lehrer (sogar bis in die Einzelheiten) der Welt.

Dafür sollte die Welt dem Deutschen Reiche nicht Dank und Anerkennung schulden?

Deutsches Soll Humanität und

Viel Ungerechtigkeit gegen die Juden, von denen selbst die Tüchtigsten und Ehrenwertesten in Friedenszeiten (abgesehen von Bayern und den überseeischen Kolonien) nicht einmal die Beförderung zum Reserve-Leutnant erlangen konnten.

Mildernde Umstände: Der religiöse Gegensatz ist nun einmal ein Naturgesetz, das überall gilt. In Deutschland fallen die Juden ihrer Kopffzahl nach weit mehr ins Gewicht als z. B. in den westeuropäischen Staaten und Italien; auch unterscheiden sie sich körperlich mehr von der Mehrheit als etwa in Frankreich oder Italien, so daß man teilweise bis zu einem gewissen Grade auch von einem Rassengegensatze sprechen kann.

Viele Ungerechtigkeiten, Härten und Grausamkeiten gegen Eingeborene in überseeischen Kolonien, z. B. in Südwestafrika.

Mildernde Umstände: Der Rassengegensatz ist nun einmal ein Naturgesetz und Sünden und Verbrechen in dieser Richtung haben alle Völker ausnahmslos aufzuweisen. (Auf der anderen Seite muß anerkannt werden, daß von deutschen Missionaren, Lehrern, Ärzten usw. den Eingeborenen auch mancherlei Wohltaten erwiesen wurden.)

Reich**allgemeine Moral****Haben**

Unwürdig und schmählich — sowohl von den Gegnern, als auch von den Neutralen — ein solches Werk nicht in Rechnung stellen zu wollen!

Ähnlich viele andere Werke (z. B. Kampf gegen die Tuberkulose).

Schlußergebnis: Teilweise sehr ungünstig,
teilweise ausgezeichnet.

Rechtsverletzung bei der Angliederung
Bosniens und der Herzegowina (1908), die
indirekt zum Völkerringe beitrug.

Ungarn

Recht

Haben

In dem Streite, der zum Völkerrkriege führte, war nach dem positiven Rechte die Stellung Österreich-Ungarns völlig einwandfrei, Bosnien und die Herzegowina waren Bestandteile der Monarchie, die Bestrebungen Serbiens und Montenegros auf Angliederung dieser Gebiete also völlig unrechtmäßig.

Die berechtigte Abwehr unrechtmäßiger Bestrebungen schließt aber auch das Verlangen nach Bestrafung schuldiger Personen und entsprechenden Sicherheitsmaßregeln in sich.

Die Einzelheiten der österreich-ungarischen Forderungen in der Note vom 23. Juli 1914 waren allerdings scharf und strenge, aber der Anlaß — der Doppelmord in Serajewo — war so furchtbar und grausig gewesen, daß selbst gegen noch strengere Forderungen nichts einzuwenden gewesen wäre. Andere europäische Staaten haben wegen weit geringerer Ursachen schon weit strengere und unbarmherzigere Forderungen erhoben.

Österreich-
Positives**Soll**

Ungarn

Recht

Haben

Von Seite der Ententestaaten wird gegen Österreich und das Deutsche Reich geltend gemacht, daß der Krieg recht wohl durch Unterwerfung unter ein europäisches Schiedsgericht hätte vermieden werden können. Dieser Vorwurf wäre gerechtfertigt, wenn ein solches europäisches Schiedsgericht auch nur einigermaßen als gerechter und unparteiischer Gerichtshof hätte Vertrauen einflößen können. Aber wer konnte ernstlich daran glauben? Um von allem Anderen abzusehen — nach den Erfahrungen bei der „Lösung“ der Marokko-Frage und beim italienisch-türkischen Kriege wegen Tripolitaniens (war die letztere „Rechtsfrage“ für ein europäisches Schiedsgericht zu schwierig und unlösbar?)

Übrigens haben die durch ihre Mehrheit ausschlaggebenden „Schiedsrichter“ — außer Rußland: Frankreich, England, Italien — nachträglich ausdrücklich erklärt, daß im serbisch-österreichischen Zwiste das Recht völlig auf Seite Serbiens liege, haben sonach eingestanden, daß sie im Schiedsgericht unfehlbar zugunsten Serbiens entschieden hätten! Mehr noch: sie haben die weiteren Bestrebungen und Versuche, deren Österreich den serbischen Staat beschuldigte, die dieser aber ableugnete (Losreißung der österreichischen Gebiete mit serbischer Bevölkerung) als berechtigt anerkannt und in ihr Programm ausdrücklich aufgenommen!

Österreich-
Positives**Soll**

Schlußergebnis: Bezüglich des Krieges
selbst einwandfrei; im übrigen teilweise
ungünstig.

Ungarn

Recht

Haben

Noch mehr: sie bestrebten sich, die österreich-ungarische Monarchie in greulicher Weise zu verstümmeln und — unter Unterschlagung fast aller anderen „Konti“ („Positives-Recht und Verträge“, „Kultur“ usw.), je nach Bedarf das Konto „Nationalitätsprinzip“ präsentierend oder unterschlagend — muselmanischen Bevölkerungen die serbische, magyarischen und deutschen die rumänische, deutschen und slavischen Bevölkerungen die italienische Herrschaft aufzuzwingen!

Sie haben sich sonach als gehässige Feinde der einen Partei offen bekannt. Gehässige Feinde sind aber sicherlich nicht für das Amt unparteiischer Richter geeignet.

England, Frankreich und Italien haben sonach das in sie gesetzte Mißtrauen und damit die ablehnende Haltung Österreich-Ungarns und Deutschlands glänzend gerechtfertigt!

Österreich-

Soll

Nationalitäts-

1. Rumänen.....	3200000
2. Südslaven, die sich bei Beginn des Krieges zu Serbien und Montenegro hingezogen fühlten (siehe Konto „Ser- bien und Montenegro“)	3000000
3. Italiener (und Ladin)	—
Dieser ganze Posten muß aber außer Ansatz bleiben, wie beim Konto „Italien, Nationalitätsprinzip“ ausgeführt.	
4. Czechen und Slovaken, die mit ihrer Zugehörigkeit zu Österreich-Ungarn — wenigstens in der bisherigen Form — schon vor Beginn des Krieges unzu- frieden waren	8000000
5. Ruthenen	4000000
Passiv-Saldo ungefähr	18200000

Ungarn**prinzip****Haben**

1. Magyaren in Rumänien	6000
2. Slovenen in der italienischen Provinz Udine	40 000

Beide Posten müssen außer Ansatz bleiben, da es sich nur um ausgesprochene Diasporabevölkerungen handelt; ebenso die deutsche Bevölkerung in Rußland und Rumänien, da hiefür, soweit es sich nicht um Diasporabevölkerungen handelt (Kaukasus, Dobrudscha usw.) das Deutsche Reich als Gläubiger anzusehen ist.

Österreich-

Soll

Kul-

In manchen Beziehungen rückständig; ungenügender
Volksunterricht in Galizien, Dalmatien usw.

Ungarn**tur****Haben**

Im Großen und Ganzen ähnlich wie das Deutsche Reich, wenigstens soweit das an erster Stelle stehende Volkselement, die Deutschen, in Frage steht.

Schlußergebnis: Sehr günstig.

Österreich-

Soll

Humanität und

1. Viel Ungerechtigkeit in nationaler (sprachlicher) Beziehung, so in Ungarn (Verkürzung der nicht magyarischen Nationalitäten im Parlaments-Wahlrecht, in der Schule usw.)

Mildernder Umstand: Der nämliche, wie beim Deutschen Reiche, sogar in erhöhtem Maße: kleine Nationalitäten suchen naturgemäß — ängstlich um ihren Bestand — mit allen möglichen Mitteln sich zu sichern und auszubreiten, was große Weltvölker nicht nötig haben. Nichts verkehrter als beispielsweise den Magyaren vorzuhalten: „Welche Freiheit in Sprachenfragen in England und Nordamerika — nehmt euch daran ein Beispiel!“ (Ein Millionär kann freigebiger sein als ein kleiner Mann!)

2. Teilweise starke Korruption in Parlaments-, Beamten-, Handels- und anderen Kreisen.

Mildernder Umstand: Die starke Mischung der Bevölkerung nach Sprache, Religion, Kulturgrad usw., die erfahrungsgemäß überall die öffentliche Moral ungünstig beeinflusst.

Ungarn

allgemeine Moral

Haben

Im allgemeinen große Toleranz gegen fremde Religionsgesellschaften (Juden, Muselmanen), wenn auch bisweilen Rechtsverletzungen kirchlicher Organe zu Bekehrungszwecken; verhältnismäßig gute, wenigstens erträgliche Lage aller Nationalitäten, auch hinsichtlich ihrer Sprachen.

Natürlicher, ehrlicher Charakter der Bevölkerung (wenigstens der herrschenden Nationalitäten).

Schlußergebnis: In der Hauptsache günstig.

Soll

Tür-
Positives

Verhalten, das zu ihrem Eintritt in den Völkerkrieg führte, an und für sich nicht gerechtfertigt.

Die Zulassung der deutschen Kriegsschiffe „Göben“ und „Breslau“ völkerrechtswidrig. Der „russische Angriff“ Ende Oktober 1914, mit dem die Türkei ihre feindlichen Schritte gegen Rußland begründete, entsprach wohl auch nicht völlig dem wirklichen Tatbestande.

Aber der erstere Schritt war als notwendiger Ausgleich gegen die rechtswidrige Beschlagnahme der beiden türkischen Kriegsschiffe durch England (siehe Seite 132) sehr wohl zu rechtfertigen.

Die Eröffnung der Feindseligkeiten gegen Rußland im geeignet scheinenden Zeitpunkte war, an dem ungeheuren, tausendfachen Unrechte gemessen, daß sie seit 100 und mehr Jahren von Rußland und den anderen feindlichen Mächten erlitten hatte, ein ganz geringfügiges Unrecht oder richtiger: ein Akt der präventiven Notwehr.

kei**Recht****Haben**

Im Allgemeinen war der türkische Staat stets bestrebt, seine völker- und staatsrechtlichen Verpflichtungen gewissenhaft einzuhalten, die Verträge dem Wortlaute und dem Geiste nach, soweit nur irgend möglich, zu erfüllen, und zwar, was besonders zu beachten ist, auch zu den Zeiten, als er noch mächtig und stark war. Hier wirkte offenbar der Einfluß der religiösen Lehren. Die Äußerung des türkischen Botschafters in Wien am 9. oder 10. Oktober 1918, „die Achtung geschlossener Verträge bedeute für die Gläubigen des Islam eine religiöse Pflicht“, entspricht sicherlich der Wahrheit. Freilich — „ultra posse memo tenetur“ gilt auch für die Türken, so bei ihrem Sonderschritt um Waffenstillstand und Frieden.

Schlußergebnis: Sehr günstig.

Soll	Tür- Nationalitäts-
1. Griechisch - christliche Bevölkerungen etwa	1 500 000
2. Armenier, soweit sie nicht reine Diaspora-Bevölkerungen sind (welch letztere für eine Lostrennung von der Türkei fast ebensowenig als etwa die Juden in Betracht kommen)	1 000 000
3. Christliche Araber (Syrer)	200 000
Abschwächende Umstände: Die griechisch-christliche Bevölkerung bewohnt — soweit sie nicht in ausgesprochener Diaspora lebt — ausschließlich schmale Küstenstreifen Kleinasien und die davor gelagerten, geographisch und wirtschaftlich zu Kleinasien gehörenden Inseln. Nach dem Grundsatz des „freien Zugangs zum Meere“ kann eine Abtretung dieser Gebiete an Griechenland oder gar an eine andere Macht nicht stattfinden. (Ein Ausweg könnte durch einen Bevölkerungsaustausch — siehe Haben-Seite, namentlich No. 1 und 2 — gefunden werden!)	
Sa.	2 700 000

kei

Prinzip

Haben

1. Muselmanische Bevölkerungen in Griechenland	400 000
2. Desgleichen in Serbien (albanische, slavische, türkische)	700 000
3. Muselmanische (hauptsächlich türkisch-tatarische) Bevölkerungen in Rußland (zu 1.—3. zum Teil allerdings Diaspora-Bevölkerungen)	16 000 000
4. Muselmanische Bevölkerungen in den englischen Kolonien und „Schutzgebieten“	80 000 000
5. Desgleichen in den französischen Kolonien und „Schutzgebieten“	8 000 000
6. Desgleichen in den italien. Kolonien .. (Siehe Konten von Serbien, Rußland, England, Frankreich, Italien).	3 000 000
Andere „Haben“-Posten gegen feindliche und neutrale Staaten (z. B. malaische Muselmanen auf den Philipinen, in China, in den niederländischen Kolonien usw.) mögen hier außer Ansatz bleiben.	
Sa.	108 100 000
nach Abzug des Soll	2 700 000
Aktiv-Saldo von mindestens	105 000 000

Wissenschaft, Kunst, Technik, Sport: Ohne nennenswerte Leistungen, mit einziger Ausnahme gewisser Zweige des Kunstgewerbes und — in früheren Jahrhunderten — der Architektur.

Gesetzgeberische und organisatorische Tätigkeit: Wenig eigene Ideen; in der Hauptsache Nachahmung europäischer Einrichtungen.

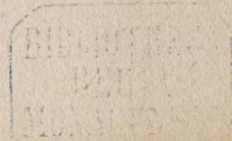
Volksunterricht: Fortschritte gegen früher, aber immer noch sehr rückständig.

Schutz der Natur- und Kulturdenkmäler: Nicht genügend.

Mildernde Umstände: Die elende volkswirtschaftliche und staatsfinanzielle Lage, welche die Tätigkeit des Staates auf allen Gebieten der Kultur stark hemmt.

kei**tur****Haben**

Schlußergebnis: Sehr ungünstig.



Tür-
Soll **Humanität und**

kei

allgemeine Moral

Haben

Der türkische Staat hat schon in den ersten Jahrhunderten seines Bestandes eine nationale und religiöse Duldsamkeit geübt, die gegenüber dem wilden Fanatismus der europäischen Staaten die höchste Anerkennung und Bewunderung finden müßte, wenn in Europa nicht die einfachsten Gesetze der Gerechtigkeit und Wahrheit ständig mit Füßen getreten würden. „Duldsamkeit“, wie angedeutet, im relativen Sinne (denn Idealmenschen waren auch die türkischen Eroberer nicht), das heißt im Vergleich mit den europäischen Völkern. Im Vergleich beispielsweise zu dem Auftreten der Kreuzfahrer in Konstantinopel 1204 behandelten die Türken diese Stadt bei der Eroberung 1453 äußerst milde und gutherzig, obwohl sie mehr Grund zum Hasse und zur Erbitterung gehabt hätten.

Die Gewissenhaftigkeit und Duldsamkeit, mit der sie die christlichen Völker im Besitze ihrer national-religiös-kirchlichen Rechte ließen, ist selbst nach den modernen Anschauungen ein rühmliches Zeichen von Edelmut, um wie viel mehr, wenn man das Vorgehen europäischer Staaten gegen ihre muselmanischen Untertanen vom 12.—18. Jahrhundert vergleicht!

Auch in den Kriegszügen gegen Wien usw. und bei der Unterdrückung der Aufstände christlicher Untertanen war das Verhalten der Türken trotz aller Härten und Grausamkeiten doch im Vergleiche zu dem Verhalten ihrer Gegner meist gut, oftmals gerade-

Tür-

Soll

Humanität und

Im Gegensatze zu der Gewissenhaftigkeit und Redlichkeit, die der türkische Staat als solcher gegen seine andersgläubigen Untertanen übte, verhielten sich die Organe der türkischen Staatsgewalt — von den untersten bis zu den hohen Beamten — nur allzuoft gewissenlos und unbarmherzig. Erpressung und Bestechung galten nach den überlieferten Gewohnheiten des Orients (namentlich auch des byzantinischen Reiches) gar nicht als unverzeiliche Verbrechen und darunter hatten auch die andersgläubigen Untertanen — sogar noch mehr als die muselmanischen — zu leiden. Unruhen und Aufstände der unzufriedenen Bevölkerungen wurden sodann mit der größten Härte und Grausamkeit unterdrückt. —

Mildernder Umstand: Die andersgläubigen Untertanen der Türkei standen selbst großenteils auf einer außerordentlich niedrigen Stufe der Moral. Die Bulgaren zum Beispiel, die das humane England zeitweise als ein Ideal christlicher Tugenden zu verherrlichen liebte, waren schon lange, ehe die Türken mit ihnen in Berührung kamen, sogar in Europa als grausame Scheusale (das französische „bougre“ ist von „Bulgar“ abgeleitet) gefürchtet.

Schlußergebnis:
verhältnismäßig günstig.

kei**allgemeine Moral****Haben**

zu mustergültig — soferne sie nicht durch allzu furchtbare Greuel gereizt wurden (die Grausamkeiten der Feinde der Türken werden von der lügnerischen Geschichtschreibung fast durchaus totgeschwiegen, so daß eine ganz falsche Rechnung von Recht und Schuld sich ergibt.)

Wie musterhaft benahmen sich beispielsweise die türkischen Truppen, die Thessalien (1897) besetzt hielten, im Vergleiche zu den russischen Truppen im Kriege 1877/78 und zu den Truppen der Balkanstaaten im Kriege 1912/13!

Auch im Allgemeinen steht die Moral des türkischen Volkes hoch. Seine Ehrlichkeit, Treue und Gutherzigkeit sticht glänzend ab von den Charakterzügen mancher seiner Nachbarvölker. Nicht zum Wenigsten trägt die Enthaltung von Alkohol dazu bei, daß Rohheiten und Ausschreitungen selten sind. Türkische Ruhe, Manneszucht, Sanftmut sind geradezu vorbildlich.

	Russ-
Soll	Positives

Verträge und völkerrechtliche Grundsätze hat Rußland, wenn es sie ohne Gefahr verletzen zu können glaubte, stets ohne Skrupel mit Füßen getreten. Um Vorwände war es niemals verlegen. Entweder legte es den Verträgen einen Sinn unter, der allem gesunden Menschenverstande Hohn sprach (ein bekanntes Beispiel aus dem Jahre 1853: Rußland beanspruchte das Protektorat über die orthodoxen Christen in der Türkei. Rechtliche Begründung: unter anderem die Bestimmung im Vertrag von Kütschük Kainardji 1774, wonach Rußland das Recht haben sollte, eine Kirche in Galata zu unterhalten!) oder es berief sich auf die „Notwendigkeit“ oder auf die „Humanität“.

Nur einige Beispiele aus den letzten 30 Jahren vor dem Ausbruch des Völkerkrieges:

1885: Rußland sagt sich vom Art. 59 des Berliner Vertrages los.

1885 und 1886: Verbrecherische Umtriebe in Bulgarien; Aufwiegelung des Heeres, Anzettlung einer Empörung, Freiheitsberaubung des Fürsten Alexander.

1900: Rußland erpreßt durch Drohungen von der Türkei einen Vertrag, wonach sie im weitesten Umfange ihr Recht, im nördlichen Kleinasien Eisenbahnen zu erbauen, von der Genehmigung Rußlands abhängig macht.

1900: Als der chinesische Gesandte in St. Petersburg bei einer Unterredung den russischen Staatsminister des Äußeren etwas eindringlich an die russi-

land**Recht****Haben**

schen Versprechungen erinnerte und sich über die russischen Rechtsverletzungen auf chinesischem Gebiete beklagte, ließ der letztere ihn — die Treppe hinabwerfen. Infolge eines Schädelbruches verstarb er nach einigen Tagen.

Wäre einem russischen Gesandten in China oder in der Türkei etwas Ähnliches widerfahren, welche Folgen hätte ein solcher „Gesandtenmord“ nach sich gezogen! So aber bestand die „Genugtuung“ für das ohnmächtige China einfach darin, daß man die Darstellung veröffentlichte, der Gesandte sei infolge eines plötzlichen Unwohlseins mit Schwindelanfällen die Treppe hinabgestürzt!

1903: Rußland zwingt die Türkei, zur „Sühne“ dafür, daß ein türkischer Gendarm in Monastir in gerechter Notwehr den russischen Konsul niederschloß, nicht nur diesen Gendarmen, sondern auch noch einen Soldaten, weil jener den „Mord“ von ferne sah, ohne ihn zu verhindern, zum Tode zu verurteilen und dieses Urteil zu vollstrecken*).

1909: Rußland besetzt die persische Provinz Aserbeidjan unter dem Vorwande kultureller und humanitärer Interessen, später noch andere wichtige persische Provinzen.

*) Ich habe jenes Ereignis („Konsulmord“) näher zu analysieren versucht in meinem „Natur und Kultur“, S. 36—38.

land

Recht

Haben

Soll

Russ-
Positives

Im Bunde mit seinem Spießgesellen England wußte es im unglücklichen Persien alle notwendigen Reformen in der inneren, in der Finanzverwaltung usw. zu verhindern, Verwirrung und Anarchie im weitesten Umfange hervorzurufen, sich durch wucherische Darlehensverträge allerlei Vorteile zu verschaffen und schließlich das Land vollständig seiner Unabhängigkeit zu berauben.

Am 8./21. Februar 1914 wurde in einer geheimen Sitzung, an der mehrere Minister und leitende Militärs teilnahmen, die Eroberung Konstantinopels beschlossen und dieser Beschluß vom Zaren Nikolaus II. ausdrücklich gutgeheißen (veröffentlicht in der Nowaja Schisn vom 19. Februar 1918, von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 5. April 1918).

Daß Rußland nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers Österreich hindern wollte, sich Genußtuung und Sicherheit zu verschaffen, muß mindestens als indirekte Verletzung eines bestehenden Rechtszustandes aufgefaßt werden.

Rechtsbrüche schwerster Art gegenüber den Finnen, Polen, Georgiern, Armeniern usw. —

land**Recht****Haben**

Soll**Russ-
Positives**

Wie man sieht, beschränkte sich Rußland in seiner Politik keineswegs auf „völkerrechtliche“ Delikte (Vertragsbruch, Erpressung, Raub, Wucher gegen andere Staaten), sondern es hielt sich auch zu „persönlichen“ Verbrechen (Totschlag, Zwang zum Mord, Bestechung, Anstiftung zum Hochverrat usw.) für berechtigt.

Mildernde Umstände: Allgemeiner tiefer Stand der politischen Moral im christlichen Europa. Die anderen europäischen Großmächte ließen Rußland teils stillschweigend, teils sogar ausdrücklich durch Verträge (gegen „Kompensationen“) bei seinen Missetaten freie Hand.

land**Recht****Haben**

Schlußergebnis: Höchst ungünstig.

Soll	Russ- Nationalitäts-
1. Türkisch-tatarische Völkerschaften mit einer Seelenzahl von etwa	15 000 000
Andere muselmanische Stämme mit einer Seelenzahl von etwa	1 000 000
2. Deutsche Untertanen, soweit einiger- maßen kompakte Ansiedlungen in Be- tracht kommen, im Nordwesten	1 000 000
3. Finnen, Esthen, Letten, Litauer, Geor- gier, Armenier	6 000 000
Sa.	23 000 000

land

Prinzip

Haben

Da „Nationalität“ ein relativer Begriff ist (vergleiche Seite 27 ff.), so könnte man sagen, daß alle slavischen Bevölkerungen in nicht slavischen Staaten bis zu einem gewissen Grade von Rußland, das sich als die Vormacht des Slaventums betrachtet, jedenfalls der mächtigste slavische Staat ist, für sich reklamiert werden konnten (natürlich nur soweit nicht näher verwandte slavische Völker in Betracht kommen: Serbo-Montenegriner).

Dem steht indessen entgegen, daß hier sicherlich mehr wie anderwärts der Gesichtspunkt des „Selbstbestimmungsrechts“ beachtet werden muß, da die russische Herrschaft über andere slavische Völker (Polen, Ukrainer) nicht nur objektiv höchst ungerecht, ja sogar grausam war, sondern von diesen auch so empfunden wurde.

Da andererseits diese Völker in Österreich, obwohl dieses nicht eigentlich ein slavischer Staat war, entschieden mehr Sicherheit und Entwicklungsmöglichkeiten hatten, so könnte man mindestens ebensogut die russischen Polen und vielleicht sogar die russischen Ukrainer als Soll-Posten, als österreichische Haben-Posten ansetzen.

Sicherlich wären wenigstens die preußisch-reichs-deutschen Polen nicht für Rußland, sondern für Österreich als Haben-Posten zu buchen gewesen.

Soll**Russ-**
Nationalitäts-

land

Prinzip

Haben

Wir werden am vorsichtigsten verfahren, jedenfalls gegen die Gerechtigkeit nach keiner Seite schwer verstoßen, wenn wir Polen und Ukrainer völlig außer Ansatz lassen.

Dagegen müssen wir wohl die Czechen und Slovaken, die schon in Friedenszeiten sich zu Rußland hingezogen fühlten, als Haben-Posten Rußlands ansetzen, freilich nur in sehr abgeschwächtem Maße, nicht so sehr kraft des Nationalitätsprinzips als kraft des „Selbstbestimmungsrechtes“. Wir dürfen dabei ja nicht vergessen, daß, hätten die Czecho-Slovaken die russische Herrschaft am eigenen Leibe kennen gelernt, sie zweifellos sehr gründlich ihre Neigungen gewechselt hätten!

Setzen wir nun, um dieses Verhältnis der Form halber in einer Zahl auszudrücken, einen Haben-Posten von 5 Millionen an, so ergibt sich nach Abgleichung mit dem Soll zu 23 Millionen

ein Passiv-Saldo von etwa 18 Millionen.

Soll

**Russ-
Kul-**

Sehr mangelhafte Volksbildung. Aberglaube und Unreinlichkeit weit verbreitet.

land**tur****Haben**

Sehr anerkennenswerte Leistungen auf den Gebieten der Wissenschaft und Kunst, ziemlich anerkennenswerte auf den Gebieten der Technik und des Sportes. Manche gute Ansätze in organisatorischer Tätigkeit des Staates, der Gemeinden usw. Auch im Naturschutz hat Rußland manch anerkennenswerte Taten aufzuweisen. (Vergl. Sarasin, a. a. O., S. 15, 28).

Schlußergebnis: Ziemlich günstig.

Russ-

Soll **Humanität und**

Die neue provisorische Regierung Rußlands nannte in ihrem Erlaß vom 20. März 1918 ihre Vorgängerin „eine in Schande und Laster verstrickte Regierung“. Diese Bezeichnung wird aber wohl für alle früheren Regierungen passen.

Auch ein großer Teil des eigentlichen russischen Volkes selbst hatte darunter zu leiden, ganz besonders aber die „Fremdvölker“.

Als Asquith im November 1916 in einer Rede der Leiden der Armenier gedachte, sandte die Liga der Fremdvölker Rußlands an ihn ein Telegramm, in dem sie in bewegten Worten an die noch größeren Leiden der Fremdvölker Rußlands erinnerte: „Viele Millionen Finnländer, Balten, Litauer, Weiß-Ruthenen, Polen, Juden, Georgier und Kaukasier, Tataren und Völkerschaften Zentralasiens sind auf Veranlassung der russischen Regierung evakuiert, verhungert und verkommen, ausgeplündert und ermordet worden.... Ihr Sinn für Gerechtigkeit kann es nicht zulassen, daß unsere Leiden, die ungleich größer sind als die der Armenier, in Vergessenheit geraten und unberücksichtigt bleiben.... Wir erinnern Sie, Herr Ministerpräsident, an die Fremdvölker Rußlands, die Entsetzliches leiden müssen und die in leidenschaftlicher Weise die Wiederherstellung ihrer Menschenrechte verlangen.“ — (Natürlich wurde dieser Notschrei nicht im mindesten berücksichtigt, in der englischen Presse nicht einmal veröffentlicht.)

land**allgemeine Moral****Haben**

Russ- Soll Humanität und

Vom Beginn des Völkerkrieges bis zum Jahre 1916 wurden nach der Schätzung des englischen Bericht-erstatters Price eine halbe Million Kirgisen niedergemetzelt, eine Million nach China vertrieben (in der geheimen Dumasitzung vom 16. Dezember 1916 wurde die Sache besprochen; ein einziges englisches Blatt, der Manchester Guardian, berichtete darüber. Die übrige englische Presse und die englische Regierung schwiegen die Sache natürlich tot; in der deutschen Presse anfangs 1918 veröffentlicht). Sehr richtig sagte Kerenski : „Wie dürfen wir künftig von türkischen Greueln in Armenien reden, wenn wir in den Bergen der Semirjetchensk-Provinz Dinge geschehen sahen, wie sie die Welt vielleicht nie erlebt hat?“

Entsetzliche Greuel im russisch-türkischen Kriege 1877-78, in den Feldzügen gegen die Turkmenen 1881 (vergl. die Schilderungen Wereschtschagins), gegen China 1900 usw. (z. B. die Ersäufung 5000 friedlicher Chinesen, Männer, Frauen, Kinder im Amur bei Blagowschtschensk am 5. Juli 1900).

Am meisten in Erinnerung sind noch die ungeheuerlichen Untaten, die Regierung und Volk gegen die Juden verübten :

Austreibung vieler Hunderttausende Unglücklicher aus ihren Wohnsitzen 1881 und 1891; Massenmetzelen von 1903 bis 1906 und später, namentlich auch im Verlaufe des Krieges.

land**allgemeine Moral****Haben**

Russ- Soll Humanität und

Irgend eine ernste Sühne fanden diese Greuel nicht. Um der Untat noch den Hohn hinzuzufügen: Nach dem Massacre in Kischineff (April 1903) eröffneten die russischen Behörden eine Geldsammlung für die Familien der verhafteten Räuber und Mörder, verboten aber solche Sammlungen zugunsten der ausgeplünderten Juden! Dagegen ermahnten sie die letzteren, ihren Feinden zu verzeihen....

(In Amerika erregten diese Schandtaten, wie man gerechterweise anerkennen muß, ziemlich starke Entrüstung und man beschloß, eine Bittschrift an den Zaren zu richten — in den ehrerbietigsten und korrektesten Formen —, um letzteren um Ausübung seines Einflusses zur künftigen Abwehr solcher Schandtaten anzuflehen. Als aber die russische Regierung erklärte, eine solche Petition „unter keinen Umständen“ entgegennehmen zu wollen und mit einem Protest gegen die amerikanischen Negermorde (Lynchgreuel) drohte, da war, wie gewöhnlich, das Ende: Stillschweigen, Vergessen!)

Erschwerender Umstand: Rußland hat sich stets für berechtigt gehalten, anderen (namentlich muselmanischen) Staaten gegenüber als Anwalt der Humanität aufzutreten und sie wegen angeblicher Verstöße gegen die Humanität sogar mit Krieg zu überziehen. Um so strenger müßte es selbst diese Pflichten beachten, um so abscheulicher erscheint sein eigenes Verhalten.

land

allgemeine Moral

Haben

	Russ-
Soll	Humanität und

Schwere Unmoral im ganzen Volksleben: Völlerei und Trunksucht, Unehrllichkeit, Grausamkeit bei Unruhen und Volksaufständen; ungeheure Korruption (Bestechlichkeit, Neigung zu Erpressungen) in der Beamtenschaft.

land**allgemeine Moral****Haben**

Manche gute Eigenschaften des russischen Volkes (wenigstens in ruhigen Zeiten, soweit die Volksleidenschaften nicht aufgepeitscht werden): Bescheidenheit, Gutmütigkeit, Gastfreundlichkeit.

Schlußergebnis: Überwiegend entsetzlich und abscheulich.

Soll**Frank-
Positives**

Die Auffassung, daß Frankreich von Deutschland „überfallen“, das heißt schuldlos angegriffen worden sei, hält einer unparteiischen Prüfung nicht Stand (vergl. Konten „Deutsches Reich und Österreich-Ungarn, Positives Recht“), da Frankreich eben durch seinen Bündnisvertrag eine gegen das positive Recht verstoßende fremde Sache zu seiner eigenen gemacht hatte.

Auch sonst skrupellose Verletzung fremder Rechte — soweit die Gegenpartei schwach und ohnmächtig ist (Tunis, Marokko, Siam, Annam, China usw.)

Schlußergebnis: Ungünstig.

reich**Recht****Haben**

Soll	Frank- Nationalitäts-
1. In Afrika muselmanische, teils unmittelbare, teils mittelbare Untertanen, auf die nach dem richtig verstandenen Gedanken des Nationalitäts-Prinzips die Türkei mehr Recht hätte	8 000 000
2. Hiezu die muselmanische Bevölkerung in Syrien, die Frankreich sich zu unterwerfen anschickt, mit einer Seelenzahl von etwa	1 000 000
3. In Europa flamische, bretonische und baskische Bevölkerungen von etwa .. (die aber keinerlei Wunsch nach Trennung von Frankreich zu hegen scheinen)	300 000
Summa	9 300 000
Passivsaldo	9 100 000
Mildernder Umstand: Das gering entwickelte Nationalgefühl der unterworfenen Völker.	

reich**Prinzip****Haben**

In Elsaß-Lothringen eine kompakte französische Bevölkerung von etwa	200 000
--	---------

Summa	200 000
-------	---------

Soll**Frank-****Kul-**

Schutz der Naturdenkmäler („Naturschutz“): Rückständig (vergl. hierüber Sarasin, a. a. O., S. 44, 45, 48-49, 51).

Sinn für Ordnung und Reinlichkeit in der Bevölkerung mangelhaft (jedenfalls weniger als in Deutschland) entwickelt.

reich**tur****Haben**

Wissenschaft, Kunst: Ausgezeichnet.

Technik, Sport: Sehr anerkennenswert.

Gesetzgeberische und organisatorische Tätigkeit,
Volksunterricht: Sehr anerkennenswert.

Schlußergebnis: Sehr günstig.

Frank-

Soll **Humanität und**

Viele schwere Ungerechtigkeiten und Grausamkeiten gegen die Eingeborenen in den Kolonien (Algerien, Tunis, Marokko, Französisch-Kongo, Tonkin usw.).

Viel Heuchelei, hohle Phrasen, Lügen, wo es sich um die praktische Verwirklichung der edlen Grundsätze handelt.

Unmoralisches Bündnis mit dem über alle Maßen unmoralischen, fluchwürdigen Rußland; auch sonst ähnlich wie bei England.

Im letzten Kriege zahllose schwere Grausamkeiten gegen deutsche Gefangene (mildernder Umstand: Erbitterung und Wut über die Leiden der von den Deutschen besetzten Landesteile).

Schlußergebnis: Überwiegend ungünstig.

reich

allgemeine Moral

Haben

Große religiöse Duldsamkeit in Frankreich selbst, namentlich weitgehende Vorurteilslosigkeit und Gerechtigkeit gegen die Juden.

Abschwächende Umstände:

- a) Die geringe Anzahl der Juden.
- b) Der religiöse Unterschied tritt fast nicht in die Erscheinung, da die Juden sich in ihrem äußeren Leben fast aller Besonderheiten (Feiertage, Speisegesetze etc.) entledigt haben.
- c) Auch anthropologisch unterscheiden sich die französischen Juden von französischen Christen fast nicht, jedenfalls viel weniger als in Deutschland, da in Frankreich der blonde Typus viel weniger verbreitet ist.

Daß übrigens in Frankreich trotz dieser dem Antisemitismus ungünstigen Verhältnisse der Antisemitismus einen recht bedeutenden Umfang hat, ist zweifellos. Man denke an den Fall Dreyfus, der, wenn er in der Türkei sich ereignet hätte, als ein entsetzlicher Beweis des türkischen Fanatismus und der asiatischen Barbarei gelten würde.

Stark entwickeltes Ehrgefühl des Volkes.

Im Großen und Ganzen Rechtschaffenheit im öffentlichen Leben, im Beamtenstande etc. (mit vielen schlimmen Ausnahmen!)

Liebenswürdige, gewinnende Umgangsformen, durch die die Franzosen verhältnismäßig viel Sympathien (im Gegensatz zu den Deutschen!) sich erworben haben.

Soll

Eng-
Positives

In der Rücksicht auf fremde Rechte zeigte sich England stets recht wenig skrupelhaft. War kein Vertrag vorhanden, den man vorteilhaft „auslegen“ konnte, konnte man keine Gebräuche oder Herkommen zur Unterstützung der eigenen Wünsche finden, so mußte eben die „Notwendigkeit“ herhalten. Beispiele:

Die Unterjochung Ägyptens, die „Erdrosselung“ Persiens (vgl. das Buch „Englische Dokumente zur Erdrosselung Persiens“, Berlin 1917, Verlag „Der neue Orient“), der Raubvertrag mit Italien wegen Tripolitaniens; ein kleines, aber ganz besonders bezeichnendes Beispiel gleich bei Beginn des Weltkrieges: die Wegnahme der beiden türkischen Kriegsschiffe, die soeben auf englischen Werften fertiggestellt waren und an die Türkei abgeliefert werden sollten. Der Preis (ungefähr 60 Millionen Mark) wurde der Türkei nicht rückvergütet; Rechtstitel: Kriegerische Notwendigkeit.

Schwere Rechtsbrüche auch sonst im Laufe dieses Krieges, namentlich die „Hungerblockade“.

Als Rußland am 13. Oktober 1911 erklärte, das russische Getreide, „welches unter neutraler Flagge nach Häfen Italiens adressiert sei, soweit solche Ladungen nicht für die Streitkräfte oder amtlichen Stellen Italiens bestimmt seien, dürfe nach den völkerrechtlichen Bestimmungen nicht als Konterbande behandelt werden, erhob die englische Regierung keinen Widerspruch, die englische Presse unterstützte sogar Rußland, dagegen im gegenwärtigen Weltkriege ...!!

Schlußergebnis: Überwiegend ungünstig.

land**Recht****Haben**

In dem Falle, der zum Kriege gegen Deutschland führte, war das formale Recht zweifellos auf Seite Englands. England durfte das neutrale Belgien verteidigen und daß es dies Recht ausübte (oder diese Pflicht erfüllte), kann man nicht unbedingt schon deswegen tadeln, weil offenbar das eigene materielle Interesse vorzugsweise oder allein der Beweggrund war. Immerhin wird man sagen müssen, daß Englands Kriegserklärung tadelnswert war, da

1. Deutschland, der „eingekreiste“ Staat, in diesem Kampfe ums Dasein — wenn nicht formell, so doch der Sache nach — viel mehr die Verteidigungsstellung innehatte als Frankreich und Rußland,

2. nach den eigenen Lehren und Theorien Englands ein Krieg gegen Rußland als moralische Tat — man dürfte wohl sagen: heiliger Krieg! — erscheinen mußte; s. Belgien, Konto „Positives Recht“.

	Eng-
Soll	Nationalitäts-

1. Keltische Volksstämme in Wales, Irland und Schottland mit einer Seelenzahl von ungefähr	2000 000
--	----------

Will man — statt des „Nationalitätsprinzips“ das „Selbstbestimmungsrecht“ hochhaltend — geltend machen, daß die Waliser und Schotten gar nicht selbständig werden wollen, sondern treu zu England halten, so muß man folgerichtigerweise sagen: Alsdann hat ganz Irland — trotz der fast ausschließlichen Herrschaft der englischen Sprache — kraft des überwiegenden Wunsches seiner Bevölkerung Anspruch auf Selbständigkeit.

2. Muselmanische Bevölkerungen in den Kolonien, auf die nach dem richtig verstandenen Gedanken des Nationalitätsprinzipes die Türkei mehr Anrecht hätte. Hiezu die muselmanische Bevölkerungen der Türkei, die England sich anschickt, seinem Reiche nunmehr einzuverleiben. Insgesamt etwa .	84 000 000
Summa	86 000 000

land**Prinzip****Haben**

Schlußergebnis: Passiv-Saldo etwa 86 Millionen (wobei noch nicht die vielen Millionen hinduistischer, buddhistischer u. a. Indier, die holländische Bevölkerung Südafrikas, die Bewohner der Insel Malta usw. berücksichtigt sind).

Mildernde Umstände: Gering entwickeltes Nationalgefühl der meisten beherrschten Völker und unleugbar großes kolonisatorisches Talent Englands.

Soll

**Eng-
Kul-**

Schlußergebnis: Außerordentlich günstig.

land**tur****Haben**

Wissenschaft, Kunst, Technik, Sport, gesetzgeberische und organisatorische Tätigkeit (letztere namentlich auch in den Kolonien), Volksbildung: in jeder Beziehung außerordentlich günstig, teilweise sogar ausgezeichnet und unübertroffen.

Bedeutende Leistungen für die Sache des Naturschutzes, wie von verschiedenen Naturforschern (Schillings, „Der Zauber des Elelescho“, Sarasin, „Über die Aufgaben des Weltnaturschutzes“ S. 25, 35 ff., 45, 49) hervorgehoben wird.

Eng- Soll Humanität und

Schlimmste Ausbeutung (wenigstens bis vor kurzer Zeit) der arbeitenden Klassen. Furchtbarstes Elend des Proletariats.

Greuel der schwersten und entsetzlichsten Art gegen die unglücklichen Eingeborenen der Kolonien bis in die neueste Zeit. Massenmorde durch Schußwaffen, Gift und Hunger, Raub des Eigentums, Schändung der Frauen wurden (und werden teilweise noch jetzt) von den Kolonisten in Amerika, Australien, Südafrika ohne Gewissensskrupel verübt und von den Behörden stillschweigend geduldet.

Mildernde Umstände:

1. Der Rassegegensatz ist nun einmal ein Naturtrieb; andere Kolonialvölker haben es ähnlich, teilweise noch schlimmer getrieben. In neuerer Zeit scheinen sich die Verhältnisse größtenteils gebessert zu haben. Im tropischen Afrika namentlich sollen die Neger größtenteils gerecht, sogar gut behandelt werden.
2. In den Tropen (namentlich in Ostindien), in Südafrika usw. hat die englische Kolonisation auch vielfach den Eingeborenen Nutzen gebracht.

Auch die englische Politik als solche war nicht selten im hohen Grade grausam und unmenschlich. Beispielsweise seien erwähnt:

1. der „Opiumkrieg“ gegen China 1840;
2. der hartnäckige Widerstand gegen türkische wirtschaftliche und Finanzreformen, der viel zu den trostlosen Zuständen in der Türkei und zum Elende ihrer

land

allgemeine Moral

Haben

Neuerdings bedeutende Besserungen durch eine fortschrittliche Sozialgesetzgebung (nach dem Vorbilde Deutschlands!). —

Im allgemeinen Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit im Beamtenstand, in der Geschäftswelt usw. Stark entwickeltes Gefühl für Recht und Freiheit im Verhältnisse zu den eigenen Volksgenossen.

Weitgehende religiöse Duldsamkeit:

So gegen die muselmanische Propaganda in England (dem Übertritte zahlreicher Engländer zum Islam, der Bildung muselmanischer Gemeinden, der Erbauung von Moscheen in London und Liverpool wurden meines Wissens keine Hindernisse in den Weg gelegt) und gegen die Juden; die Einwanderung der letzteren aus Rußland, Rumänien etc. wurde im großen Maßstabe gestattet (was allerdings auch manchen Vorteil brachte: Hebung der Kleiderindustrie; „Assanierung“ der Londoner Verbrecherviertel in kriminalpolizeilicher Hinsicht durch die neue jüdische Bevölkerung).

Weitgehende sprachliche („nationale“) Duldsamkeit:

Abschwächender Umstand:

Die ungeheure, ungefährdete, unbestrittene Übermacht des angelsächsischen Volkstums und seines Glaubens ermöglicht eine solche Duldsamkeit in weit höherem Maße als die weniger sichere Lage anderer, namentlich kleinerer Völker. —

Eng- Soll Humanität und

Bevölkerung beitrug (vgl. meine Bemerkungen in „Kultur und Humanität“ S. 97 ff.).

Indirekt hat dies England bei Beginn des Völkrieges auch zugestanden, indem (ausweislich des englischen Weißbuches) am 16. September 1914 Sir Edward Grey an den englischen Botschafter in Konstantinopel telegraphierte: „Ich wäre geneigt, die türkische Regierung darauf zu verweisen, daß, solange sie Neutralität beobachtet, alles das, was wir erklärt haben, auch weiter gelten soll und daß wir bereit sind, vernünftige Zugeständnisse wegen der Kapitulationen zu erwägen.“ Also war der bisherige Zustand „nicht vernünftig (oder billig [reasonable])“. Und es bedurfte erst des Weltkrieges zum Anerbieten, eine Änderung dieses unbilligen, Jahrhunderte alten, von der Türkei bitter empfundenen Zustandes auch nur zu erwägen!!

Die „humanitären“ Äußerungen und Bestrebungen erfolgen oftmals derart einseitig, willkürlich, im offenbaren Mißverhältnisse nach den einzelnen Fällen, daß der Vorwurf der abscheulichen Ungerechtigkeit, der Heuchelei, des Mißbrauchs zu gemeinen eigennützigen Zwecken nur allzu oft erhoben werden kann.

Namentlich wird von der Regierung und der öffentlichen Meinung gewöhnlich da, wo eine Entrüstung über „Greuel“ den englischen Interessen nachteilig sein könnte, die Methode der Ignorierung, des Totschweigens

land

allgemeine Moral

Haben

Die öffentliche Meinung Englands tritt seit Jahrhunderten oftmals mit größerem oder geringerem Nachdruck für die Interessen der „Humanität“ ein. Es sei nur beispielsweise erinnert an

1. die Bestrebungen zur Abschaffung der Sklaverei,
2. die Mißbilligung der Judenverfolgungen in Rußland, Rumänien usw.,
3. die Bestrebungen zum Schutze der Armenier in der Türkei,
4. die mannigfachen Bestrebungen zum Schutze der Eingeborenen in den Kolonien (protection of aborigines societies usw.).

Schon aus diesen Beispielen geht hervor, daß sich diese Menschenfreundlichkeit nicht immer engherziger- und fanatischerweise auf Rasse- und Glaubensgenossen beschränkt.

Es ist sicher auch ungerecht, wenn man England beschuldigt, daß diese Humanität stets oder auch nur meist der Deckmantel für gemeine, eigennützige Bestrebungen sei.

Zu einer derartigen oder ähnlichen Beschuldigung rechtfertigt auch die Tatsache nicht, daß diese humanitären Bestrebungen der Engländer ihren Schützlingen (namentlich den Armeniern!) oftmals weit mehr Unheil als Nutzen brachten. Man wird hier vielmehr ein ungeheures Maß von Unverstand und Unkenntnis der

Eng-

SollHumanität und

(wie der Franzose sagt: la conspiration de silence) geübt. Man stellt sich, als wüßte man nichts davon und wäre auch nicht imstande, die Wahrheit zu erfahren. Beispiele aus neuerer Zeit:

Aeußerungen der Regierung im englischen Unterhause am 2. November 1911 u. ö. (anläßlich der italienischen Greuel in Tripolitanien), am 9., 16., 21. und 28. Januar 1913, im englischen Oberhause am 19. Februar 1913 (anläßlich der Greuel der Serben und Bulgaren auf der Balkanhalbinsel).

Es wird nicht einmal gestattet, daß, wo eine „befreundete“ Regierung (d. h. eine solche, mit der besonders gute Beziehungen zu unterhalten im englischen Interesse liegt) in Frage kommt, im Parlamente der Ausdruck „atrocities“ (Greuel) gebraucht wird (z. B. Sitzung des englischen Unterhauses vom 4. Juni 1908, Debatte anläßlich der Reise des Königs Edward nach Reval) — wogegen in anderen Fällen die wütesten Schmähworte gegen fremde Regierungen und selbst Fürsten erlaubt sind.

Was aber die schärfste Kritik herausfordert, was einen erschütternden Beweis für das entsetzlich große Maß von Ungerechtigkeit und Eigennutz bildet, war das Einvernehmen mit dem zaristischen Rußland — trotz dessen aller Welt nur zu gut bekannten furchtbaren Verbrechen.

land

allgemeine Moral

Haben

psychologischen Tatsachen als mildernden Umstand zu
ihren Gunsten anerkennen müssen.

Eng- Soll Humanität und

Mit einem solchen Staate ein Bündnis einzugehen, war für jeden anderen Staat wohl unrühmlich und unwürdig, für einen Staat wie England aber, der sich gewissermaßen als arbiter humanitatis fühlt, der anderen Staaten fortwährend Humanität predigt, der namentlich den muselmanischen Staaten unaufhörlich Belehrungen und Ratschläge über ihre sittlichen Pflichten erteilt und gegen sie die schärfsten Warnungen, Drohungen und Gewaltmittel deswegen anwendet, für einen solchen Staat wie England, sage ich, ein Schandfleck, den auszulöschen für England wohl nie mehr möglich sein wird!

Es fehlte in England nicht an Männern, die dies fühlten. Namentlich im Jahre 1906, als diese Freundschaft — unmittelbar nach den entsetzlichsten Greuel-taten und Massakres — angebahnt und ein festlicher Besuch der englischen Flotte in russischen Ostseehäfen geplant wurde, wurden im englischen Parlamente Stimmen der Mißbilligung und des Befremdens laut.

Auf diese gab Sir Edward Grey folgende gräulich-zynische Antworten (ich zitiere nach den amtlichen Parlamentsberichten) und — die öffentliche Meinung war damit befriedigt:

Am 26. Juni 1906: „it seems to me quite out of the question that a visit of the fleet which was arranged some time ago should be regarded as having any reference whatever to internal affairs in Russia or as having any influence upon them“; am 5. Juli 1906: „if

land

allgemeine Moral

Haben

Soll	Eng- Humanität und
------	-----------------------

an impression exists in the minds of any section of the Russians that the visit of the fleet is to be regarded as having any reference to internal affairs in Russia, it is quite incorrect“.

Aehnlich Mr. Asquith am 26. Mai 1908 anlässlich des beabsichtigten Besuches des englischen Königs in Rußland: „... it can have no relation at all to internal affairs in either country nor any effect upon them“.

Mit anderen Worten: „Nicht wegen der entsetzlichen Schandtaten erweisen wir Rußland die Ehre und Freundschaft des Besuches; auch sind als Wirkung dieses Besuches neue Schandtaten nicht zu befürchten“(*).

*) Diese Äußerungen — in völlig freier Umgestaltung und Ausschmückung — liegen meiner Satire „Das humane England“ („Moralische Erzählungen“ Leipzig 1914 S. 119—146) zugrunde.

land

allgemeine Moral

Haben

Schlußergebnis: Ueberwiegend ungünstig.

	Ita-
Soll	Positives

Der Bündnisvertrag Italiens mit dem Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn bezweckte die Sicherung und Erhaltung der drei Staaten.

Daß Italien nach kalter Berechnung des wahrscheinlichen Kriegsausganges und seiner eigenen Interessen nicht nur nicht seinen Verbündeten Beistand leistete, sondern sie angriff, war, wie der österreichische Kaiser ganz richtig erklärte, ein Treubruch, wie er in der Weltgeschichte, soweit bekannt, selten oder nicht vorkam.

Selbst wenn, wie Italien behauptete, Oesterreich-Ungarn (im Zwange der Lage, zu seiner eigenen Sicherheit und ohne Schädigung seines Bundesgenossen) eine formale Verletzung des Wortlautes (sicher nicht des Sinnes) einer Vertragsbestimmung sich zuschulden hätte kommen lassen, berechnete dies Italien zum tödlichen Streiche gegen seinen Bundesgenossen? Hierüber siehe S. 25/26.

Gesetzt, Oesterreich-Ungarn wäre, wie Italien behauptete, der Inbegriff aller Ungerechtigkeit und Völkerbedrückung gewesen, so könnte dies Italien in seinem Vertragsbruche nicht entschuldigen. Denn beim Abschlusse des Bündnisvertrages waren die österreichischen Verhältnisse im wesentlichen die gleichen wie zuletzt.

Nur um so schärfer, geradezu vernichtend muß das sittliche Urteil lauten:

lien**Recht****Haben**

Soll	Ita- Positives
------	-------------------

Italien schließt einen Bündnisvertrag mit einem seiner Behauptung nach sittlich minderwertigen, sogar auf der tiefsten sittlichen Stufe stehenden Staat — zu welchem Zwecke? Doch nur seines Eigennutzes halber.

Auch früher verletzte Italien wiederholt das positive Recht in der schwersten Weise; es sei erinnert an die widerrechtliche Wegnahme von Massauah und anderer ägyptischer Gebiete am Roten Meere (1885 ff.) und an den Krieg gegen die Türkei wegen Tripolitaniens (1911).

Schlußergebnis: Höchst ungünstig.

lien**Recht****Haben**

Soll	Ita- Nationalitäts-
1. In der Provinz Udine eine slowenische Bevölkerung; Kopfzahl angeblich die aber wohl derart zerstreut wohnen wird, daß sie kaum für eine Gebietsabtretung in Betracht kommt; also	40 000 — 40 000
Verbleibt.....	—
2. In den afrikanischen Kolonien (Ery- thräa und Tripolitanien) Muselmanen, auf die nach dem richtig verstandenen Nationa- litätsprinzipie die Türkei ein besseres Anrecht hätte, ungefähr	3 000 000
3. Ansprüche auf rein deutsche Teile Ti- rols mit einer Bevölkerung von etwa.....	200 000
4. Ansprüche auf südslawische Teile Öster- reich-Ungarns mit einer Bevölkerung von etwa	300 000
5. Ansprüche auf Albanien mit einer völlig fremdnationalen Bevölkerung von ungefähr	700 000
6. desgleichen auf türkische Inseln und kleinasiatische Gebiete; unter Beiseitelassung der griechischen Bevölkerung, wegen deren eine Auseinandersetzung mit dem griechischen Bundesgenossen nötig wäre, handelt es sich um eine türkische Bevölkerung von etwa 400 000—1 200 000 Seelen, unter Annahme des Mittels	800 000
Summa	5 000 000

lien

Prinzip

Haben

Italienisch sprechende Bevölkerung in Österreich-Ungarn etwa	750 000
--	---------

Hievon jedoch abzuziehen, da von Österreich-Ungarn zur friedlichen Abtretung angeboten.....	600 000
---	---------

Verbleiben	150 000
------------------	---------

Auch diese Zahl muß vollständig gestrichen werden, wenn der Grundsatz des freien Zugangs zum Meere Geltung haben soll.

Passivsaldo fast 5000000

Soll

Ita-**Kul-**

Volksbildung teilweise noch sehr rückständig. Starker Aberglaube, gering entwickelter Reinlichkeitssinn in den breitesten Volksmassen; sogar in den Großstädten.

lien**tur****Haben**

Leistungen in Wissenschaft, Kunst, Technik, Sport:
Ausgezeichnet.

Gesetzgeberische und organisatorische Tätigkeit:
Sehr anerkennenswert.

Schlußergebnis: Sehr günstig.

Ita-

Soll **Humanität und**

Furchtbare Grausamkeiten und Rechtsverletzungen in den Kolonien (eine wahre Schand- und Schreckensherrschaft in Erythräa wurde z. B. im Livraghiprozesse in Massauah 1891 aufgedeckt; schwere Greuelthaten gegen Araber in Tripolitanien 1911, die sogar von der englischen Presse nicht völlig totgeschwiegen wurden).

Große Roheit gegen Tiere; schlimmste Tierquälereien gelten als sittlich erlaubt.

lien

allgemeine Moral

Haben

Aehnlich wie in Frankreich.

Schlußergebnis: Mehr tadelnswert als rühmlich.

Serbien und**Soll****Positives**

Verhalten gegen Oesterreich-Ungarn, insbesondere Bestrebungen auf Angliederung Bosniens und der Herzegowina, völlig rechtswidrig (s. Konto „Oesterreich-Ungarn, Positives Recht“).

Auch in früheren Zeiten viele schwere Rechtsverletzungen, so gegen die Türkei (z. B. Weigerung, einen Teil der türkischen Staatsschuld zu übernehmen, entgegen dem Berliner Vertrag Art. 42).

Mildernde Umstände:

Der allgemeine Mangel an Rechtssinn und Moral in den internationalen Beziehungen der europäisch-christlichen Völker. Im Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn kommt insbesondere dessen Rechtsverletzung durch die Angliederung Bosniens (1908) als mildernder Umstand in Betracht.

Montenegro**Recht****Haben**

Schlußergebnis: Sehr ungünstig.

Serbien und

Soll

Nationalitäts-

- | | |
|--|---------|
| 1. Albanische Bevölkerungen mit einer Seelenzahl von ungefähr | 400 000 |
| 2. Muselmanisch-slawische und türkische Bevölkerungen von ungefähr | 400 000 |

Beide würden nach dem richtig verstandenen Gedanken des Nationalitätsprinzips richtiger zur Türkei oder, da dies aus geographischen Gründen unmöglich, zu Oesterreich-Ungarn, einer in national-religiöser Hinsicht gewissermaßen neutralen Macht, gehört haben.

Erschwerender Umstand: Diese Zahlen wären noch weit größer, wenn nicht eine hartherzige Ausrottungs- und Vertreibungspolitik die Albanesen und Muselmanen stark vermindert hätte.

Mildernder Umstand: Die Muselmanen sind und waren schon vor der serbischen Herrschaft fast überall im wesentlichen in der Minderzahl, ja größtenteils in der Diaspora, so daß eine Loslösung nicht wohl möglich gewesen wäre.

Montenegro

Prinzip

Haben

1. Serbische Bevölkerungen griechisch-orthodoxen Glaubens in Bosnien, Herzegowina, Dalmatien etc. in einer Seelenzahl von ungefähr. . 1700000

2. Auch die römisch-katholischen Bosnier, Kroaten und Dalmatiner, ja sogar die Slowenen neigten schon früher vielfach mehr zu Serbien als zu Oesterreich-Ungarn. (Zahlenmäßige Darstellung nicht wohl möglich!)

Ein Aktiv-Saldo von 2—3 Millionen bei Ausbruch des Krieges dürfte von der Wahrheit nicht sehr weit entfernt sein.

Serbien und**Soll****Kul-**

Montenegro**tur****Haben**

Wenigstens in Serbien (in Montenegro kaum) seit der Befreiung von der türkischen Herrschaft sehr bemerkenswerte Fortschritte in Wissenschaft, Kunst, Technik, Volksunterricht usw.

Ergebnis: Verhältnismäßig sehr günstig.

Serbien und Soll Humanität und

Grausamkeit und Heimtücke sind charakteristische Eigenschaften des Volkes.

Wiederholte Fürstenmorde (zuletzt der schreckliche Doppelmord vom 11. Juni 1903), an denen sich das ganze Volk durch Billigung mitschuldig machte.

Entsetzliche Greueltaten gegen friedliche Bevölkerungen anderer Nationalität und Religion in den letzten Feldzügen.

Auch sonst überaus rohe und völkerrechtswidrige Kriegführung. Wie früher, wurden auch im Kriege 1912/13 zahlreichen türkischen Kriegsgefangenen Nasen und Ohren abgeschnitten. Schreckliche Greueltaten auch gegen österreichisch-ungarische Kriegsgefangene 1914 bis 1916.

Mildernde Umstände: Schwerer Gegensatz nach Sprache und Religion gegenüber den Türken und auch Albanesen.

In den Zeiten der Abhängigkeit von der Türkei viel Härten und Ungerechtigkeiten durch die letztere erduldet, was wohl auch verrohend und entsittlichend wirken mußte. — Ähnlich, wenn auch im geringeren Maße, im Verhältnis zu den Oesterreichern und namentlich den Ungarn.

Erschwerender Umstand: Die fortwährende Beteuerung, ein Hort der Humanität zu sein, und der Anspruch, als solcher anerkannt zu werden und dafür durch Landerwerbungen etc. belohnt zu werden.

Schlußergebnis: Sehr ungünstig.

Montenegro

allgemeine Moral

Haben

Duldsames und liberales Verhalten gegen die Juden und wohl auch gegen die Muselmanen im Lande vor dem letzten Balkankriege.

Abschwächender Umstand: Deren sehr geringe Kopfzahl.

Soll	Bel- Positives
------	-------------------

Schwere Vertragsverletzungen ließ sich Belgien in der Kongokolonie zuschulden kommen, sowohl was die Behandlung der Eingeborenen (vgl. Konto „Humanität“), als auch das Verhalten gegen die Handelsinteressen der anderen europäischen Staaten betraf — wie dies gerade von England in den Jahren 1905 ff. nachdrücklichst immer wieder betont wurde.

gien**Recht****Haben**

In dem Konflikte mit dem Deutschen Reiche, der sich aus des letzteren verhängnisvollem Entschlusse des Durchmarsches durch Belgien ergab, war das formale Recht natürlich auf seiten Belgiens, wie der deutsche Reichskanzler im deutschen Reichstag am 4. August 1914 selbst zugab.

Der deutsche Reichskanzler rechtfertigte den deutschen Entschluß gleichwohl und zwar durch den Notstand, in dem sich das Deutsche Reich befinde.

Hiegegen wird selbstverständlich von gegnerischer Seite eingewendet, daß der Krieg von seiten Deutschlands widerrechtlich und unmoralisch begonnen worden sei; wer aber wissentlich durch unmoralische Handlungen in einen Notstand gerate, könne nicht den letzteren als Entschuldigung dafür benützen, um sich durch neue Verbrechen zu retten.

Daß erstere Behauptung ungerecht ist, wird nach meiner Ueberzeugung aus Deutschlands Konto „Positives Recht“ zweifellos hervorgehen (s. S. 69).

Dagegen wird man allerdings sagen können, daß es höchst bedenklich wäre, wenn jeder Staat unter dem Titel des Notstandes sich das Recht aneignen dürfte, durch fremdes Gebiet gewaltsam zu marschieren. Die Ungewißheit, ob ein solches Mittel auch notwendig und wirksam ist, muß — wie ja auch der weitere Verlauf des Feldzuges zeigte — die Bedenken noch verstärken.

Soll

Bel-
Positives

gien**Recht****Haben**

Trotzdem wird man die Weigerung Belgiens, Deutschland den Durchmarsch zu gestatten, in Anbetracht der ganz einzigartigen Interessen, die für die ganze Kulturwelt auf dem Spiele standen, auf schärfste tadeln müssen, selbst wenn man annimmt, daß die „Neutralität“ Belgiens diesem nicht nur das Recht gab', sondern auch die Pflicht auferlegte, jeder Kriegspartei den Durchmarsch zu verwehren. Denn der Grundsatz, daß das positive Recht unter Umständen vor den höheren Interessen der Kultur und Humanität zurückstehen muß, kann nicht für Belgien allein ungültig sein. Gleiches Recht für alle!

Wie klein, kläglich klein muß doch der Gedanken-
gang jedem Hochdenkenden erscheinen:

„Ein großes, entsetzlich schweres und wichtiges Völkerringen hebt an; vom Ausgange hängt es ab, ob das riesengroße Gebiet der Hölle auf Erden, „Russisches Reich“ genannt, noch gewaltig ausgedehnt und erweitert werden wird. Wir aber — korrekt und vorsichtig — verschanzen uns hinter Vertragsparagrafen. Wir selbst haben zwar, wenn es uns vorteilhaft schien, mit Hohn und Spott über Vertragspflichten uns hinweggesetzt, als noch kaum die Tinte, mit der sie geschrieben waren, getrocknet war. Hier aber, in diesem Falle, ist ein 83jähriger Vertrag das Höchste, das Heiligste!“

Soll**Bel-
Positives**

gien

Recht

Haben

Ich glaube, der entgegengesetzte Gedankengang war hier der moralische:

„Deutschland — mag es auch nicht alle sittlichen Ideale restlos und bis zur äußersten Grenze verwirklichen — ist doch im großen und ganzen ein sittlich reiner Staatskörper, das zaristische Rußland dagegen eine große stinkende Fäulnis, eine materielle und moralische Gefahr für die ganze Menschheit. Also ist es, da die höheren Pflichten der Menschlichkeit den papierenen Gesetzes- und Vertragsparagrafen vorgehen müssen, unsere heilige Pflicht, der guten Sache zum Siege zu verhelfen; ein Frevel und Verbrechen wäre es, der Partei, auf deren Seite unbestreitbar die höhere Moral ist, unser „Neutralitätsrecht“ als Hindernis in den Weg zu legen und so mitzuhelfen, daß sie niedergeworfen werde, ein verbrecherischer Raubstaat dagegen auf eine Höhe des Erfolges gelange, die eine unübersehbare Katastrophe für die ganze Menschheit herbeiführen müßte. Daß das „freie, humane“ Frankreich und sogar voraussichtlich auch das „freie, humane“ England jenem Staatenungeheuer Beistand leisten wird, kann uns von unserer wohlverstandenen sittlichen Pflicht nicht entbinden, sondern macht die Lage nur noch gefährlicher und schlimmer, unser Verhalten also noch verantwortungsvoller.

Zugegeben auch, daß die österreichische Herrschaft in Bosnien den Grundsätzen des Nationalitätsprinzips

Soll

**Bel-
Positives**

gien

Recht

Haben

(oder der „Völkerfreiheit“) nicht völlig entspricht, so ist doch die Verletzung dieses Grundsatzes sowohl dem Umfange als der Wirkung nach äußerst geringfügig im Vergleiche zu jener, die der russischen Herrschaft über zahlreiche Völker zur Last fällt. Denn einerseits haben die „Serben“ (d. h. die griechisch-orthodoxen Bewohner) nur die relative, nicht aber die absolute Mehrheit in Bosnien, andererseits überragt die österreichische Herrschaft, was ihre Rücksicht auf die Muttersprache der Bevölkerung und was ihren moralischen Stand betrifft, trotz mancher Mängel doch turmhoch die russischen Regierungsgrundsätze, die gegenüber den meisten Fremdvölkern (Finnen, Polen, Tataren, Armeniern, Grusiniern usw.) geübt werden.

Da wir nun jahrhundertlang bei jedem Kreuzzuge gegen die Türken immer und immer wieder von Rußland¹, England usw. hörten, daß die Grundsätze der Völkerfreiheit, der Humanität (und überhaupt der Moral) und der Kultur schwerer wiegen als der Wortlaut internationaler Verträge, so sind wir sittlich verpflichtet, wenn nicht aktiv den Mittelmächten beizustehen, so doch wenigstens ihnen keine Hindernisse auf Grund unserer „garantierten Neutralität“ in den Weg zu legen. Gleiches Recht für alle!“

Soll**Bel-
Positives**

Schlußergebnis: Nicht günstig.

gien**Recht****Haben**

Auf jeden Fall wird man sagen müssen: Wie klein, wie winzig klein war die Rechtsverletzung Deutschlands — sowohl der Zeitdauer als dem Raume und dem Zwecke nach — im Vergleiche zu den ungeheuren, maßlosen Rechtsverletzungen anderer europäischer Staaten gegenüber Aegypten, Persien, China usw.

	Bel-
Soll	Nationalitäts-
Flamische Bevölkerung von ungefähr....	4000000
Deutsche Bevölkerung (nicht gerechnet die Reichsdeutschen und sonstigen Fremden)	
etwa	60000
Passivsaldo mehr als.....	4000000

Abschwächende Umstände: Die Deutschen wohnen größtenteils westlich von Luxemburg, kämen also, solange letzteres selbständig, für eine Angliederung an Deutschland nicht in Betracht; das Nationalitätsgefühl bei den Flamen ist noch verhältnismäßig wenig entwickelt.

gien**prinzip****Haben**

Wallonische Bevölkerung in Deutschland (um Malmedy) etwa	4000
---	------

Soll

Bel-
Kul-

gien

tur

Haben

Aehnlich wie Frankreich.

Schlußergebnis: Sehr günstig.

Bel-

Soll **Humanität und**

Entsetzliche Schand- und Schreckensherrschaft in der Kongokolonie.

Mildernde Umstände: Wie bei anderen Kolonialstaaten. Ueberdies: Die Kongokolonie war die erste Kolonie Belgiens; erfahrungsgemäß und naturgemäß sind die ersten Zeiten der Kolonisation gewöhnlich die schrecklichsten und verbrecherischsten.

gien

allgemeine Moral

Haben

Ähnlich wie Frankreich.

Schlußergebnis: Ueberwiegend ungünstig.

	Nord-
Soll	Positives

Formell war Nordamerika dem Deutschen Reiche gegenüber vollkommen im Rechte, als es dem letzteren wegen des unbeschränkten Unterseebootkrieges den Krieg erklärte. Es war nicht verpflichtet, zum Zwecke der Vergeltung englischen Unrechtes selbst Unrecht und Schaden zu erdulden.

Aber es ist zu bedenken, daß Nordamerika auch von England schweres Unrecht und Schaden — durch die englische „Hungerblockade“ gegen die Mittelmächte — erlitten hatte, ohne sich hiegegen anders als durch Worte zu wehren. Das beweist, daß Nordamerika schon vorher innerlich die Partei Englands ergriffen hatte. (Wer bei einem Kampfe zwischen A und B als „Neutraler“ erklärt: „Wenn A mich durch Kampfhandlungen gegen B verletzt, so wehre ich mich dagegen durch Worte, wenn aber B durch Gegenmaßnahmen gegen A auch mich verletzt, so werde ich ihn niederschlagen“, handelt nicht im Geiste wahrer Gerechtigkeit!) Daß Nordamerika die Partei Englands ergriff, ist ja — nach der Gemeinsamkeit der Sprache, der Lebensformen etc. — leicht begreiflich und natürlich, aber es machte sich dadurch zu dessen Mitschuldigen; da das Recht, wie wir bei den Konten des Deutschen Reiches und Oesterreich-Ungarns ausführten, in der Hauptsache auf seiten der letzteren war, so war in der Haltung Nordamerikas mehr Unrecht als Recht.

Auch sonst in der Politik zahllose Rechtsverletzungen (z. B. schmählichste Rechtsbrüche gegen die Indianer).

Amerika

Recht

Haben

Schlußergebnis: Ungünstig.

Soll	Nord- Kul-
------	---------------

Schlußergebnis: Sehr günstig.

Amerika**tur****Haben**

Wissenschaft, Technik, Sport: Ausgezeichnet.

Kunst: Gut.

Gesetzgeberische und organisatorische Tätigkeit, namentlich auch Volksbildung: Sehr günstig.

Manche aner kennenswerte Leistungen auf dem Gebiete des Naturschutzes (z. B. Yellowstone-Park, wohl der erste Naturschutzdistrikt auf der ganzen Erde; vgl. auch Sarasin, „Ueber die Aufgaben des Weltnaturschutzes“ S. 25).

Nord-
Soll Humanität und

I. Gegen fremde Rassen:

1. Gräßliche Grausamkeiten, Ungerechtigkeiten, Betrügereien gegen die indianischen Eingeborenen.

2. Ähnlich gegen die Negerbevölkerung (Lynchmorde!).

3. Ähnlich gegen die mongolische Rasse (Chinesenverfolgungen).

Mildernder Umstand: Natürliche Schärfe und Heftigkeit des Rassegegensatzes.

Erschwerender Umstand: Nordamerika pflegt anderen Staaten (namentlich muselmanischen) Belehrungen, Warnungen, Drohungen zu erteilen, sobald diese gegen die Humanität zu verstoßen scheinen. Wer anderen Tugend predigt, muß selbst vor allen tugendhaft sein!

II. Gegen fremde Nationalitäten:

Gelegentlich schwere, von den Behörden geduldete, wenigstens nicht bestrafte, Verbrechen (z. B. Lynchmorde gegen Italiener 1890, gegen Deutsche 1917).

Amerika

allgemeine Moral Haben

I. Gegen fremde Rassen:

Etwas „Wohltätigkeit“ gegen die beraubten und betrogenen Indianer, auch wohl (seitens der kirchlichen Kreise) zugunsten der Neger.

II. Gegen fremde Nationalitäten:

Große Toleranz in Sprachenfragen.

Abschwächende Umstände:

1. Wie bei England (s. S. 139).
2. Die viel stärkeren Rassen-Gegensätze (s. „Soll“) übertönen die „nationalen“ und religiösen Gegensätze.

III. Gegen fremde Religionen:

Große Toleranz.

Abschwächende Umstände: Wie unter II.

	Nord-
Soll	Humanität und

III. Gegen die eigenen Volksgenossen, namentlich die unteren Klassen:

Betrügereien, rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiter und der Volksmassen (Trusts usw.), gewissenloser Raubbau an den reichen Naturschätzen (z. B. Waldverwüstung usw.) im allergrößten Maßstabe.

Schlußergebnis: Vorwiegend ungünstig.

Amerika**allgemeine Moral****Haben**

IV. Gegen die eigenen Volksgenossen, namentlich die unteren Klassen:

Großzügige Wohlfahrtspflege durch gemeinnützige Anstalten aller Art, namentlich durch Schenkungen und Stiftungen Privater.

Zusammenstellung

Staat	Positives Recht	Nationalitäts- Prinzip	
		Aktiv-Saldo	Passiv-Saldo
1. Deutsches Reich	{ Im vergang- enen Krieg in d. Hauptsache einwandfrei; im übrigen größtenteils ungünstig }	—	3 340 000
2. Österreich- Ungarn		—	18 200 000
3. Türkei	Sehr günstig	Mindestens 105 Millionen	—
4. Rußland	Höchst ungünstig	—	18 000 000
5. Frankreich	Ungünstig	—	9 100 000*
6. England	Überwiegend ungünstig	—	ca. 86 000 000*
7. Italien	Höchst ungünstig	—	fast 5 000 000
8. Serbien und Montenegro	Sehr ungünstig	2-3 Millionen	—
9. Belgien	Nicht günstig	—	4 000 000 *
10. Nordamerika	Ungünstig	Kommt hier nicht in Betracht	

der Abschlüsse:

Kultur	Humanität und allgemeine Moral	Bemerkungen
Ausgezeichnet	Teilweise sehr un- günstig, teilweise ausgezeichnet	
Sehr günstig	In der Hauptsache günstig	
Sehr ungünstig*	Verhältnismäßig günstig	
Ziemlich günstig	Überwieg. entsetzlich und abscheulich	
Sehr günstig	Überwieg. ungünstig	* Mit mildernden Umständen
Außerordentlich günstig	Überwieg. ungünstig	
Sehr günstig	Mehr tadelnswert als rühmlich	
Verhältnismäßig sehr günstig	Sehr ungünstig	
Sehr günstig	Überwieg. ungünstig	
Sehr günstig	Vorwieg. ungünstig	

Berichtigungen: S. 45, Z. 7 von oben einzuschalten: „fast“.

S. 141, Z. 5 von unten: lies „berechtigt“ statt „rechtfertigt“.

Weitere Werke des gleichen Verfassers
„Dr. Mehemed Emin Efendi“:

Recht oder Unrecht?

**Ein Disput über den Völkerkrieg
zwischen Edward und Mehemed**

44 Seiten. Preis 60 Pfg.

Verlag von Rich. A. Giesecke, Dresden, 1915.

„*Literarisches Zentralblatt für Deutschland*“, 1915, No. 22: „Das Schriftchen „Recht oder Unrecht?“ von Emin Efendi (Pseudonym) legt in der Form einer Zwiesprache zwischen dem Verfasser und Edward (Grey) mit geschickter Steigerung der Argumente die Motive der englischen Politik dar, die sie zum Weltkrieg geführt haben, und faßt zum Schluß alle Unterlassungs- und Begehungssünden Englands gegen Menschlichkeit und Gerechtigkeit in wuchtiger Anklage zusammen.“

„*Schlesische Zeitung*“, vom 28. April 1915, No. 292: „Eine großzügige und scharfe Satire auf die Grundsätze der englischen Politik enthält die Broschüre eines unter dem Decknamen Dr. Mehemed Emin Efendi schreibenden Politikers und Völkerpsychologen „Recht oder Unrecht?“. Mit treffender Dialektik enthüllt der türkische Widerpart des Sir Edward Grey die englische Art, rücksichtslos das nackteste Macht- und Geschäftsinteresse zu verfolgen und dabei der Welt die höchsten ethischen Gesichtspunkte vorzuspiegeln.“

Weitere Werke des gleichen (pseudonymen) Verfassers, **Dr. Mehemed Emin Efendi**:

Kultur und Humanität

Völkerpsychologische und polit. Untersuchungen

168 Seiten. Preis Mk. 3.60.

Verlag von O. Gracklauer, Leipzig.

Dieses Werk behandelt zum ersten Male in systematischer, wissenschaftlicher Weise die das Leben der Völker beherrschenden vier großen Gegensätze: **Rasse, Sprache, Religion und Klasse.**

Prof. Steinthal urteilte in der **Zeitschrift des Vereins für Volkskunde** (1897, Heft 3) darüber: „Referent gesteht, noch keine Schrift zu kennen, in welcher die Grundmächte des geistigen Volkslebens mit so weitreichender Sachkenntnis und solcher Gründlichkeit in ihrer gegenseitigen Wirksamkeit erforscht wären. Das Werk hat eine ethische Tendenz und möchte eine **Völker-Ethik** auf die **Völker-Psychologie** begründen.“

Das neue Weltreich

Ein Beitrag zur Geschichte des 20. Jahrhunderts

I. Teil: 148 Seiten, Preis Mk. 3.—.

II. Teil: 110 Seiten, Preis Mk. 2.—.

Verlag von O. Gracklauer, Leipzig.

„**Literar. Centralblatt**“ 1904, Seite 1226: „Das Urteil, das wir im 52. Jahrgang (1901), S. 641 ff. über den ersten Teil fällten, ‚Der Einfall entbehre nicht des Ernstes noch des Geistes . . . die Schrift gebe zu denken und sie unterhalte, können wir über den zweiten Teil vollgültig wiederholen . . .‘ Jedenfalls verschafft uns ‚**Dr. Mehemed Emin Efendi**‘ (Deckname) eine Stunde angenehmer Unterhaltung und Anregung.“

Die Zukunft der Türkei

40 Seiten. Preis Mk. 1.—.

Verlag von O. Gracklauer, Leipzig.

(Auch in englischer Ausgabe bei **Luzac & Co.** in **London** erschienen).

Inhalt: I. Der „kranke Mann“ und seine „Ärzte“. II. Eine unbefangene „Diagnose“. III. Eine Erfolg versprechende „Therapie“. IV. Die armenische und griechische „Frage“ in **Anatolien**. V. Die kretische, mazedonische und albanesische „Frage“. VI. Die „anatolischen Soldatenminen“. VII. Schluß.

Weitere Werke des gleichen Verfassers
„Dr. Mehemed Emin Efendi“:

Nationalitätsprinzip und Bevölkerungsaustausch

==== Eine Studie ====
für den Friedensschluß

56 Seiten. Preis 1 Mk.

Verlag von Richard A. Giesecke, Dresden, 1917.

„Literarisches Zentralblatt für Deutschland“, 1917, Nr.35:
„Einen gangbaren Weg zur Stärkung und Vermehrung des deutschen Volkstums zeigt Dr. Mehemed Emin Efendi (Deckname) in seiner kleinen, anregend geschriebenen Schrift: „Nationalitätsprinzip und Bevölkerungsaustausch“. Der Verfasser, der sich schon in anderen Schriften als ein guter Kenner der Völkerpsychologie zeigte, geht von der richtigen Grundanschauung aus: Die Nationalitätenfrage wird in Europa vor allem durch den Gegensatz der Sprachen beherrscht. Er fordert daher Berichtigung der Nationalitäts- und Sprachgrenzen durch Bevölkerungsaustausch, wie er auf dem Balkan schon seit Jahrzehnten nicht ohne Erfolg stattgefunden hat.“

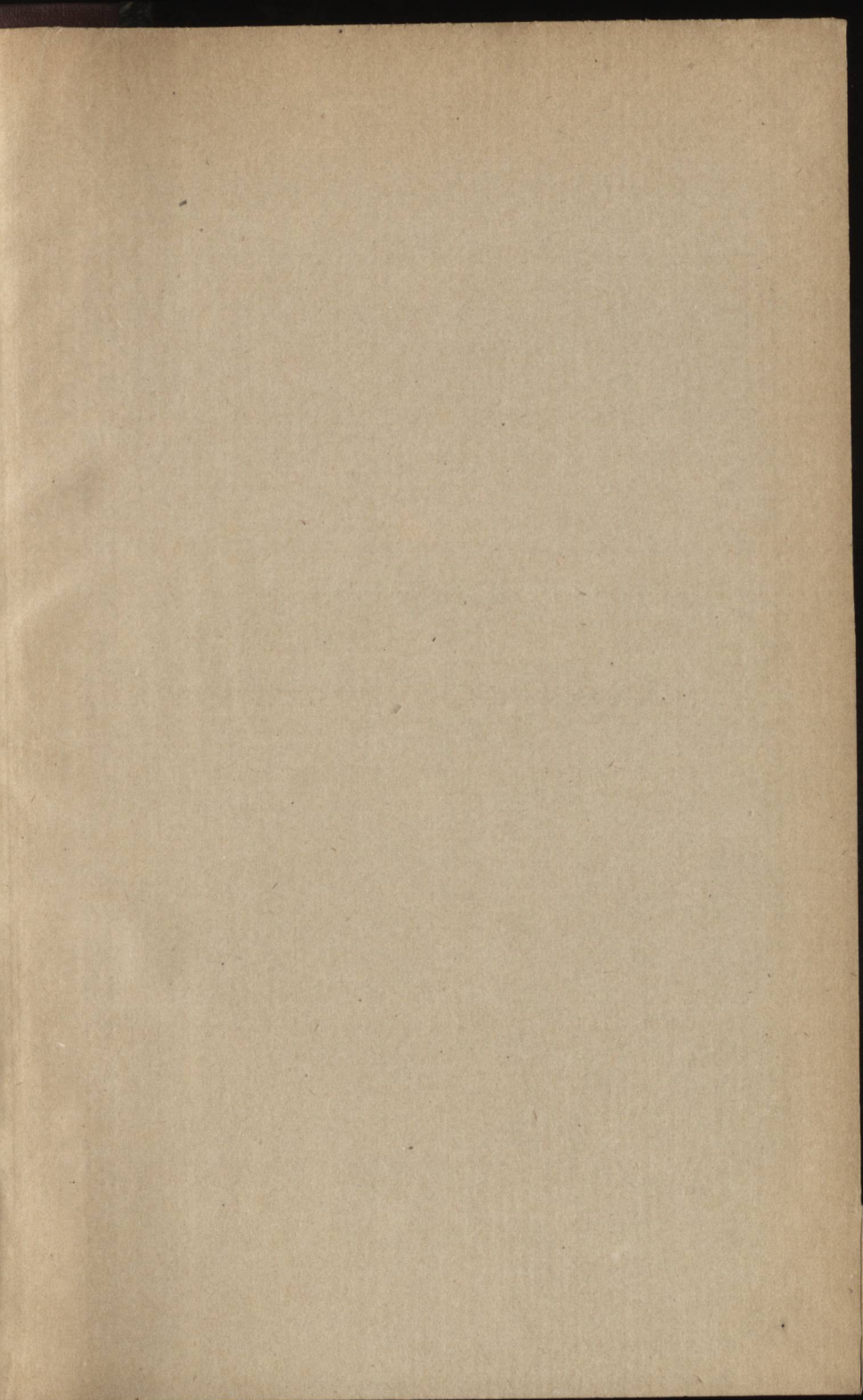
.....
Was der Verfasser in dieser Broschüre gegenüber den kurz-sichtigen und oberflächlichen Anschauungen der öffentlichen Meinung über die elementare Gewalt des Nationalitätsprinzips ausgeführt hat, ist mittlerweile in erschütternder Weise durch die Ereignisse als richtig erwiesen worden!

Die Zukunft Palästinas

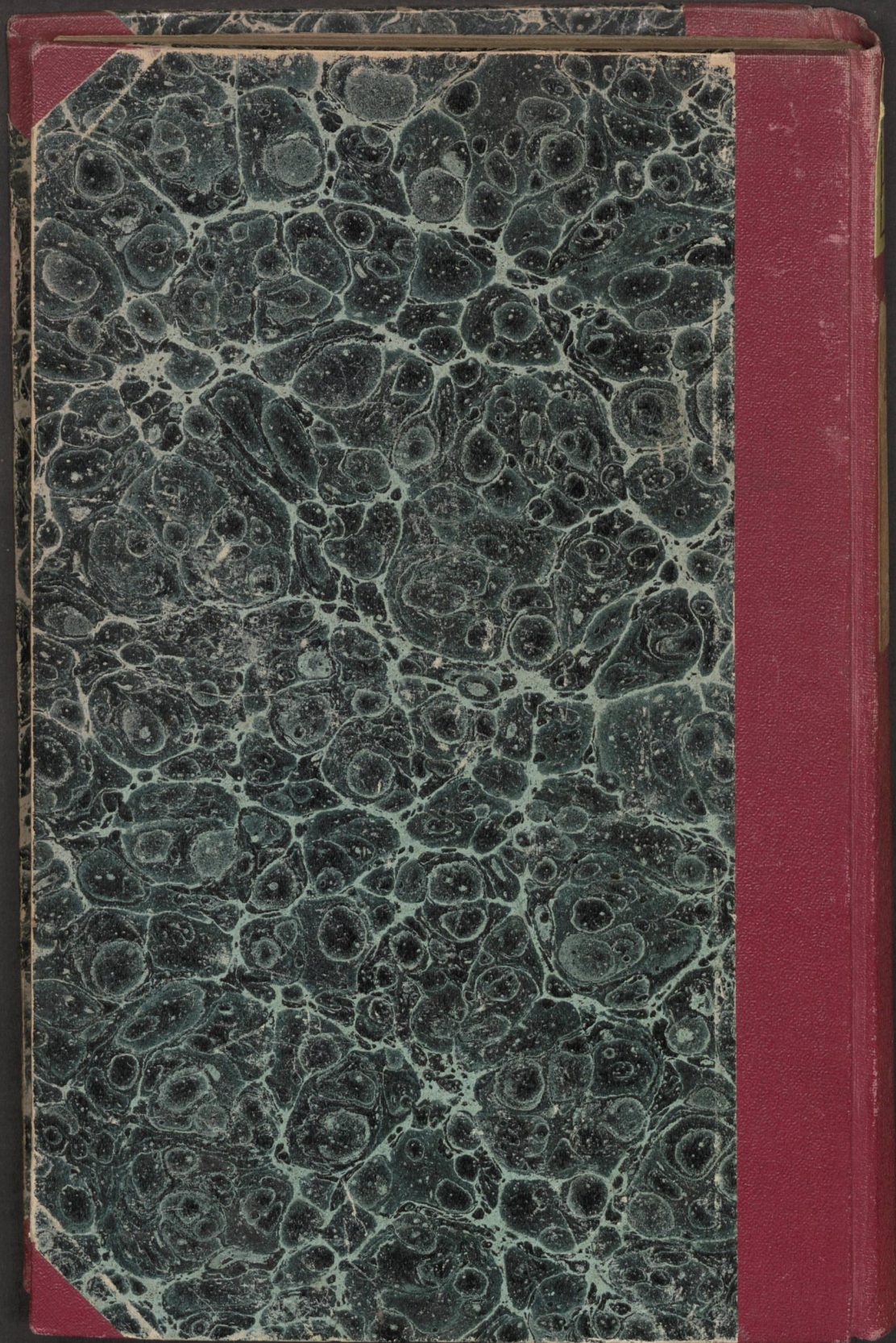
**Ein Mahnruf an die zionistischen Juden
und an die ganze Kulturwelt**

40 Seiten. Preis 1 Mk.

Verlag von J. Kauffmann, Frankfurt a. M., 1918.



Messerer



der Ab

Kultur

Auszeich

Sehr güns

Sehr ungün

Ziemlich gün

Sehr güns

Außerordentl
günstig

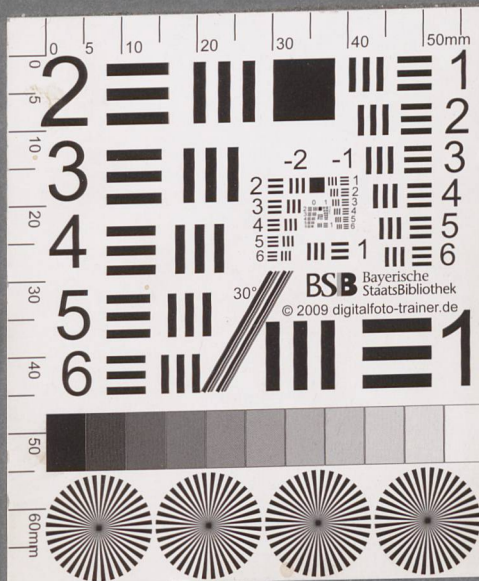
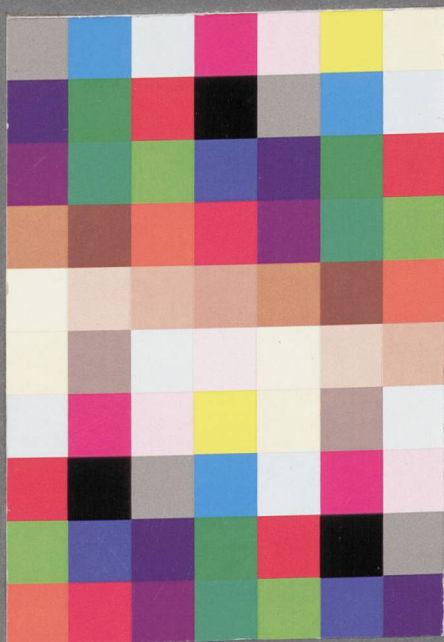
Sehr güns

Verhältnismä
sehr günsti

Sehr günsti

Sehr günsti

Berichtigunge
S. 141, Z.



Efendi, Mehemed Emin

Soll und Haben Versuch einer unparteiischen Recht- u. Schuldbilanz für den
Völkerkrieg

Bad Nassau-Lahn u. Winnenden-Stuttgart 1919

H.un.app. 802 d

urn:nbn:de:bvb:12-bsb00116823-2

Die PDF-Datei kann elektronisch durchsucht werden.